OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Jänner 2016

Stabilität und Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaber und Herausgeber	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2016

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Redaktionsschluss: 20. Jänner 2016

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Abwärtsrisiken für Wachstum in den Industrieländern gestiegen 6

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Anhaltend robuste Konjunktur 11

Österreich: Keine konjunkturellen Überraschungen zum Jahreswechsel 14

Kreditinstitute: Hohe Einlagen und schwaches Kreditwachstum bei Unternehmen 19

Trotz Bewertungsverlusten wurden Investmentfonds weiterhin von Haushalten nachgefragt 26

Anpassungen bei Banken durch wirtschaftliches, geldpolitisches und regulatorisches Umfeld erforderlich 29

Annex 34

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EUund international vom 27. November 2015 bis 13. Jänner 2016 . 35

Wirtschaftsindikatoren - Grafiken und Tabellen 40

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Die Entwicklung der Weltwirtschaft zu Beginn des Jahres 2016 ist von den von China ausgehenden Turbulenzen auf den Finanzmärkten geprägt. Zweifel an der Nachhaltigkeit des chinesischen Wirtschaftswachstums, ein Überangebot an Produktionskapazitäten und eine hohe Unternehmensverschuldung haben zu einer Korrektur der chinesischen Aktienkurse geführt. Der anhaltende Verfall der Ölpreise stützt zwar die Kaufkraft in den ölimportierenden Ländern. Für die Erdölexporteure stellt er jedoch eine ernsthafte Belastung dar. Die Schwellenländer könnten im Jahr 2016 zusätzlich durch die Anhebung der US-Leitzinsen und die daraus ausgelösten Kapitalabflüsse unter Druck kommen.

Die entwickelten Volkswirtschaften zeigen hingegen eine vergleichsweise robuste Entwicklung. Das Wachstum in den USA fiel im dritten Quartal 2015 mit +0,5% zum Vorquartal zwar nur halb so stark wie im zweiten Quartal aus. Die zugrundeliegende konjunkturelle Dynamik ist jedoch intakt. Nach den vorliegenden Prognosen werden die USA im Jahr 2016 mit 2,5-2,8% etwas stärker als im Jahr 2015 wachsen.

Die EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa zeigen vor dem Hintergrund einer starken Binnennachfrage ein solides Wachstum. Die Wachstumsprognosen für die Region erwarten für das Jahr 2016 ein durchschnittliches Wachstum von rund 3%. Überdurchschnittlich stark werden vor allem Rumänien und Polen wachsen. Etwas schwächer als im Durchschnitt der Region wird die Entwicklung in Slowenien und Kroatien ausfallen.

Das Wachstum im Euroraum fiel im 3. Quartal 2015 mit +0,3% zum Vorquartal geringfügig schwächer als im zweiten Quartal aus. Es wurde von den privaten und öffentlichen Konsumausgaben getragen, während der Außenbeitrag das Wachstum dämpfte. Für das vierte Quartal 2015 erwartet die EU-Kommission ein Wachstum von +0,4% und damit eine leichte Beschleunigung gegenüber dem Vorquartal; für das Jahr 2016 wird ein Wachstum von +1,8% prognostiziert

In Österreich fiel das Wachstum mit +0,3% im dritten Quartal 2015 gleich stark wie im Quartal zuvor aus. Die Vertrauensindikatoren senden derzeit unterschiedliche Signale aus. Dies bestätigt die derzeit schwache konjunkturelle Grunddynamik der österreichischen Wirtschaft. Von der Anfang Jänner 2016 in Kraft getretenen Steuerreform – deren expansive Maßnahmen ein Volumen von 5,2 Mrd EUR erreichen – geht nach einer Einschätzung der OeNB für das Jahr 2016 ein Wachstumseffekt von 0,4 Prozentpunkten aus. Die OeNB erwartet für 2016 ein Wirtschaftswachstum von 1,9%.

Im Dezember 2015 befand sich die Zahl der Arbeitslosen mit 417.500 Personen um 6,1% über dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition stieg gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,4 Prozentpunkte und lag im Dezember bei 10,6%. Das Beschäftigungswachstum fiel mit +0,9% im November jedoch ebenfalls kräftig aus.

Die österreichische HVPI-Inflation belief sich im Dezember auf 1,1%. Im Gesamtjahr 2015 war eine Teuerung von 0,8% zu verzeichnen, was den niedrigsten Wert seit 2009 darstellt. Für diese Entwicklung war in erster Linie der im Lauf der letzten Monate extrem stark gesunkene Rohölpreis ausschlaggebend. Von inländischen Determinanten der Inflationsentwicklung geht derzeit nur ein moderater Preisdruck aus. Für die Jahre 2016 und 2017 erwartet die OeNB eine Beschleunigung der HVPI-Inflationsrate auf 1,3% bzw. 1,7%, die vor allem auf externe Kostenfaktoren zurückgeht.

[1] Autor: Martin Schneider (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

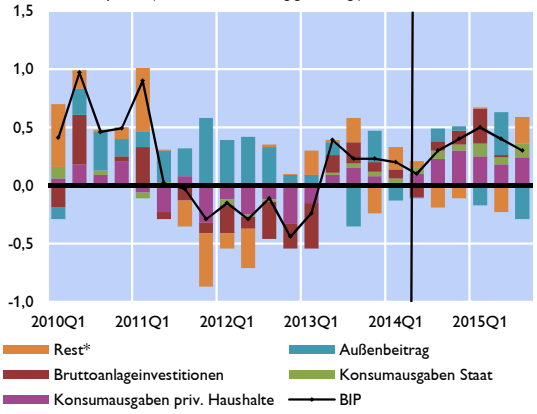
Abwärtsrisiken für Wachstum in den Industrieländern gestiegen[2]

Euroraum: Moderate Wachstumsverlangsamung

Das Wachstum des realen BIP im Euroraum schwächte sich im dritten Quartal leicht ab. Gegenüber dem Vorquartal sank das Wachstum nach zuletzt 0,4% im zweiten Quartal 2015 auf 0,3%. Der Außenhandelsbeitrag war im dritten Quartal negativ, während private und öffentliche Konsumausgaben das Wachstum weiter tragen. Auf Länderebene zeigt sich ein deutlicher Rückgang des Quartalswachstums in Belgien und Portugal gegenüber dem 2. Quartal. Griechenland, Estland und Finnland verzeichneten negative Wachstumsraten. Lediglich vier Euroraumländer (Frankreich, Zypern, Litauen und Slowakei) verzeichneten einen Anstieg des Wachstums oder zumindest ein konstant positives Wachstum im dritten Quartal gegenüber dem 2. Quartal 2015.[3]

Wachstumsbeitrag zum realen BIP im Euroraum

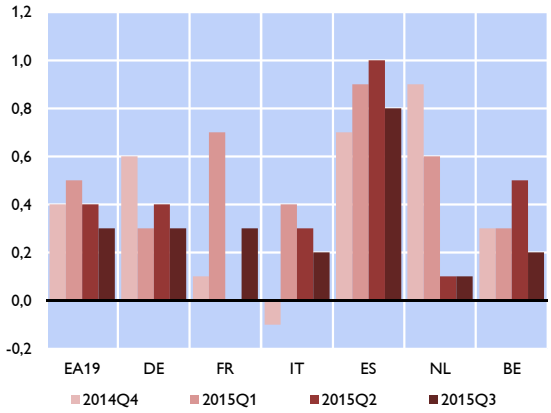
in % zum Vorquartal (saison- und arbeitstägig bereinigt)



*Quelle: Eurostat. * Lagerveränderungen, Nettozugang an Wertsachen, Statistische Differenz.*

Reales BIP-Wachstum in ausgewählten Euroraumländern

in % gegenüber Vorquartal (saison- & arbeitstägig bereinigt)



Quelle: Eurostat.

Für das vierte Quartal erwartet die EU-Kommission ein Wachstum von 0,4% und damit eine leichte Beschleunigung gegenüber dem Vorquartal. Diese Einschätzung wird durch aktuelle Stimmungsindikatoren untermauert. Der Consumer Confidence Indicator steigt im Dezember 2015 um 0,2 Punkte. Der Economic Sentiment Indicator bleibt im November 2015 unverändert bei 106,1 Punkten.

Geldpolitische Lockerung, Ölpreis und Entwicklung der Einkommen begünstigen die Erholung

Trotz des etwas geringeren Wachstums im dritten Quartal 2015 setzt sich die Erholung im Euroraum im Jahr 2015 weiter fort. Dies liegt an den teils günstigeren Rahmenbedingungen: Der niedrige Ölpreis entlastet vor allem die konsumrelevanten Einkommen der privaten Haushalte. Zudem steigen die verfügbaren Einkommen, beispielsweise in Deutschland, teils

[2] Christian Alexander Belabed (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

[3] Für Irland und Luxemburg liegen keine Zahlen für das dritte Quartal 2015 vor.

signifikant. Zusätzlich führt die weiterhin expansive Geldpolitik zu niedrigen Finanzierungskosten für Unternehmen, Haushalte und den Staat. Der relativ schwache Außenwert des Euro begünstigt zudem die Exporte des Euroraums. Dieser Effekt könnte sich jedoch durch die jüngste Aufwertung des Euro (ggü. den Währungen der Haupthandelspartner) abschwächen, sollte diese Entwicklung an den Devisenmärkten anhalten. Prognosen der EU-Kommission für das laufende Jahr sehen das Wirtschaftswachstum bei 1,8% gegenüber 1,6% für 2015. Die Experten des Eurosystems sehen das Wachstum des realen BIP im Jahr 2016 bei 1,7% gegenüber 1,5% im Jahr 2015.

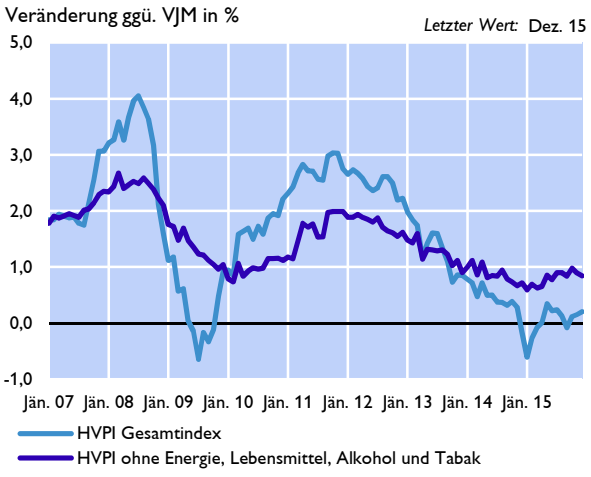
Arbeitslosigkeit im Euroraum sinkt leicht

Der moderate Aufschwung im Euroraum scheint noch nicht ausreichend, um die Arbeitslosigkeit signifikant zu senken. Im November 2015 lag die Arbeitslosenquote im Euroraum nach einem leichten Rückgang von 0,1%-Punkten im Vergleich zu Oktober bei 10,5%. Zwischen dern Euroraum-Ländern sind die Unterschiede weiterhin groß. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten verzeichneten Deutschland (4,5%) und Malta (5,1%), während Griechenland (24,6%) und Spanien (21,4%) die höchsten Arbeitslosenquoten meldeten.[4] In drei Ländern des Euroraums ist die Arbeitslosenquote im November 2015 gestiegen, Zypern (15,8%), Lettland (10,0%) sowie Österreich (5,8%). Die Jugendarbeitslosigkeit bleibt weiterhin hoch und lag im November 2015 bei 22,5% gegenüber 22,6% im Oktober. In den Euroländern lag die Jugendarbeitslosigkeit im November in Deutschland am niedrigsten (7,0%) und in Spanien am höchsten (47,5%).

Inflation weiterhin niedrig, Kerninflation stagniert

Nachdem die HVPI-Inflationsrate über den Zeitraum Juli bis September 2015 in den negativen Bereich gesunken ist, steigt sie seit Oktober 2015. Im Dezember 2015 bleibt die Inflation nach ersten Schätzungen von Eurostat gegenüber November unverändert niedrig bei 0,2%. Die Preise für Energie und Nahrungsmittel, bisher Treiber der Inflationsrate, steigen allerdings weniger stark als zuvor. Der Preisrückgang bei Energie setzt sich weiter fort, ist aber mit -5,9% deutlich schwächer als jener vom November 2015 (-7,3%). Die Kerninflationsrate (ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol, Tabak) stieg von 0,6% im Jänner 2015 auf 1,1% im Oktober 2015 an, sank im November auf 0,9% und liegt auch im Dezember auf diesem Niveau. Bei den Hauptkomponenten der Inflation sind die Preissteigerungen in der Gruppe Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak (+1,2%), sowie bei den Dienstleistungen (+1,1 Prozent) am höchsten. Die EU-Kommission erwartet für 2016 einen ähnlich niedrigen Ölpreis wie 2015. Ab 2017 soll es laut EU-Kommission zu einem moderaten Ölpreisanstieg kommen.

HVPI: Gesamtindex und Kerninflation



Quelle: Eurostat.

[4] Der aktuellste Wert für Griechenland ist vom September 2015.

Globale Entwicklung

Mit der geldpolitischen Entscheidung der US-Zentralbank, die Leitzinsen um 25 Basispunkte auf 0,25 bis 0,5% zu erhöhen, waren fluchtartige Umschichtungen von Vermögenswerten zwischen Ländern erwartet worden.. Tatsächlich kam es im Verlauf des letzten Jahres, vor allem in China, zu einer Beschleunigung der Kapitalabflüsse und der Abwertungsdruck auf den Renmimbi stieg. In weiterer Folge kam es zu Jahresbeginn zu starken Kurseinbrüchen an den chinesischen Aktienmärkten mit weltweiten Markteffekten. Dies unterstreicht, dass die vieldiskutierte Gefahr eines *hard landings* in China noch immer die größte Gefahr für die Weltkonjunktur darstellt. Durch diese Entwicklung stehen, ebenso wie durch die fallenden Rohstoffpreise, auch weitere Schwellenländer wie Brasilien stark unter Druck. Im Ergebnis führten diese Faktoren bezüglich des Jahresbeginns für die Aktienmärkte zu einem neuen Negativrekord.

Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	IWF 20.01.2016			Europäische Kommission 05.11.2015			OECD 09.11.2015		
	2015	2016	2017	*2015*	*2016*	*2017*	2015	2016	2017
Euroraum	1.5	1.7	1.7	1.6	1.8	1.9	1.5	1.8	1.9
Ver. Königreich	2.2	2.2	2.2	2.5	2.4	2.2	2.4	2.4	2.3
Japan	0.6	1.0	0.3	0.7	1.1	0.5	0.6	1.0	0.5
China	6.9	6.3	6.0	6.8	6.5	6.2	6.8	6.5	6.2
Indien	7.3	7.5	7.5	7.2	7.4	7.5	7.2	7.3	7.4
USA	2.5	2.6	2.6	2.6	2.8	2.7	2.4	2.5	2.4
Welt gesamt	3.1	3.4	3.6	3.1	3.5	3.7	2.9	3.3	3.6

Die OECD erwartet einen Anstieg des weltweiten BIP um 2,9% für 2015 und um 3,3% für das aktuelle Jahr, deutlich unter dem langjährigen Schnitt von 4,0%. Die jüngste Prognose, das Update des WEO vom IWF, schätzt den Ausblick mit 3,1% und 3,4% relativ ähnlich ein. Aufgrund der vorliegenden Risiken in den Schwellenländern sind die Risiken sämtlicher Prognosen abwärts gerichtet. Chinas Wachstum verlangsamt sich deutlich, und Russlands sowie Brasiliens Wirtschaft schrumpften im Jahr 2015. Für Russland wird von der OECD für heuer ein negatives Wachstum von -0,4% nach -4,0% im Jahr 2015 prognostiziert. Aufgrund des erneuten starken Rückgangs der Ölpreise ist jedoch mit einer deutlichen Abwärtsrevision der Prognose zu rechnen. Der IWF beispielsweise revidierte seine Oktober-Prognose betreffend Russland bereits um 0,4 Prozentpunkte nach unten. Das Wachstumswachstum in Russland wird 2016 demnach bei -1,0% liegen.

USA: Starker Arbeitsmarkt im Dezember stützt Zinsentscheidung

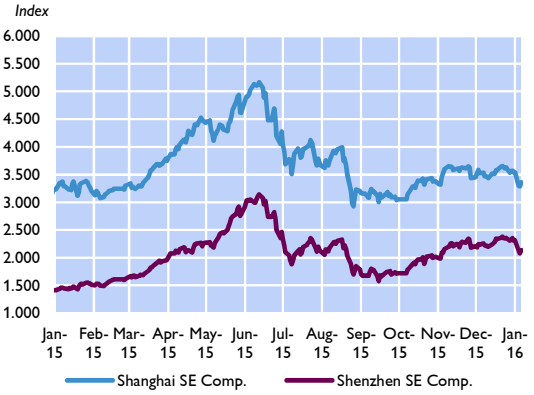
Die Entscheidung der US-Notenbank Federal Reserve, den Leitzinssatz im Dezember 2015 zum ersten Mal seit beinahe zehn Jahren um 25 Basispunkte auf 0,25 bis 0,5% anzuheben, wurde weitgehend erwartet. Laut US-Notenbank wurden im Jahr 2015 2,3 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, allein im Dezember 2015 entstanden 292.000 neue Stellen, erwartet wurden lediglich 220.000. Die Arbeitslosenquote bleibt konstant bei 5,0%. Trotz der verbesserten Situation gibt es weiterhin konjunkturbedingte Schwächen. So gibt es bei der Erwerbsquote Aufwärtspotential, und die Anzahl der Personen in unfreiwilliger Teilzeit ist nach Ansicht der US-Notenbank etwas erhöht.

Ebenso wie im Euroraum schwächte sich auch in den USA das Wachstum des realen BIP im dritten Quartal 2015 ab - nach einem starken zweiten Quartal. Laut dritter Schätzung wird das

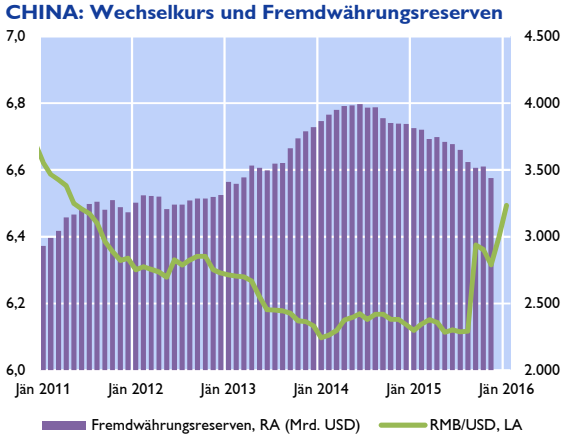
Wirtschaftswachstum bei 2,0% (gegenüber dem Vorquartal, annualisiert) liegen. Damit liegt es deutlich unter den 3,9%, die im zweiten Quartal verzeichnet wurden. Der Rückgang des Wachstums geht vor allem auf den Rückgang der Lagerinvestitionen und der Exporte zurück. Auf eine konjunkturbedingte Abschwächung deutet auch der ISM-Index für das verarbeitende Gewerbe hin, der im Dezember 2015 zum zweiten Mal in Folge sank. Das Wachstum wird jedoch weiterhin von den Konsumausgaben der privaten Haushalte, den Unternehmensinvestitionen und vom öffentlichen Konsum getragen. Die realen Wohnbauinvestitionen der Haushalte stiegen im dritten Quartal auf 534 Mrd USD, ein Anstieg um 2,0% gegenüber dem Vorquartal. Der private Haushaltskonsum wird vor allem vom niedrigen Ölpreis, der weiterhin expansiven Geldpolitik und den steigenden Haushaltseinkommen gestützt. Das real verfügbare Einkommen stieg im November 2015 um 0,2% (Oktober 2015: +0,3%). Indikatoren wie der Consumer Confidence Indicator (+4,2%) oder der Present Situation Index (+3,9%) deuten zum Jahresende 2015 auf eine moderate Verbesserung des Konsumklimas hin.[5] Für 2016 erwartet die OECD ein Wachstum des realen BIP von 2,5% nach 2,4%, die für das Jahr 2015 prognostiziert werden.

China: Unsicherheiten begleiten Transformationsprozess

Die wirtschaftliche Entwicklung in China bleibt auch weiterhin eines der bedeutendsten Risiken im neuen Jahr. Anfang Jänner wurde der Handel an der Börse nach Kurseinbrüchen von über sieben Prozent kurzfristig zweimal für die Dauer eines Handelstages ausgesetzt. Chinas Währungsreserven schrumpfen nach dem stärksten je gemessenen Rückgang im vergangenen Dezember (-108 Mrd USD) auf den niedrigsten Stand seit Februar 2013. Der Renminbi wertet weiter ab. Die Risiken auf den Aktien- und Wechselkursmärkten halten an.



Source: Thomson Reuters.



Quelle: Thomson Reuters.

Expansive fiskalpolitische Maßnahmen, die auch die traditionell hohen Investitionsquoten stützten, verhinderten zwar während der Finanz- und Wirtschaftskrise eine Rezession in China und stimulierten die Weltwirtschaft. Allerdings häufen sich die Hinweise auf Allokationsineffizienzen im Investitionsbereich und ein Überangebot am chinesischen Immobilienmarkt, deren Korrekturen negative Effekte auf das Wachstum haben können. Da ein Großteil dieses Überangebots durch Kredite von „Schattenbanken" finanziert wurde, ergeben

[5] Conference Board: https://www.conference-board.org/data/consumerconfidence.cfm (dl. 4.1.2016)

sich weitere Risiken für die Finanzmarkstabilität in China. Die Transformation von einer export- zu einer konsumorientierten Wirtschaft in China stellt insbesondere rohstoffexportierende Länder sowie die wichtigsten Handelspartner Chinas im südostasiatischen Raum vor Herausforderungen. Die Industrieproduktion in China sinkt seit mehr als zwei Jahren, gleichzeitig sank die Beschäftigung in der Industrie im Oktober 2015 auf den niedrigsten Stand seit 2000. Weitere Risikofaktoren sind nach Ansicht der chinesischen Zentralbank die Überkapazitäten im Industriesektor und die steigende Anzahl an Kreditausfällen. Die OECD erwartet daher ein niedrigeres Wachstum des realen BIP von 6,5% für 2016 und von 6,2% für 2017.

Japan: Wachstum und Inflation steigen

Japan wuchs im dritten Quartal 2015 um knapp 0,3%. Hauptwachstumstreiber waren dabei der private Konsum (0,2%-Punkte) und die Nettoexporte (0,2%-Punkte). Negativ wirkten vor allem die Lagerveränderungen mit -0,3%-Punkten. Nachdem die japanische Wirtschaft gemäß vorläufigen Zahlen für das dritte Quartal 2015 in eine technische Rezession gerutscht war, zeigen die revidierten Daten für das dritte Quartal positive Werte. Die Bank of Japan weitete zuletzt ihre Anleihekäufe leicht aus, was aber im Zusammenhang mit der beginnenden Fälligkeit bereits gehaltener Anleihen stehen dürfte. Die Inflationsentwicklung war zuletzt etwas positiver. So lag die Kerninflationsrate ohne Nahrungsmittel und Energie im August wieder bei 0,9%. Auch die Headline-Inflationsrate war von 0,0% im September bereits im Oktober auf 0,3% gestiegen.

Wachstum in Großbritannien schwächt sich Ende 2015 ab

Letzte Schätzungen von Eurostat sehen einen Rückgang des Wachstums des realen BIP in Großbritannien im dritten Quartal 2015 auf 0,5% gegenüber 0,7% im zweiten Quartal. Damit liegt Großbritannien über dem durchschnittlichen Wachstum der EU-28 (+0,4% zum Vorquartal). Das Wachstum wird insbesondere vom Konsum der privaten Haushalte und den Unternehmensinvestitionen getrieben, die wiederum von der expansiven Geldpolitik unterstützt werden. Die Bank of England entschied Anfang Dezember, den relevanten Zinssatz bei 0,5% sowie den Bestand angekaufter Assets (QE) bei 375 Mrd Pfund zu belassen. Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiter robust, die Arbeitslosenquote lag im September 2015 bei 5,2%. Bei der Beschäftigungsquote und bei der Jugendarbeitslosigkeit gibt es allerdings Verbesserungspotential. Selbst wenn das Wachstum weiterhin vergleichsweise hoch ist, bleiben Risiken. So steigen die Häuserpreise signifikant, wie der von Eurostat erhobene nationale Hauspreisindex zeigt (+18,5% seit 2013), wobei der Anstieg in den Metropolregionen noch ausgeprägter war. Die Verschuldung der Haushalte beginnt gleichzeitig wieder leicht zu steigen und liegt momentan bei etwa 130% des verfügbaren Haushaltseinkommens. Das Leistungsbilanzdefizit hat sich zwar seit Ende 2014 von 6,2% des BIP auf 3,7% beinahe halbiert, allerdings liegt der dreijährige Schnitt bei 4,3% und damit über dem Schwellenwert von 4% (für Defizitländer) der EU-Kommission in Bezug auf die makroökonomischen Instabilitätsindikatoren. Für 2016 erwartet die OECD ein Wachstum von 2,4%.

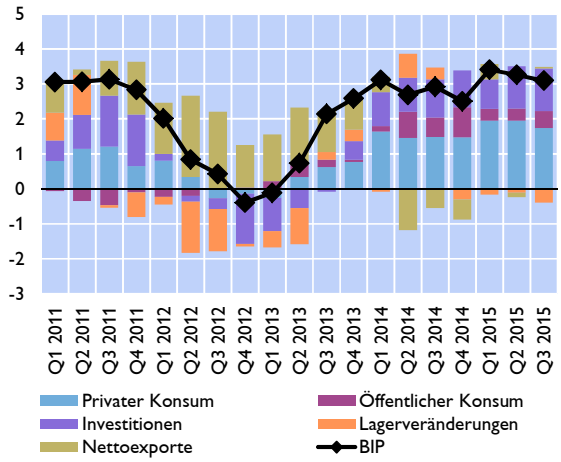
EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Anhaltend robuste Konjunktur[6]

Solides Wachstum im dritten Quartal 2015 vor dem Hintergrund starker Binnennachfrage

Die EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas berichteten auch für das dritte Quartal 2015 eine anhaltend robuste wirtschaftliche Dynamik. Das durchschnittliche Wachstum betrug das dritte Mal in Folge über 3% (im Vergleich zum Vorjahresquartal). Besonders stark wuchs die Wirtschaft in der Tschechische Republik, Polen und Rumänien. Auch in Kroatien – lange Zeit wirtschaftliches Schlusslicht in der Region – beschleunigte sich das Wachstum deutlich und kam bei knapp unter 3% zu liegen. Unterdurchschnittlich wuchsen vor allem Estland und Lettland, welche stärker von der wirtschaftlichen Schwäche Russlands betroffen waren.

Reales Wachstum in CESEE

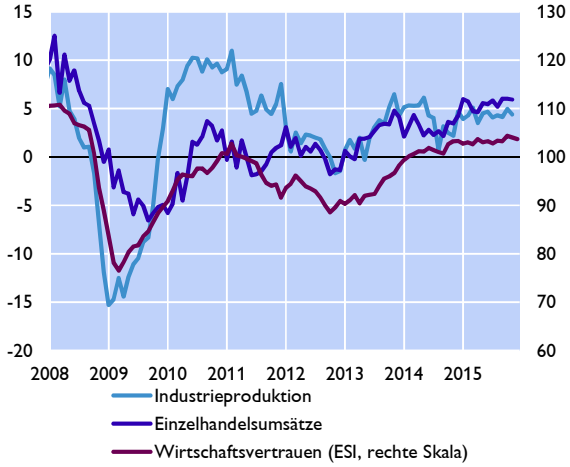
Beiträge in Prozentpunkten, BIP-Wachstum in % (ggü. Vohrjahr)



Quelle: Eurostat.

Vorlauf- und Vertrauensindikatoren in CESEE

jährliche Veränderung in % bzw. in Punkten



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission.

Die Dynamik in der Region wurde weiterhin von der starken Binnennachfrage getragen. Die Investitionen wurden im dritten Quartal von einer verstärkten Ausnutzung von Mitteln aus EU-Fonds gestützt, was sich – in Verbindung mit einer beginnenden Erholung auf den Immobilienmärkten – auch positiv auf die Bauwirtschaft auswirkte. Der private Konsum profitierte von deutlich wachsenden Nominallöhnen, niedrigen oder negativen Inflationsraten, einem niedrigen Zinsniveau, positiven Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten sowie einem sich weiter aufhellenden Wirtschaftsvertrauen. So lag der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission im Dezember bei 103,7 Punkten (regionaler Durchschnitt). Ein ähnliches Niveau hatte er zuletzt im Herbst 2008 erreicht. Die Stärke des Konsums in der CESEE-Region wird nicht zuletzt von deutlich wachsenden Einzelhandelsumsätzen belegt: Mit einer durchschnittlichen Zunahme von 5,9% im November entwickelten sich diese so dynamisch wie zuletzt vor Ausbruch der Finanzkrise. Des Weiteren wurden auch zunehmend größere

[6] Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

Anschaffungen getätigt: Die Kfz-Zulassungen wuchsen im vierten Quartal 2015 um beinahe 15% (ggü. 4. Quartal 2014).

Die Industrieproduktion in der Region stieg im November 2015 um durchschnittlich 4,4% (gegenüber November 2014). Das deutet auf eine weiterhin positive Exportkonjunktur hin. Gleichzeitig hat eine erhöhte Importtätigkeit vor dem Hintergrund der starken Binnennachfrage den Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft aber auf Null gedrückt.

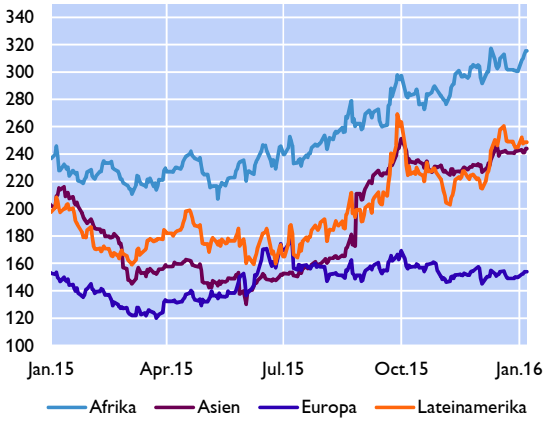
Die Wachstumsprognosen für die Region erwarten ein durchschnittliches Wachstum von rund 3% im Jahr 2016. Überdurchschnittlich stark werden vor allem Rumänien und Polen wachsen. Etwas schwächer als im Durchschnitt der Region wird die Entwicklung in Slowenien und Kroatien ausfallen.

CESEE-Region bleibt von internationalen Turbulenzen weitgehend verschont

Wiederkehrende Turbulenzen an den chinesischen Aktienmärkten, Unsicherheiten bezüglich des Beginns, des Ausmaßes und der Auswirklungen der Zinserhöhungen in den USA, die quantitative Lockerung der Geldpolitik im Euroraum sowie anhaltende geopolitische Spannungen bestimmten das internationale Umfeld für Schwellenländer in den vergangenen Monaten. In vielen Schwellenländern wurden daraufhin Kapitalabflüsse, Wechselkursschwankungen und eine generell höhere Volatilität an den Finanzmärkten verzeichnet. Während sich die Türkei, Russland und die Ukraine nicht von diesen Trends abkoppeln konnten, waren die EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa kaum betroffen. So entwickelten sich etwa die Eurobond Spreads in der Region im zweiten Halbjahr 2015 stabil, während sie in allen anderen Schwellenländer-Regionen deutlich anstiegen.

Eurobond Spreads in Schwellenländer-Regionen

Euro EMBIG spread in Basispunkten



Quelle: Bloomberg.

Diese Resilienz hat mehrere Gründe: Die CESEE EU-Mitgliedstaaten waren in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der geldpolitischen Lockerung in Industriestaaten, vor allem der USA, kein Ziel substantieller Kapitalzuströme. Vor diesem Hintergrund kam es auch zu keiner Lockerung der Finanzierungsbedingungen in der Region. Ganz im Gegenteil, mehrere CESEE-Länder sahen sich in den letzten Jahren übermäßigem Deleveraging gegenüber. Darüber hinaus konnten die Länder der Region seit der Krise Ungleichgewichte abbauen – alle Länder weisen (teils substantielle) Leistungsbilanzüberschüsse aus – und ihr Wachstumsmodell neu ausrichten. Die Konjunktur ist heute breiter basiert und stärker auf die Binnennachfrage ausgerichtet als vor der Krise.

Vor diesem Hintergrund sind auch keine größeren direkten Auswirkungen der jüngst erfolgten Zinserhöhung der US-Notenbank auf die Region zu erwarten. Die CESEE-Länder könnten sogar von indirekten Effekten dieses Schrittes profitieren, wenn dieser eine weitere Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar auslöst und damit das Wachstum im Euroraum und die externe Nachfrage für die Region stimuliert. Ebenso könnte sich die quantitative Lockerung der Geldpolitik im Euroraum positiv auf die Konjunktur in Zentral-, Ost- und

Südosteuropa auswirken. Die Auswirkung einer höheren Nachfrage im Euroraum wäre aber mit den Folgen einer möglichen Aufwertung osteuropäischer Währungen gegenüber dem Euro gegenzurechnen. Der Effekt sollte daher vor allem in Ländern mit einer fixen Wechselkursbindung an den Euro positiv ausfallen.

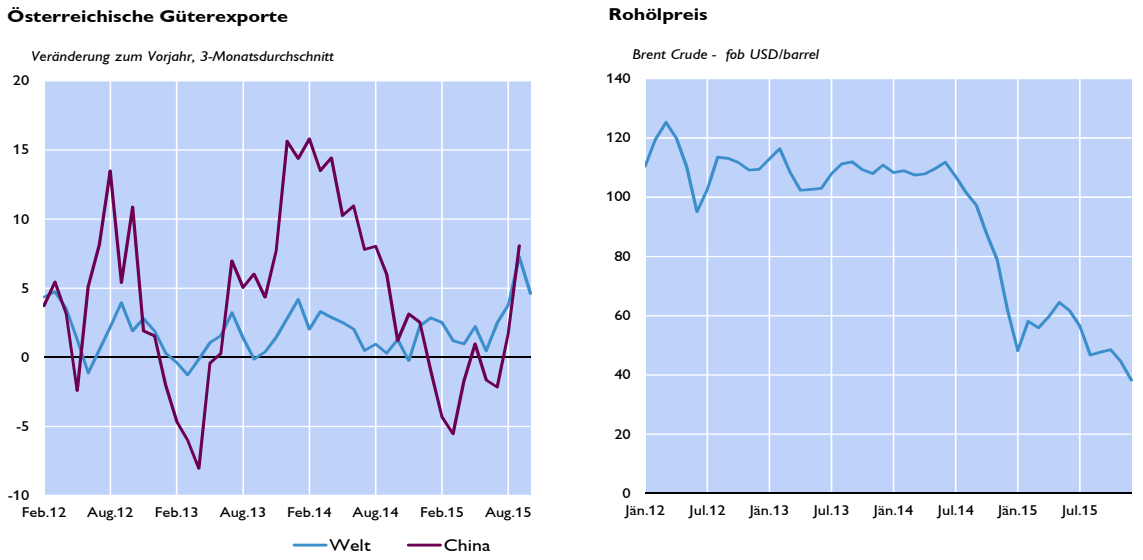
Österreich: Keine konjunkturellen Überraschungen zum Jahreswechsel[7]

Konjunkturelle Abschwächung Chinas und Ölpreisrückgang wirken auf die österreichische Konjunktur

Seit der Veröffentlichung der OeNB-Prognose im Dezember 2015 bestimmen zwei Ereignisse die Wirtschaftsnachrichten: der gesunkene Ölpreis und der Einbruch des Aktienmarktes in China. Beide Ereignisse haben Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft.

Die hohen Verluste an Chinas Börsen führten am 4. und 7. Jänner zu einem Aussetzen des Aktienhandels. Diese Aktienmarktturbulenzen, die auch zu deutlichen Verlusten auf Börsen in Japan, den USA und in Europa führten, stehen nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Konjunkturdaten, sondern mit Aktienmarktregulierungen, die den Verkauf von größeren Anteilen an Unternehmen erschweren sollen. Grundsätzlich ist jedoch eine weitere Abschwächung der chinesischen Wirtschaft zu beobachten. China war 2014 mit einem Anteil von 2,6% der zehntwichtigste Güterhandelspartner Österreichs. Die direkte Verflechtung Österreichs mit China ist also noch zu gering, um im Falle einer stärkeren Schwächephase Chinas einen wesentlichen Einfluss auf das BIP in Österreich zu haben. Werden jedoch indirekte Effekte durch die Handelsvernetzung miteingerechnet (v.a. jene Exporte nach Deutschland, die weiter nach China gehen) und auch einhergehende Finanzmarktturbulenzen berücksichtigt, so wären die Effekte nicht zu vernachlässigen. Aktuell zeigen die bilateralen Exportdaten keinerlei Anzeichen einer Schwäche, ganz im Gegenteil. Seit August 2015 konnten die österreichischen Exporteure ihre Ausfuhren nach einer längeren Schwächephase um über 10% steigern (im Vergleich zum Vorjahr; siehe Grafik).

Konjunkturelle Turbulenzen zu Jahresbeginn



Quelle: Statistik Austria, Datastream.

[7] Autoren: Friedrich Fritzer, Christian Ragacs und Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Der Rohölpreis ist in den vergangenen Wochen erneut deutlich gesunken und notierte Anfang Jänner 2016 unter 35 USD. Zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung ist man noch auf Basis der damaligen Markterwartungen von einem Preis von über 50 USD für das Jahr 2016 ausgegangen. Der erneute Rückgang wird einerseits nachfrageseitig durch die konjunkturelle Abkühlung in China und anderen Schwellenländern und andererseits angebotsseitig durch erneute Angebotsausweitungen von ölproduzierenden Ländern erklärt. Ein Rückgang von über 15 USD entspricht bei dem aktuellen Preisniveau einem Rückgang von über 30%. Nach Schätzungen mit dem Makroökonomischen Modell der OeNB bewirkt ein permanenter Rückgang der Ölpreise von 30% in Österreich einen positiven BIP-Effekt im ersten Jahr von 0,24 Prozentpunkten. Gleichzeitig wird die Inflation deutlich (mehr als um 1 Prozentpunkt) gedrückt.

Auswirkungen der Steuerreform 2015

Nachdem am 1.1.2016 die Steuerreform vom März 2015 in Kraft getreten ist, werden die wichtigsten Auswirkungen nochmals zusammengefasst. Das Volumen der expansiven Maßnahmen und der Gegenfinanzierung beträgt knapp über 5 Mrd EUR. Die expansiven Maßnahmen bestehen größtenteils aus einer Einkommensteuersenkung durch niedrigere Grenzsteuersätze, höhere Absetzbeträge und höhere Negativsteuerbeträge.

Überblick über Reformpaket

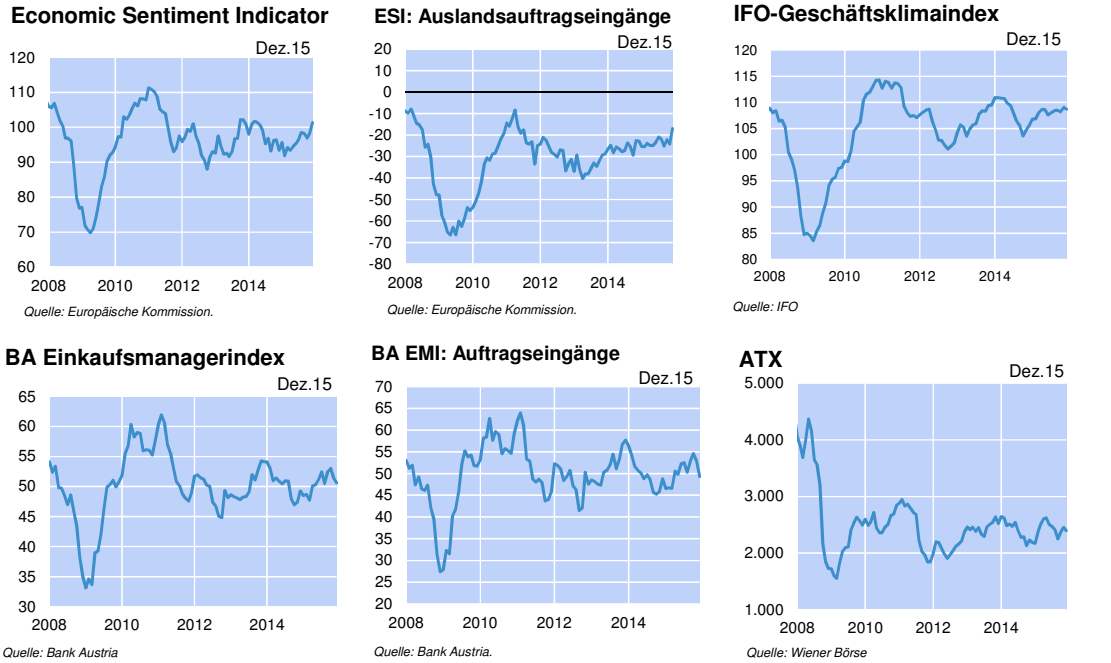
	in Mrd EUR	in % des BIP
Expansive Maßnahmen	**5,2**	**1,5**
Tarifreform	4,9	1,4
Sonstiges	0,3	0,1
Offizielle Gegenfinanzierung	**5,2**	**1,5**
Betrugsbekämpfung	1,9	0,5
Sonstige steuerliche Maßnahmen	1,3	0,4
Ausgabenkürzungen	1,1	0,3
„Selbstfinanzierung"	0,9	0,2

Quelle: Ministerrat, OeNB.

Die Gegenfinanzierung erfolgt vor allem durch Betrugsbekämpfung und Steuererhöhungen. Aufgrund der Art der Maßnahmen (z. B. dass Einkommensteuererklärungen im Nachhinein erfolgen) wird 2016 nicht das gesamte Volumen der expansiven und restriktiven Maßnahmen schlagend werden. Zudem ist bei einigen Gegenfinanzierungsmaßnahmen fraglich, ob tatsächlich das volle Volumen realisiert werden kann. Die OeNB schätzt den kumulierten BIP-Effekt auf etwa ½%.

Uneinheitliches Bild bei Vertrauensindikatoren

Die Vertrauensindikatoren liefern derzeit unterschiedliche Signale. Der Indikator des wirtschaftlichen Vertrauens der Europäischen Kommission hat im Dezember mit einem Plus von 3,1 Punkten relativ stark zugelegt. Einer sanften Verbesserung beim Industrie-, Dienstleistungs- und Konsumvertrauen steht ein deutlicher Anstieg beim Einzelhandel und Bau entgegen. Diese Anstiege können den Indizes „aktuelle Wirtschaftssituation" im Einzelhandel sowie den „Beschäftigungserwartungen" im Bausektor zugeordnet werden und sind in dieser Stärke vermutlich als Ausreißer zu interpretieren. Der Einkaufsmanagerindex der Bank Austria fiel hingegen um 0,8 Punkte auf einen Wert von 50,6 und liegt damit nur noch knapp über der Expansionsschwelle von 50 Punkten. Deutlich verschlechtert haben sich vor allem die Einschätzungen über Auftragseingänge und –bestände sowie die Produktion selbst.



Weiterhin widersprüchliche Signale vom Arbeitsmarkt

Vom österreichischen Arbeitsmarkt gehen weiterhin widersprüchliche Signale aus. Im Dezember 2015 befand sich die Arbeitslosenzahl auf einem historischen Höchststand. Ende Dezember 2015 war sie mit rund 417.500 Personen um rund 23.850 Personen bzw. 6,1% höher als noch im Dezember des Vorjahres. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition stieg gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,4 Prozentpunkte und lag im Dezember bei 10,6%. Besonders verschlechtert hat sich die Anzahl langzeitbeschäftigungsloser Personen[8]. Sie stieg im Dezember gegenüber dem Vorjahreswert um 21,3% auf insgesamt rund 123.000 Personen. Die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition lag im November 2015 (letzter verfügbarerer Wert) bei 5,8% (Oktober: 5,7%). Wie schon in den vergangenen Jahren entwickelte sich die Beschäftigung im Jahr 2015 trotz der schwachen Konjunktur aber erstaunlich robust (+0,9%). Im vierten Quartal 2015 stieg sie saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 0,4% (Q3: + 0,3%). Im Vorjahresvergleich (nicht saisonbereinigt) stieg sie im November um 1,4% und im Dezember um 1,2%. Die Anzahl der offenen Stellen, die gute Vorlaufeigenschaften für die zukünftige Entwicklung der Beschäftigung aufweist, wächst seit Jahresmitte des Vorjahres deutlich. Der Anstieg im Dezember 2015 war mit rund 33% gegenüber dem Vorjahresmonat sogar der stärkste des Jahres.

Österreichs HVPI-Inflation beträgt 2015 0,8 %– Energie dämpft die Inflationsentwicklung

Die Beschleunigung der österreichischen HVPI-Inflationsrate von 0,6 % im ersten Quartal auf 0,9 % im dritten Quartal 2015 schwächte sich zuletzt wieder ab (viertes Quartal 2015: 0,7%). Im Jahr 2015 belief sich die Teuerung auf durchschnittlich 0,8%. Für diese Entwicklung war in erster Linie der Rohölpreis ausschlaggebend. Auch inländische Determinanten der Inflationsentwicklung üben derzeit nur einen moderaten Preisdruck aus. Die österreichische

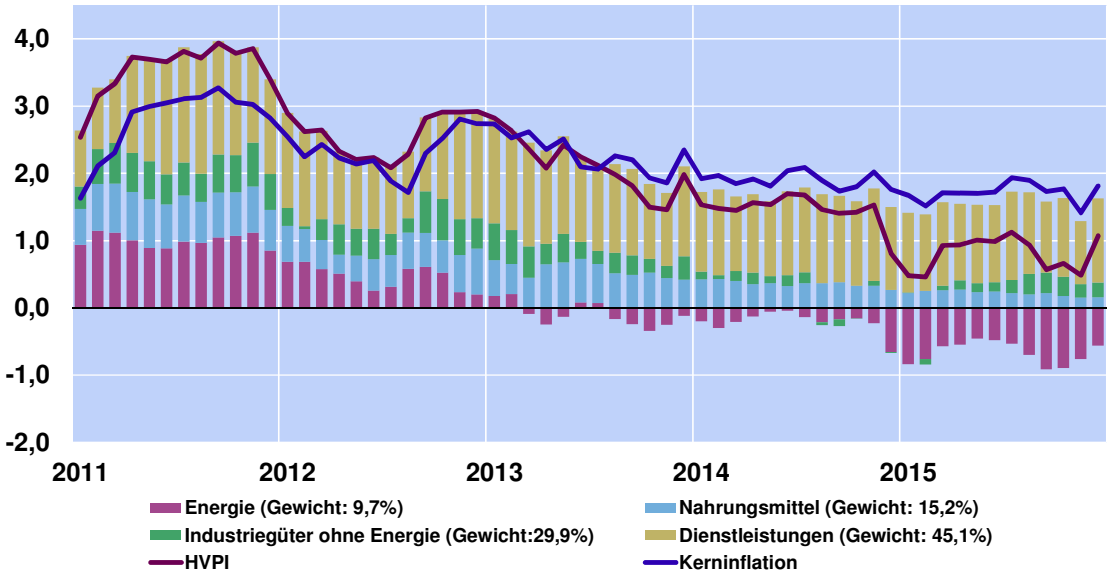
[8] Bei dieser Definition werden Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit – z.B. durch Schulungen – weniger berücksichtigt als bei der Betrachtung der Langzeitarbeitslosigkeit im engeren Sinn.

Inflationsrate liegt weiter über dem Euroraum-Durchschnitt sowie über der Inflationsrate unseres wichtigsten Handelspartners Deutschland. Im Jahr 2015 betrug das Inflationsdifferenzial zu Deutschland (HVPI-Inflation: 0,1 %) 0,7 Prozentpunkte und gegenüber dem Euroraum (HVPI-Inflation (0,0 %) 0,8 Prozentpunkte. Ausschlaggebend dafür ist die Teuerungsrate im Dienstleistungssektor. Hier wirken sich vor allem der höhere Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors sowie der überdurchschnittliche Anstieg der Lohnstückkosten aus.

HVPI-Inflationsrate und Beiträge der Subkomponenten

Veränderung zum Vorjahr in % für HVPI und Kerninflation bzw. in %-Punkten für Inflationsbeiträge

Letzte Beobachtung: 1,1% (Dezember 2015)



Quelle: Statistik Austria.

Die Jahresinflationsrate im *Energiesektor wies bis zuletzt negative Jahreswachstumsraten* auf. Von Jänner (–9,5 %) bis Mai 2015 (–5,2 %) war die Inflationsrate im Energiesektor nach oben gerichtet, ging seither aber wieder zurück (Dezember 2015: –6,3 %). Ausschlaggebend war in erster Linie die gleichlaufende Entwicklung der Ölpreise, die sich insbesondere bei Treibstoffen und Heizöl[9] ausgewirkt hat. Die Teuerungsraten der Energieträger Gas und Elektrizität wiesen seit Jahresanfang einen moderaten Rückgang auf, da mehrere Energieversorger zuletzt Preissenkungen durchführten. Bei festen Brennstoffen kam es aufgrund von Sturmschäden zu einem Überangebot und in der Folge zu sinkenden Teuerungsraten. Die Inflationsrate für *unverarbeitete Nahrungsmittel* verzeichnete seit Jahresbeginn einen moderaten Aufwärtstrend auf zuletzt 1,2 % (Dezember 2015), wofür vor allem Fleisch sowie Obst und Gemüse ausschlaggebend waren. Demgegenüber wurde bei *verarbeiteten Nahrungsmitteln* (inklusive Tabak und Alkohol) ein deutlicher Rückgang der Teuerungsrate von 2,3 % im Jänner auf 0,9 % im Dezember 2015 beobachtet. Das Auslaufen der Milchquoten mit April 2015 sowie das russische Importverbot für einige Nahrungsmittel könnten dafür ausschlaggebend gewesen sein. Die Jahresinflationsrate im *Dienstleistungssektor* hat sich gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2014 (2,8 %) verringert. Im Jahr 2015 belief sich die Teuerung im Dienstleistungssektor auf durchschnittlich 2,5 %. Für die *weiterhin hohe Teuerungsrate* in diesem Sektor sind vor allem Restaurants und Hotels, Wohnungsmieten, Instandhaltung und Reparatur von Fahrzeugen sowie Freizeit und Sportdienstleistungen verantwortlich. Die Teuerung bei *Industriegütern ohne Energie* beschleunigte sich von 0 % im Jänner 2015 auf 0,7 % im Dezember 2015. Auf Produktebene

[9] Der Anteil von Treibstoffen und Heizöl am Energiesektor beträgt rund 55 %.

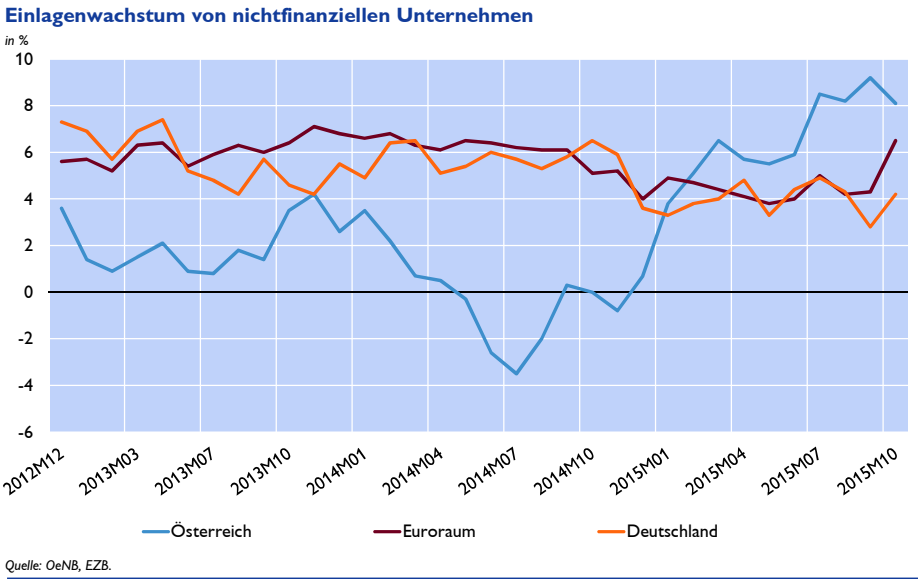
sind für die seit Anfang 2015 verstärkte Preisdynamik in diesem Sektor neben Bekleidungsartikeln auch langlebige Gebrauchsgüter (Fahrzeuge, Möbel) sowie Haushaltsgeräte verantwortlich.

Kreditinstitute: Hohe Einlagen und schwaches Kreditwachstum bei Unternehmen[10]

Kaum Bewegung bei den Zinssätzen im Kreditneugeschäft

Das Einlagenwachstum nichtfinanzieller Unternehmen hat sich im Laufe des Jahres 2015 deutlich beschleunigt und wies im Oktober 2015 ein Jahreswachstum von 8,1% bzw. +4,0 Mrd EUR aus. Mit einem aushaftenden Bestand von 54,3 Mrd EUR wurde zudem ein neuer Höchststand an Einlagen nichtfinanzieller Unternehmen bei österreichischen MFIs verzeichnet. Dies obwohl die Einlagen von Unternehmen im Schnitt im Neugeschäft nur mit 0,29% verzinst wurden. Stark steigende Einlagenbestände bei Unternehmen waren im Oktober 2015 mit einem Wachstum von 6,5% bzw. 130,4 Mrd EUR auch im Euroraum erkennbar. Dabei entfiel fast die Hälfte des Euroraum-Anstieges bei Unternehmenseinlagen auf französische MFIs (+14,2% bzw. +62,6 Mrd EUR), deutsche MFIs leisteten ebenfalls einen positiven Beitrag von +20,2 Mrd EUR (+4,2%) zum Wachstum im Euroraum. Das Einlagenwachstum bei Unternehmen zeigte sich sowohl in Österreich (+14,3% bzw. +5,0 Mrd EUR) als auch im Euroraum (+13,6 % bzw. +178,1 Mrd EUR) fast ausschließlich bei täglich fälligen Einlagen während Einlagen mit Bindungsfrist abgebaut wurden.

Grafik 1

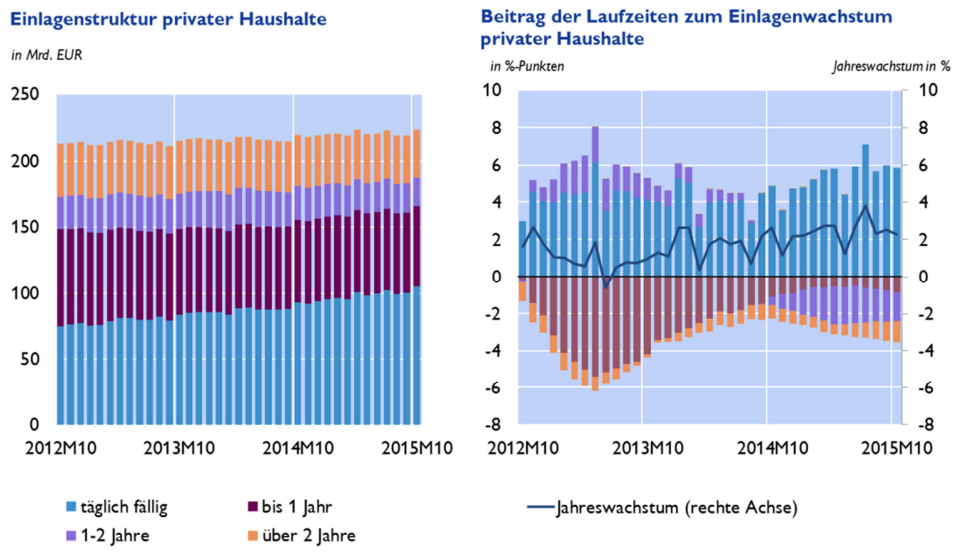


Die aushaftenden Einlagen des Haushaltssektors[11] weiteten sich im Oktober 2015 mit einem Jahreswachstum von 2,3% bzw. +5,0 Mrd EUR weniger dynamisch als jene von nichtfinanziellen Unternehmen aus. Seit mehr als einem Jahr leisteten ausschließlich täglich fällige Einlagen einen positiven Beitrag im Ausmaß von 5,8%-Punkten zum Einlagenwachstum privater Haushalte. Aufgrund des bereits sehr lange anhaltenden Trends hin zu täglich verfügbaren Mitteln, stieg der Anteil der täglich fälligen Einlagen am gesamten Einlagenbestand privater Haushalte auf 47% (2011: 33%), d.h. fast jeder zweite Euro auf einem Einlagenkonto ist täglich verfügbar.

[10] Autoren: Martin Bartmann, Mirna Valadzija (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft Finanzierungsrechnung und Monetärstatistik), Birgit Hebesberger (Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen).

[11] Inklusive Organisationen ohne Erwerbszweck.

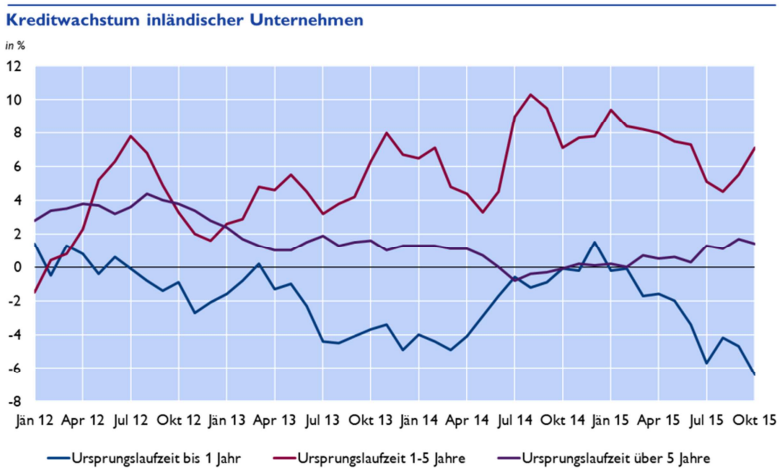
Grafik 2



Quelle: OeNB.

Trotz der nach wie vor andauernden Niedrigzinsphase blieb das Kreditwachstum des Unternehmenssektors im Oktober 2015 zum bereits fünften Mal in Folge mit 0,6% unter der 1%-Marke. Verantwortlich für die schwache Entwicklung im Inland waren insbesondere kurzfristige Finanzierungen mit einer Ursprungslaufzeit bis ein Jahr, die im Jahresvergleich um 6,4% rückläufig waren (Grafik 3). Längerfristige Unternehmenskredite entwickelten sich hingegen nach wie vor positiv und wiesen im Oktober 2015 Wachstumsraten von 1,4% (Ursprungslaufzeit über fünf Jahre) bzw. 7,1% (Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre) auf. Auch die Daten der Neukreditvergabe zeigten in den ersten 10 Monaten des Jahres 2015 im kurzfristigen Bereich eine deutlich schwächere Entwicklung. Insgesamt lag das an inländische Unternehmen neu vergebene Volumen kurzfristiger Kredite (Ursprungslaufzeit bis zu sechs Monaten) in den ersten 10 Monaten 2015 mit 33,7 Mrd EUR deutlich unter dem Vergleichswert des Vorjahres (45,1 Mrd EUR). Längerfristige Kredite (Ursprungslaufzeit über sechs Monate) wurden hingegen in den ersten 10 Monaten 2015 im Ausmaß von 18,1 Mrd EUR vergeben, was einem um 2,0 Mrd EUR höheren Wert als im Vergleichszeitraum des Vorjahres entsprach.

Grafik 3



Quelle: OeNB.

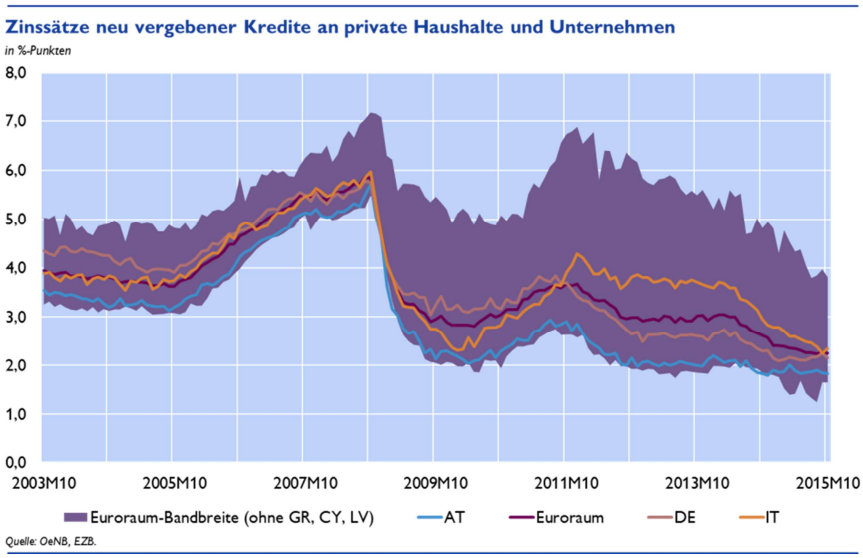
Im Euroraum setzte sich die Erholung des Wachstums aushaftender Unternehmenskredite nach wie vor fort und erreichte 0,6%. Ähnlich wie in Österreich kam das positive Wachstum aus dem längerfristigen Bereich (Ursprungslaufzeit 1-5 Jahre: 5,1%, über 5 Jahre: 0,4%), während kurzfristige Unternehmenskredite mit Ursprungslaufzeit bis ein Jahr mit -2,4% rückläufig waren. Von den großen Euroraum-Ländern entwickelte sich das aushaftende Kreditvolumen insbesondere in Frankreich (+4,2%) deutlich positiv, in Deutschland kam es mit +0,7% zu einer ähnlichen Entwicklung wie in Österreich.

Das Kreditwachstum privater Haushalte entwickelte sich in Österreich nach wie vor stabil und wies im Oktober 2015 1,6% auf. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung waren nach wie vor ausschließlich Wohnbaukredite, die sich im Ausmaß von 3,9% ausweiteten. Konsum- bzw. sonstige Kredite waren mit -3,7% bzw. -1,1% rückläufig. Das Kreditwachstum privater Haushalte im Euroraum verbesserte sich im Laufe des Jahres 2015 stetig und wies im Oktober 2015 mit 1,2% den höchsten Wert seit Dezember 2011 auf. Insbesondere Deutschland (2,6%) und Frankreich (3,2%) beeinflussten das Kreditwachstum privater Haushalte im Euroraum positiv. Neben Wohnbaukrediten (2,0%) leisteten im Euroraum aber auch Konsumkredite (2,8%) einen positiven Beitrag zum Kreditwachstum. Sonstige Kredite waren hingegen mit -0,4% rückläufig.

Zinsunterschiede im Euroraum wurden geringer

Die Zinssätze neu vergebener Kredite an private Haushalte und an nichtfinanzielle Unternehmen im Euroraum entwickelten sich im Laufe des Jahres 2015 nach wie vor rückläufig, gleichzeitig kam es zu einer Reduktion der Zinsunterschiede zwischen den Mitgliedsländern. Geringere Risikoaufschläge aufgrund der wirtschaftlichen Erholung in einigen Euroraum–Ländern, aber auch die expansive Geldpolitik der EZB, die zu sinkenden – derzeit sogar negativen – Geldmarktzinssätzen führte, dürften für diese Entwicklung verantwortlich sein. Der 3–Monats–Euribor – ein wichtiger Referenzzinssatz bei neu vergebenen Krediten – ging in den letzten 12 Monaten um 14 Basispunkte zurück und erreichte im Oktober 2015 einen neuen historischen Tiefststand von –0,05%.

Grafik 4



Im gleichen Zeitraum kam es im Euroraum bei neu vergebenen Krediten an private Haushalte zu einem Rückgang der Zinskonditionen um 43 Basispunkte (BP) auf 3,01%. Deutliche Reduktionen bei den Zinssätzen waren insbesondere in Spanien (–112 BP auf 4,31%), Italien (–72 BP auf 3,72%) und Frankreich (–73 BP auf 2,71%) zu beobachten. In Deutschland ging der

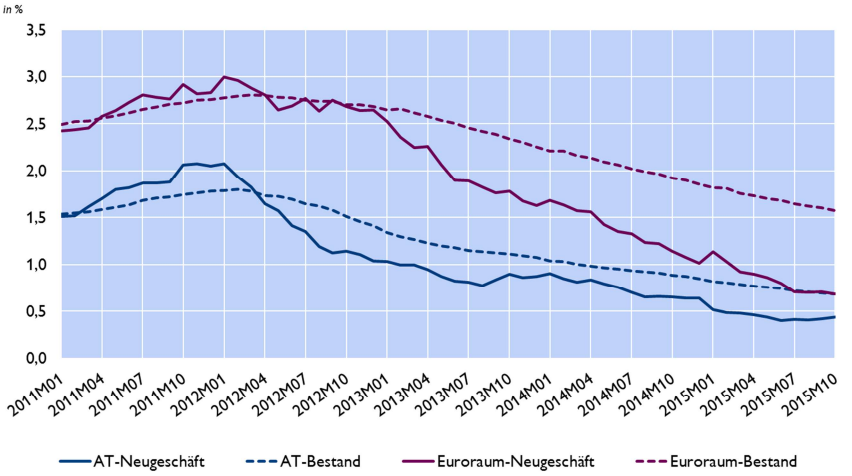
Zinssatz neu vergebener Kredite an private Haushalte seit Oktober 2015 lediglich um 21 BP zurück und lag mit 2,93% nur noch geringfügig unter dem Euroraum-Durchschnitt. Bei Betrachtung des Verwendungszwecks profitierten private Haushalte im Euroraum vor allem bei Konsumkrediten von deutlich günstigeren Konditionen im Neugeschäft (–49 BP auf 5,93%). Bei Wohnbau– bzw. sonstigen Krediten fielen die Reduktionen mit –31 BP (auf 2,30%) bzw. –32 BP (auf 2,61%) ebenfalls sehr deutlich aus.

Die Zinskonditionen privater Haushalte in Österreich gingen in den letzten 12 Monaten insgesamt um 17 BP – und damit verglichen mit dem Euroraum in geringerem Ausmaß – auf 2,38% zurück. Österreich zählte damit nach wie vor zu den drei Euroraum-Ländern mit dem geringsten Zinsniveau bei Krediten privater Haushalte. Bei Betrachtung der unterschiedlichen Verwendungszwecke zeigte sich, dass private Haushalte in Österreich vor allem bei Konsumkrediten – diese gingen im Jahresvergleich um 14 BP auf 4,79% zurück – mit 1,14 %-Punkten einen deutlichen Zinsvorteil gegenüber dem Euroraum haben. Bei Wohnbau- (–11 BP auf 2,01%) bzw. sonstigen Krediten (–12 BP auf 2,22%) war der Zinsvorteil mit 29 BP bzw. 39 BP hingegen deutlich geringer ausgeprägt.

Ebenfalls stark rückläufig waren die Einlagenzinssätze privater Haushalte im Euroraum. Mit einem Zinssatz von 0,68% (–46 BP) für neu vergebene Einlagen mit Bindungsfrist wurde im Oktober 2015 ein neuer historischer Tiefststand im Euroraum erreicht. In Österreich gingen die Zinssätze für Einlagen mit Bindungsfrist im Jahresvergleich um –21 BP auf 0,44% zurück. Damit dürfte der Boden jedoch erreicht worden sein, da es in den letzten sechs Monaten kaum Bewegung bei den Einlagenzinssätzen gab.

Grafik 5

Bestands- vs. Neugeschäftszinssätze von Einlagen mit Bindungsfrist privater Haushalte



Quelle: OeNB, EZB.

Nichtfinanzielle Unternehmen konnten im Euroraum nach wie vor von sinkenden Zinssätzen profitieren. Die Zinskonditionen bei Großkrediten über eine Million EUR gingen im Euroraum im Jahresvergleich um 35 BP auf 1,53% zurück und lagen damit unter dem Österreich-Wert von 1,58%, welcher sich im gleichen Zeitraum kaum veränderte. In den großen Euroraum-Ländern konnten sich nichtfinanzielle Unternehmen – bis auf Spanien (1,74%) – mit Krediten über eine Million EUR günstiger als in Österreich finanzieren (Deutschland: 1,46%, Frankreich: 1,50%, Italien: 1,34%).

Noch stärker war die rückläufige Entwicklung der Kreditzinssätze im Euroraum bei Krediten bis eine Million EUR (–55 BP auf 2,72%). Vor allem in Zypern (–137 BP auf 4,31%), Slowenien (–168 BP auf 3,18%) und Portugal (–124 BP auf 3,97%), aber auch in großen Euroraum-Ländern wie Spanien (–93 BP auf 3,23%) und Italien (–68 BP auf 2,86%) kam es zu

deutlich geringeren Finanzierungskosten bei Krediten bis eine Million EUR. Anders als bei Großkrediten kam es in Österreich bei Unternehmenskrediten bis eine Million EUR zu einem Rückgang des Zinssatzes um 23 BP auf den historischen Tiefststand von 1,91%. Damit wurde der Euroraum-Durchschnitt in dieser Kategorie deutlich unterschritten.

Bauspardarlehen entwickelten sich im 3. Quartal 2015 nach wie vor rückläufig

Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus lagen im 3. Quartal 2015 die gemeldeten Zinssätze für Bauspardarlehen und Bauspareinlagen in vielen Fällen nahe bei den jeweiligen Zinssatzuntergrenzen, die in den Allgemeinen Bedingungen der Bausparkassen (ABB) geregelt sind. Der Zinssatz für neu abgeschlossene Wohnbaudarlehen lag bei Bausparkassen mit 2,43% um 33 Basispunkte über dem Durchschnitt aller österreichischen MFIs (2,10%), was ein wesentlicher Grund für den Rückgang bei Bauspardarlehen im Vergleich zum Vorjahr um 1,5% auf 18,7 Mrd EUR war. Als Folge der geringeren Nachfrage verringerte sich die Finanzierungsleistung der Branche (= neue Ausnutzung der beurkundeten und zugeteilten Darlehensrahmen) in den ersten drei Quartalen 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 4,9% auf insgesamt 1,6 Mrd EUR.

Tabelle 1

Einlagen- und Kreditzinssätze privater Haushalte

in %	Neugeschäft				Bestand			
	Einlagen mit Bindungsfrist über 2 Jahre		Wohnbaukredite an private Haushalte		Einlagen mit Bindungsfrist über 2 Jahre		Wohnbaukredite an private Haushalte	
	AT	BSPK	AT	BSPK	AT	BSPK	AT	BSPK
2013M12	1,74	2,5	2,38	2,77	1,82	1,55	2,43	3,14
2014M03	1,46	2,41	2,43	2,67	1,74	1,51	2,44	3,14
2014M06	1,41	2,68	2,40	2,74	1,68	1,51	2,44	3,12
2014M09	1,25	2,37	2,28	2,68	1,62	1,49	2,37	3,10
2014M12	1,5	2,39	2,14	2,69	1,56	1,47	2,28	3,09
2015M03	0,86	1,92	2,10	2,55	1,48	1,42	2,21	3,06
2015M06	0,79	1,8	2,06	2,38	1,43	1,39	2,13	3,03
2015M09	0,86	1,89	2,10	2,43	1,37	1,35	2,09	2,98

Im Gegensatz zu der rückläufigen Entwicklung bei den Spareinlagen aller österreichischen MFIs – Einlagen an private Haushalte mit einer Bindungsfrist über zwei Jahre sind im September 2015 im Jahresvergleich um 5,7% gesunken – konnte im Bereich der Bauspareinlagen das Vorjahresniveau mit 20,6 Mrd EUR (-0,2%) annähernd gehalten werden. Diese Entwicklung resultierte teilweise aus den günstigeren Zinskonditionen für Bausparverträge im Ansparstadium. Der Neugeschäftszinssatz für Einlagen mit Bindungsfrist über zwei Jahre betrug 1,89% und lag damit 103 Basispunkte über dem durchschnittlichen Zinssatz bei österreichischen MFIs (0,86%). Aktuell befanden sich 95,3% der insgesamt 5,2 Mio Bausparverträge im Ansparstadium. Die vom Staat bereitgestellte Bausparprämie in Höhe von 1,5% dürfte für Sparer zunehmend an Attraktivität verloren haben, nachdem sich die Anzahl neu abgeschlossener Bausparverträge mit 576.344 von Jänner bis September 2015 rückläufig (-6,8% verglichen zum Vorjahreszeitraum) entwickelte. Setzt man aber die vom Staat ausgezahlten Bausparprämien (42 Mio EUR in den ersten neun Monaten 2015) in Relation zur Finanzierungsleistung der Bausparkassen (1,6 Mrd EUR im selben Zeitraum), lässt sich ein Multiplikatoreffekt des Bausparens erkennen. Die finanziellen Mittel, welche für Investitionen in die Bereiche Wohnen, Pflege und Bildung von den Bausparkassen zur Verfügung gestellt werden, betrugen somit fast das 40-fache der staatlichen Ausgaben zur Prämienförderung.

Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der in Österreich tätigen Banken zum 3. Quartal 2015

Das konsolidierte Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen von allen in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten wurde zum 3. Quartal 2015 in Höhe von insgesamt 4,4 Mrd EUR angegeben. Dies entspricht einer Verbesserung um 3,4 Mrd EUR im Vergleich zum Periodenergebnis zum 3. Quartal 2014 in Höhe von 1,0 Mrd EUR. Die im Rahmen des SSM direkt von der EZB beaufsichtigten Kreditinstitute wiesen ein um 2,1 Mrd EUR verbessertes Periodenergebnis von 2,1 Mrd EUR aus.

Eine Betrachtung der Aufwands- und Ertragspositionen zeigt zwar einen Rückgang der konsolidierten Betriebserträge im Vergleich zum 3. Quartal 2014 um 584,4 Mio EUR (-2,7%), dieser konnte jedoch durch folgende Entwicklungen deutlich überkompensiert werden: so wirkten sich die um 1,2 Mrd EUR (-53,0%) gesunkenen Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inkl. Firmenwert), Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen sowie die um 1,5 Mrd EUR (-33,9%) geringeren Aufwendungen für Risikovorsorgen im Kreditgeschäft deutlich positiv auf das konsolidierte Periodenergebnis aus.

Folgende Sondereffekte erwiesen sich als günstig für das konsolidierte Periodenergebnis: Das 3. Quartal 2014 war von Sonderbelastungen seitens einer Großbank im Bereich der Abschreibungen und Risikovorsorgen maßgeblich beeinflusst gewesen. Zudem wurde ein die Anschaffungskosten übersteigender Wert des Nettovermögens von 1,1 Mrd EUR bei einem Institut als Ertrag verbucht.

Konsolidierte Ertragslage der Bankkonzerne und Einzelinstitute

	3. Quartal 2015	3. Quartal 2014	Differenz	
	in Mio EUR	in Mio EUR	absolut	in %
Zinsergebnis	13.835,9	14.518,4	-682,5	-4,7%
+ Provisionsergebnis	5.686,9	5.675,7	11,2	0,2%
+ Handelserfolg [1]	1.102,7	1.161,5	-58,8	-5,1%
+ Dividendenerträge, Erträge aus Beteiligungen	447,2	555,5	-108,3	-19,5%
+ Sonstiges betriebliches Ergebnis	-178,7	-432,8	254,1	58,7%
= **Betriebserträge netto**	**20.893,9**	**21.478,3**	**-584,4**	**-2,7%**
- Verwaltungsaufwendungen	11.796,0	11.998,5	-202,6	-1,7%
- Abschreibungen von immat. und mat. Vermögen, Wertminderungen nicht finanzieller Vermögenswerte und Beteiligungen	1.103,4	2.349,6	-1.246,3	-53,0%
= **Betriebsergebnis**	**7.994,6**	**7.130,1**	**864,4**	**12,1%**
- Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	2.920,8	4.418,4	-1.497,7	-33,9%
- Sonstige Rückstellungen [2]	255,3	512,3	-256,9	-50,2%
- Risikovorsorgen aus nicht zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögensgegenständen	-23,7	-5,6	-18,1	-326,6%
+ Gewinn oder (-) Verlust aus Beteiligungen [2]	719,8	525,3	194,5	37,0%
+ Sonstiger Saldo in Summe	1.157,9	-2,1	1.159,9	56094,8%
= **Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen**	**6.719,8**	**2.728,2**	**3.991,6**	**146,3%**
- Ertragssteuern	1.230,8	1.277,5	-46,8	-3,7%
+ Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen [2]	-218,4	-59,6	-158,7	-266,2%
- Minderheitenanteile [2]	818,1	375,8	442,4	117,7%
= **Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen**	**4.452,6**	**1.015,3**	**3.437,3**	**338,6%**

Quelle:OeNB

[1] Handelsergebnis + sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS + realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften

[2] Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach IFRS erhoben

Die Bilanzsumme aller in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute betrug zum 3. Quartal 2015 1.076,3 Mrd EUR und lag damit um 1,9 Mrd EUR (-0,2%) unter dem Vergleichswert zum 4. Quartal 2014. Aktivseitig gab es die größten absoluten Veränderungen beim

Kassenbestand und den Guthaben bei Zentralbanken (+11,9 Mrd EUR bzw. +29,4%), bei den Krediten und Forderungen gegenüber Kreditinstituten (-6,3 Mrd EUR bzw. -4,4%), sowie bei den Finanzderivaten mit positivem Marktwert (-5,3 Mrd EUR bzw. -13,0%). Passivseitig kam es zu Verschiebungen von den Schuldverschreibungen (-14,0 Mrd EUR bzw. -7,8%) hin zu den Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken (+12,7 Mrd EUR bzw. +2,3%).

Trotz Bewertungsverlusten wurden Investmentfonds weiterhin von Haushalten nachgefragt[12]

Anleger in österreichische Investmentfonds mussten im 3. Quartal 2015, wie auch schon im Quartal davor, deutliche Kursverluste hinnehmen. Während im 1. Quartal 2015 noch eine positive Quartalsperformance (+5,2%) zu beobachten war, war das 3. Quartal 2015 durch Kurswertverluste in Höhe von 4,2 Mrd EUR und eine Performance von -3,0% gekennzeichnet.

Betrachtet man die Performance seit Jahresbeginn 2015, so entwickelten sich nur Hedgefonds, Immobilienfonds und Geldmarktfonds positiv. Hedgefonds erreichten eine Performance von 5,0 % und Immobilienfonds eine von 2,4%.

Die seit Mai 2015 anhaltenden Kurswertverluste von gesamt 8,3 Mrd EUR bewirkten mit August 2015 erstmals seit dem 2. Quartal 2014 über alle Investorengruppen betrachtet Desinvestitionen.

Von der schlechten Performance im 2. und 3. Quartal 2015 war besonders die größte Investorengruppe in inländische Investmentfondsanteile, inländische Haushalte, mit negativen Bewertungseffekten in Höhe von 2,9 Mrd EUR betroffen. Besonders hohe negative Preiseffekte gab es im August sowie September 2015 in Höhe von 1,8 Mrd EUR, hauptsächlich bedingt durch Bewertungsverluste von Aktien- und gemischten Fonds.

Haushalte tätigten im 2. und 3. Quartal 2015 trotz der schlechten Performance die höchsten Zukäufe aller Sektoren mit Nettotransaktionen in Höhe von 0,8 Mrd EUR, wobei die Zukäufe im 3. Quartal 2015 in Höhe von 0,3 Mrd EUR allerdings die niedrigsten Nettozuflüsse seit Ende 2013 waren.

Die Bestände der Haushalte reduzierten sich bedingt durch negative Preiseffekte um 5,2% von 42,3 Mrd EUR im 1. Quartal 2015 auf 40,2 Mrd EUR im 3. Quartal 2015. Inländische Haushalte investierten in den letzten beiden Quartalen bevorzugt in gemischte Fonds (+0,9 Mrd EUR) sowie Immobilienfonds (+0,3 Mrd EUR), während die Veranlagung in Rentenfonds transaktionsbedingt um 0,4 Mrd EUR reduziert wurde.

Institutionelle Investoren[13], nach Haushalten die zweitwichtigste Investorengruppe in inländische Investmentfondsanteile, erhöhten zwar noch im 2. Quartal 2015 transaktionsbedingt ihre Bestände um 0,3 Mrd EUR, im 3. Quartal 2015 gab es aber Nettoabflüsse in Höhe von 0,2 Mrd EUR.

Die Bestände reduzierten sich aufgrund von Nettoabflüssen sowie negativen Bewertungseffekten seit dem 1. Quartal 2015 um 5,9% von 52,8 Mrd EUR auf 49,8 Mrd EUR im 3. Quartal 2015.

Wie schon bisher wurde auch in 2. und 3. Quartal bevorzugt in Renten- sowie gemischte Fonds mit Nettozuflüssen in Höhe von 0,25 Mrd EUR bzw. 0,1 Mrd EUR investiert, wogegen die Veranlagung in Aktienfonds im 2. und 3. Quartal 2015 erstmals seit dem 2. Quartal 2014 transaktionsbedingt um 0,26 Mrd EUR reduziert wurde. Die institutionellen Investoren verzeichneten in den letzten zwei Quartalen negative Bewertungseffekte in Höhe von 3 Mrd

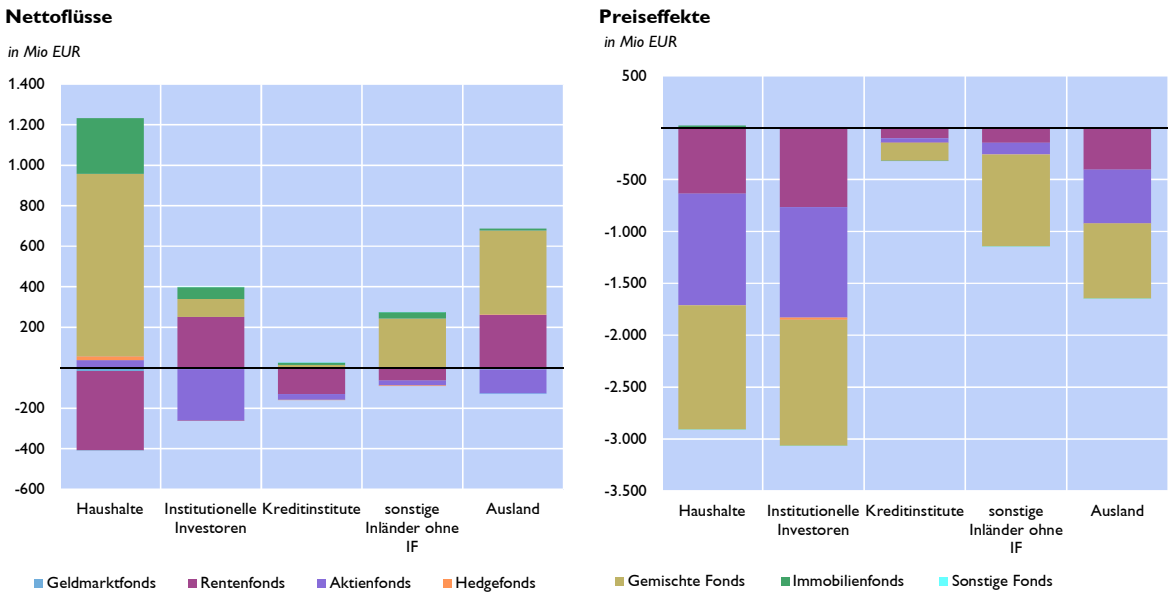
---

[12] Bianca Ully und Me-Lie Yeh (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft Finanzierungsrechnung und Monetärstatistik)

[13] Versicherungen, Pensionskassen sowie Betriebliche Vorsorgekassen.

EUR. Die höchsten negativen Preiseffekte sind der Veranlagung in gemischte Fonds (-1,2 Mrd EUR) sowie Aktienfonds (-1 Mrd EUR) zuzuschreiben.

Nettoflüsse und Preiseffekte je Fondskategorie und Gläubigergruppe - 2. und 3. Quartal 2015



Quelle: OeNB.

Tabelle 1

Struktur des Fondsvolumens, Transaktionen und sonstige Veränderungen

	2014 / 09	2015 / 09	Bestandsveränderungen				
			Insgesamt	Transaktionen [1]		Sonstige Veränderungen [2]	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in %
Inländische Rentenwerte	15.675	13.843	-1.832	-1.722	-11,0 %	-109	-0,7 %
Inl. Aktien und Beteiligungspapiere	3.454	3.292	-163	-226	-6,6 %	64	1,8 %
Inl. Investmentzertifikate	23.212	24.541	1.328	1.232	5,3 %	96	0,4 %
Inl. Immobilien- u. Sachanlagenverm.	2.471	3.188	716	697	28,2 %	20	0,8 %
Ausländische Rentenwerte	68.162	71.270	3.107	3.140	4,6 %	-32	0,0 %
Ausl. Aktien und Beteiligungspapiere	17.732	16.547	-1.185	-1.145	-6,5 %	-40	-0,2 %
Ausl. Investmentzertifikate	21.192	22.147	955	683	3,2 %	272	1,3 %
Ausl. Immobilien- u. Sachanlagenverm.	1.123	1.127	3	2	0,1 %	2	0,2 %
Restliche Vermögensanlagen	9.554	10.722	1.168	-818	-8,6 %	1.987	20,8 %
hievon Guthaben	8.942	9.844	902	783	8,8 %	119	1,3 %
Sonstige Verbindlichkeiten	2.368	1.806	-562	-2.963	-125,1 %	2.401	101,4 %
hievon aufgenommenene Kredite	1.178	688	-490	-482	-40,9 %	-7	-0,6 %
Fondsvolumen	160.208	164.870	4.662	4.805	3,0 %	-143	-0,1 %
Fondsvolumen konsolidiert (exkl. inl. Investmentzertifikate)	136.996	140.329	3.334	3.572	2,6 %	-239	-0,2 %

1) Transaktionen beinhalten im Wesentlichen den Saldo aus Käufen und Verkäufen der Fonds, aber auch die Zinsen aus Schuldverschreibungen und Einlagen/Kredite, zugeflossene Dividenden und Ausschüttungen aus Aktien und Fonds. Ausschüttungen des Fonds spiegeln sich in einer Reduzierung des Cashbestandes wider.

2) Sonstigen Veränderungen = Neubewertungen aufgrund von Preis- und Wechselkursveränderungen + statistische Reklassifizierungen

Österreichische Fonds investieren weiter vorwiegend in Rentenwerte

Rentenwerte blieben mit 85,1 Mrd EUR die beliebteste Anlageform der österreichischen Fonds. Hiervon waren 71,3 Mrd EUR in ausländischen Rentenwerten investiert. Am Ende des 3. Quartals 2015 machten sie über 50% des gesamten konsolidierten Fondsvolumens[14] aus. Die Bewertungsverluste der Rentenwerte von 0,1 Mrd EUR machten unter 0,1% des Gesamtvermögens aus und konnten dadurch die diesjährige Volatilität der Aktieninvestments abschwächen. So kam es in Summe zu Kurswertveränderungen und Erträgen von 3,3 Mrd EUR im 1. Quartal, -1,0 Mrd EUR im 2. Quartal und -2,7 Mrd EUR im 3. Quartal 2015.

Auch Staatsanleihen blieben im 3. Quartal mit 23% aller verzinslichen Wertpapiere und 38,8 Mrd EUR ein beliebtes Investment. Hiervon waren 7,2 Mrd EUR in österreichischen Staatsanleihen, 24,5 Mrd EUR in jenen der restlichen Währungsunion und 7,1 Mrd EUR außerhalb der Währungsunion investiert. Neuinvestitionen in Aktien konnten bereits seit Jahresbeginn die verstärkten Verkäufe nicht aufwiegen, womit sich eine Nettoreduktion um 1,0 Mrd EUR ergab. Somit machten Aktien im 3. Quartal 2015 mit 19,8 Mrd EUR zuletzt nur 14% des konsolidierten Fondsvolumens aus.

[14] Exklusive Fonds-in-Fonds Veranlagungen.

Anpassungen bei Banken durch wirtschaftliches, geldpolitisches und regulatorisches Umfeld erforderlich

Finanzmarktstabilitätsbericht der OeNB – Reformdruck auf Österreichs Banken steigt[15]

Österreichs Banken stehen weiterhin vor erheblichen Herausforderungen. Neben dem nur moderaten Wirtschaftswachstum und dem anhaltend niedrigen Niveau der Kreditqualität belastet das niedrige Zinsumfeld die Banken zunehmend. Der Strukturwandel im Bankensektor hat vor diesem Hintergrund besondere Bedeutung und ist bereits im Gang. Aus Sicht der OeNB trägt der Strukturwandel dazu bei, den Bankensektor widerstandsfähiger und die Geldpolitik effektiver zu machen. Bei der Umsetzung der Strukturreformen ist allerdings darauf zu achten, dass dadurch keine neuen Risiken für die Finanzmarktstabilität entstehen.

Die Profitabilität der österreichischen Banken hat sich im ersten Halbjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr wieder erholt, allerdings war diese Entwicklung zu einem wesentlichen Teil auf geringere Kreditrisikovorsorgen zurückzuführen und hat daher erst ihre Nachhaltigkeit zu beweisen. Die Banken sind somit angehalten ihre Geschäftsmodelle weiterzuentwickeln, um die operative Effizienz und die Kostenstrukturen zu verbessern. Dies ist wichtig, da die Profitabilität auch maßgeblich zur Stärkung der Kapitalisierung beiträgt. Auch sollte der Abbau von notleidenden Krediten seitens der Banken vorangetrieben werden.

Die Kapitalisierung der österreichischen Banken hat sich in den vergangenen Jahren durch eine Kombination aus zusätzlichem Kapital und reduzierten risikogewichteten Aktiva verbessert. Dessen ungeachtet sind die Kapitalquoten der österreichischen Banken – verglichen mit ähnlichen europäischen Instituten – aber weiterhin unterdurchschnittlich. Vor diesem Hintergrund begrüßt die OeNB die vom Finanzmarktstabilitätsgremium empfohlene Aktivierung eines Systemrisikopuffers für ausgewählte österreichische Banken. Der Puffer soll über die nächsten Jahre aufgebaut werden und zu einer weiteren Stärkung der Finanzmarktstabilität in Österreich beitragen.

Das Kreditwachstum in Österreich wird weiterhin von den Wohnbaufinanzierungen getragen. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus ging der Anteil variabel verzinster Wohnbaukredite – ausgehend von einem im internationalen Vergleich sehr hohen Niveau – im Jahr 2015 zurück. Das Zinsänderungsrisiko der privaten Haushalte ist aber nach wie vor hoch. Im Zusammenhang mit der Immobilienfinanzierung empfiehlt die OeNB die präventive Schaffung von rechtlichen Grundlagen für makroprudenzielle Aufsichtsinstrumente, um künftig etwaige kreditgetriebene Immobilienpreisblasen verhindern zu können.

Das von der OeNB und FMA im Jahr 2012 geschnürte Nachhaltigkeitspaket hat mittlerweile seine volle Wirkung gezeigt, d.h. die Refinanzierung der österreichischen Tochterbanken in CESEE erfolgt primär durch stabile lokale Refinanzierungsquellen.

[15] Autorin: Tina Wittenberger (Abteilung Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht).

OeNB analysiert Einfluss des Niedrigzinsumfelds auf Zinsmargen der österreichischen Banken[16]

Das Zinsergebnis ist der wichtigste Ertragsbestandteil der österreichischen Banken und beläuft sich auf 46% der unkonsolidierten und 65% der konsolidierten Erträge. Aus diesem Grund sind Änderungen in der Zinslandschaft für die Banken von besonderer Bedeutung. Obwohl die Nettozinseinkünfte auch in den letzten Jahren immer noch deutlich positiv waren, sind die Zinsmargen seit mehr als einem Jahrzehnt rückläufig. Wenngleich die Zinsmarge bei Großbanken deutlich niedriger ausfällt als bei Klein- und mittelgroßen Banken, sind letztere stärker von einer rückläufigen Zinsmarge betroffen. Dies lässt sich insbesondere dadurch erklären, dass Erträgen aus anderen Quellen als dem Zinsgeschäft bei Großbanken volumenmäßig mehr Bedeutung zukommt, als bei Klein- und mittelgroßen Banken.

Eine rezente ökonometrische Analyse der OeNB zeigt, dass die Nettozinsmargen der Banken durch das Niedrigzinsumfeld beeinträchtigt wurden. Das Hauptergebnis ist, dass eine Senkung des Leitzinses von 1% auf 0% eine Verminderung der Nettozinsmarge um 25 Basispunkte verursacht. Der Effekt wird verstärkt, wenn die Leitzinsen nahe Null sind und verringert sich je höher das Zinsniveau ist.[17] In verschiedenen internationalen Studien finden sich ähnliche Ergebnisse.[18]

Ein weiteres Ergebnis der OeNB-Analyse ist, dass Banken mit vorwiegender Refinanzierung durch Kundeneinlagen stärker von den oben beschriebenen Effekten einer Leitzinssenkung betroffen sind. Der zusätzliche Effekt einer einlagenbasierten Finanzierungsstruktur auf die Zinsmargen von Banken wird auf ungefähr 4 Basispunkte pro Reduzierung des Zinsniveaus um 100 Basispunkte geschätzt. Darüber hinaus verfügen einlagenfinanzierte Banken oftmals über ein ausgeprägtes Filialnetz, was mit zusätzlichen Kosten, die nicht Teil des Nettozinseinkommens sind, verbunden ist und somit weiteren Druck auf die Profitabilität ausübt.
Auch die derzeit flache Zinskurve hat die Zinsmarge reduziert: Seit Jahresende 2013 bis zum zweiten Quartal 2015 hat sie zu einer durchschnittlichen Senkung der Nettozinsmargen um 4 Basispunkte geführt.

Das Niedrigzinsumfeld trägt zum Druck auf die Zinsmarge bei, ist jedoch neben anderen Erklärungsfaktoren, wie Marktmacht, die Struktur der Aktivseite der Bankbilanzen und die Risikobereitschaft, nur einer von mehreren. Dadurch können sich die Faktoren gegenseitig verstärken, abschwächen oder auch aufheben. Wichtig ist, dass durch den Strukturwandel im Bankensektor keine neuen Risiken für die Finanzmarktstabilität entstehen.

---

[16] Autoren: Stefan Kerbl, Michael Sigmund (beide Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht).

[17] Die Ergebnisse der OeNB Studie basieren auf einer Panelregression, die alle österreichischen Banken auf unkonsolidierter Ebene im Zeitraum 1998Q1 bis 2015Q2 umfasst und über 40.000 Beobachtungen inkludiert. Um den reinen Effekt des Niedrigzinsumfeldes zu erfassen, wird für andere Variablen, wie den Anstieg der Ertragskurve, Risikobereitschaft, Liquidität, Marktmacht und für wesentliche makroökonomische Variablen (BIP Wachstum, Sekundärmarkrendite für 10 jährige Staatsanleihen und 3-Monatseuribor) kontrolliert. (Für weitere Details zu diesem Datensatz und der Schätzmethode siehe: Gunter, U., Krenn, G., Sigmund, M. (2013): Macroeconomic, Market and Bank-Specific Determinants of the Net Interest Margin in Austria, OeNB Financial Stability Report 25.).

[18] Siehe Busch, Ramona & Memmel, Christoph, 2015. "Banks' net interest margin and the level of interest rates," Discussion Papers 16/2015, Deutsche Bundesbank, Research Centre und Claudio Borio & Leonardo Gambacorta & Boris Hofmann, 2015. "The influence of monetary policy on bank profitability," BIS Working Papers 514, Bank for International Settlements.

Beiträge der OeNB zur 6. Sitzung des Finanzmarktstabilitätsgremiums – OeNB schlägt effektive Instrumente im Immobilienbereich vor[19]

Die OeNB begrüßt die jüngsten Aktivitäten des Finanzmarktstabilitätsgremiums (FMSG) in seiner 6. Sitzung im November 2015. So gibt die Verabschiedung der sogenannten makroprudenziellen Strategie für Österreich dem FMSG ein angemessenes Gerüst zur Wahrung der Stabilität des österreichischen Finanzsystems in seiner Gesamtheit. Die Strategie umfasst mehrere Zwischenziele, u.a. eine Eindämmung von übermäßigem Kreditwachstum und übermäßiger Verschuldung[20].

Wenngleich das FMSG feststellt, dass das ausstehende Kreditvolumen im Vergleich zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Österreich deutlich unter seinem langjährigen Trend liegt, sieht die OeNB die Notwendigkeit, das Instrumentarium der makroprudenziellen Aufsicht insbesondere im Bereich der Immobilienfinanzierung zu erweitern. Vergangene Krisenerfahrungen anderer Länder haben gezeigt, dass eine nicht nachhaltige Hypothekarkreditvergabe in Verbindung mit einem Immobilienpreisboom zu höheren systemischen Risiken führt[21]. Daher unterstützt die OeNB aktiv eine mögliche Empfehlung des FMSG zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für zusätzliche makroprudenzielle Instrumente, wie Begrenzungen von Beleihungsquoten (Loan-To-Value-Ratio), Verschuldungsquoten (Debt-To-Income-Ratio) und Schuldendienstquoten (Debt-Service-To-Income-Ratio). Diese Instrumente haben sich in unterschiedlichen Querschnittsanalysen (u.a. von IWF und BIZ) als effektiv erwiesen, Immobilienpreisblasen und exzessives Kreditwachstum einzuschränken bzw. die daraus resultierenden Risiken zu mitigieren. Auch der IWF hat im Rahmen der Artikel IV-Konsultation des Jahres 2015 wiederholt empfohlen, der makroprudenziellen Aufsicht in Österreich derartige Instrumente zur Verfügung zu stellen. Die OeNB möchte mit der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für diese Instrumente sicherstellen, dass die makroprudenzielle Aufsicht bei Diagnose von Systemrisiken durch einen gleichzeitigen Immobilienpreis- und Kreditboom handlungsfähig ist.

Risiken aus dem niedrigen Zinsumfeld für Kreditgeber und -nehmer wurden ebenfalls in der 6. FMSG Sitzung diskutiert. Auf Kreditgeberseite schränkt der kontinuierliche Rückgang der durchschnittlichen Zinsmarge die Fähigkeit zum internen Kapitalaufbau ein. Die OeNB unterstützt hier die Forderung des FMSG nach einer Verbesserung der operativen und strukturellen Effizienz im Bankbereich. Den vom FMSG identifizierten Risiken bei einem Zinsanstieg auf Grund des hohen Anteils variabel verzinster Kredite in Österreich kann nur zugestimmt werden.

Empfehlungen des IWF im Rahmen der Artikel IV-Konsultation zu Österreich[22]

Im Rahmen der österreichischen Artikel IV-Konsultation 2015 sieht der Internationale Währungsfonds (IWF) insbesondere in folgenden Bereichen Maßnahmen als prioritär an:

- Kalibrierung eines ausgewogenen fiskalpolitischen Kurses zur Belebung der schwachen Wirtschaftsaktivität bei gleichzeitigem Aufbau von Handlungsspielräumen;

---

[19] Autoren: David Liebeg, Katharina Steiner (Abteilung Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht).

[20] Für Details siehe http://www.fmsg.at/

[21] Cerutti, E., J. Dagher, G. Dell'Ariccia, 2015, Housing Finance and Real-Estate Booms: A Cross-Country Perspective, IMF Staff Discussion Note SDN/15/12.

[22] Autorin: Eleonora Endlich (Abteilung Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht).

- Weiterführung von Maßnahmen zur Integration von Immigranten in das Wirtschaftsleben und Fortschritt bei Strukturreformen zur Hebung des Potenzialwachstums und Verbesserung der Bilanzen des öffentlichen Haushalts;
- Beseitigung von Altlasten aus der Finanzkrise und weitere Stärkung der Resilienz des Finanzsektors.

Der IWF erkennt die regulatorischen Fortschritte an, die im Bankensektor erreicht wurden. So wurden die wesentlichen Elemente der Bankenunion umgesetzt und das Finanzmarktstabilitätsgremium eingerichtet. Vor dem Hintergrund der makroprudenziellen Maßnahmen, wie dem Systemrisikopuffer, dem Nachhaltigkeitspaket und Maßnahmen im Zusammenhang mit Fremdwährungskrediten führten einige große Geschäftsbanken eine Neuausrichtung ihrer Geschäftsmodelle durch, um den erhöhten Risiken und der schwachen Profitabilität in einigen CESEE-Märkten zu begegnen. Darüber hinaus wurde die lokale Refinanzierungsbasis von Tochtergesellschaften in CESEE gestärkt und Kostensenkungsmaßnahmen durchgeführt.

Der IWF sieht jedoch weitere Maßnahmen als notwendig an. So wurde die Kapitalisierung großer Banken zwar verbessert, sie liegt jedoch nach wie vor unter jenen Werten von Vergleichsbanken. Die Profitabilität des Bankensektors zeigt nur langsame Verbesserungen, und die Banken sind nach wie vor exponiert gegenüber Risiken in CESEE und aus Schweizer-Franken-Krediten. Aus diesem Grund soll die Aufsicht weiterhin die Angemessenheit der Kapitalisierung überprüfen und Kapitalanforderungen verschärfen, wenn es für notwendig erachtet wird. Dies betrifft auch eine mögliche Änderung des Systemrisikopuffers in Bezug auf seine Höhe und die Einschleifregelung („Phase-in"). Darüber hinaus sollen auch alternative Maßnahmen angedacht werden, falls die Kapitalaufbaupläne der Banken scheitern. Weiters empfiehlt der IWF der Aufsicht die Banken zu ermutigen, Maßnahmen in Bezug auf Kredite in Schweizer Franken zu treffen (Konvertierung in EUR-Kredite mit laufender Tilgung, vorzeitige Rückzahlungen, höhere Beitragszahlungen an Tilgungsträger). Die Setzung makroprudenzieller Instrumente wie Beleihungsquoten (Loan-To-Value-Ratio), Verschuldungsgrad (Debt-To-Income-Ratio) oder Schuldentilgungsquote (Debt-Service-To-Income-Ratio) soll ermöglicht werden (ev. regional differenziert).

Auch wenn bei der Abwicklung der Problembanken Fortschritte erzielt wurden, sind einige Optionen im Zusammenhang mit der Abwicklung der HETA mit Zielkonflikten verbunden. So müssen die Vorteile einer schnellen Abwicklung der HETA mit den Risiken eines möglichen Reputationsverlustes sowie finanzieller Verluste aus der rückwirkenden Änderung von Verträgen abgewogen werden. Dies könnte die Glaubwürdigkeit der Garantien einiger subnationaler Körperschaften in Frage stellen und die Refinanzierungskosten einiger Banken erhöhen.

Vorschlag der EU Kommission für ein Europäisches Einlagensicherungssystem (EDIS)[23]

Die Europäische Kommission hat am 24. November 2015 Maßnahmen für einen besseren Einlagenschutz und weniger Risiken im Bankensektor vorgeschlagen. Das Paket umfasst (i) einen Verordnungsentwurf zur Ergänzung bzw. Anpassung der Verordnung für den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM) zur Errichtung eines Europäischen Einlagensicherungssystems

[23] Autor: Georg Merc (Abteilung Europäische Aufsichtsgrundsätze und Strategie).

und (ii) eine Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat und die EZB „Towards the completion of the Banking Union".

Die Europäische Einlagensicherung (EDIS) soll folgende Eckpunkte umfassen:

- EDIS wird auf dem bestehenden System aufbauen, das sich aus den EU-rechtskonform eingerichteten nationalen Einlagensicherungssystemen zusammensetzt (in Österreich gemäß Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz, ESAEG). Der einzelne Einleger genießt weiterhin denselben Schutz (100.000 EUR).
- EDIS wird sukzessive in drei Stufen eingeführt:

In Stufe 1 (Rückversicherung) könnten die nationalen Einlagensicherungssysteme EDIS nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie zuvor alle eigenen Mittel (ex-ante und ex-post Beiträge) ausgeschöpft haben und – wie auch in allen späteren Phasen – die Einlagensicherungsrichtlinie erfüllen. In Stufe 2 (Mitversicherung) wäre ein nationales Einlagensicherungssystem nicht mehr verpflichtet, alle eigenen Mittel auszuschöpfen, bevor es auf EDIS-Mittel zurückgreift. EDIS würde ab dem Zeitpunkt, zu dem Bankeinleger entschädigt werden müssten, einen Teil der Kosten übernehmen. Der vom EDIS übernommene Anteil wird zunächst auf relativ niedrigem Niveau angesetzt (20%) und dann über einen Zeitraum von vier Jahren schrittweise um jährlich 20% erhöht. In Stufe 3 (Vollversicherung) wird der Risikoanteil, den EDIS von nationalen Einlagensicherungssystemen übernimmt, allmählich auf 100% erhöht. Ab 2024 soll EDIS den vollen Versicherungsschutz bieten.

EDIS soll für den Bankensektor insgesamt keine zusätzlichen Kosten verursachen, da der Beitrag der Banken zu EDIS mit den Beiträgen zum nationalen Einlagensicherungssystem gegenverrechnet werden kann; die Beiträge sind risikobasiert; ab Stufe 2 werden die Beiträge neu berechnet und richten sich danach, wie riskant ein Institut im Vergleich zu allen Banken im Euroraum ist.

EDIS wird alle Banken umfassen, die dem Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) unterliegen, es gibt keine Ausnahmeregelung für bestimmte Arten von Instituten. Institutionell wird EDIS beim Ausschuss für die einheitliche Abwicklung (SRB) angesiedelt sein. Zudem entscheidet das Single Resolution Board über die Verwendung der EDIS Mittel und über eine allfällige Kreditaufnahme von EDIS. Das zu erwartende EDIS Volumen im Endausbau (Juli 2024) liegt bei 43 Mrd EUR.

Ein einheitliches europäisches Einlagensicherungssystem ist grundsätzlich zu begrüßen, da damit einerseits die auf drei Säulen beruhende Bankenunion nach Übernahme der Aufsichtsverantwortung für alle Kreditinstitute durch die EZB im Rahmen des SSM im November 2014 und des seit Jahresbeginn vollumfänglichen Wirkens des einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM) vollendet sein würde. Anderseits sind jedoch vor Schaffung eines europäischen Einlagensicherungssystems noch umfassende Vorarbeiten zur Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen[24] zu leisten. Aus diesem Grund sollen die nationalen Einlagensicherungssysteme gemäß Bundesgesetz über die Einlagensicherung und Anlegerentschädigung für Kreditinstitute[25] vorerst weiterhin bestehen bleiben.

---

[24] U. a: Noch immer sind einige Mitgliedstaaten hinsichtlich der nationalen Umsetzung der Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Banken (BRRD) sowie der Richtlinie über Einlagensicherungssysteme (DGSD) säumig. Zudem gibt es kein harmonisiertes europäisches Insolvenzrecht.

[25] Durch das neue ESAEG wird nach einer Übergangsphase bis 2019 das derzeitige System auf Fachverbandsebene durch ein einheitliches System ersetzt. Eine Ausnahmeregelung besteht jedoch für institutsspezifische

Annex

Sicherungssysteme (IPS), die – sofern sie bestimmte Voraussetzungen, wie insbesondere ein gewisses Einlagenvolumen, erfüllen – über Genehmigung der FMA ein eigenständiges Einlagensicherungssystem bilden können.

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EU und international[26] vom 27. November 2015 bis 13. Jänner 2016

1) EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
Nachtrag 23. November 2015	Eurogruppe	Wichtigste Themen: EK Stellungnahmen zu den Haushaltsentwürfen der Mitgliedstaaten (MS): Für Österreich besteht Risiko der Non-Compliance mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP). Zusätzliche Kosten die in Verbindung mit der Flüchtlingskrise entstehen, werden bei der Defizitberechnung im Frühjahr 2016 ex post einbezogen. Griechisches Finanzhilfeprogramm (siehe ESM, 23. November).
Nachtrag 23. November 2015	Europäischer Stabilitäts-mechanismus (ESM)	Griechisches Finanzhilfeprogramm Der Gouverneursrat des ESM genehmigt die Auszahlung von 2 Mrd EUR aus dem 1. Teil des 3. Finanzhilfeprogramms. Die Auszahlung beruht auf der Tatsache, dass Griechenland das 1. Maßnahmenpaket erfolgreich umgesetzt hat. Es handelt sich um die 2. Auszahlung im Rahmen der im August 2015 vereinbarten Sub-Tranche in Höhe von 16 Mrd EUR. Die 1. Auszahlung in Höhe von 13 Mrd EUR fand im August 2015 statt. Damit erreicht die Summe der ausgezahlten Finanzhilfe 15 Mrd EUR (rd. 17 % des im August 2015 vereinbarten Programmvolumens von bis zu 86 Mrd EUR).
Nachtrag 24. November 2015	EK	Europäisches Einlagensicherungssystem (European Deposit Insurance Scheme/EDIS) Die EK legt ein Gesetzesvorschlag für ein euroraumweites EDIS sowie Maßnahmen zum Abbau noch verbleibender Risiken im Bankensektor vor.
Nachtrag 26. November 2015	EK	Warnmechanismusbericht (WMB) 2016 Die EK legt das November-Paket des Europäischen Semesters 2016 vor. Dieses beinhaltet u.a. den WMB, welcher eine eingehende Überprüfung in 18 MS vorsieht. Aufgrund von Problemen im Finanzsektor erstmalig auch für Österreich („…hohe Anfälligkeit für Entwicklungen im Ausland und die Auswirkungen auf die Kreditvergabe an den privaten Sektor“).

[26] Autor: Majken Corti (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

29. November 2015	Gipfeltreffen EU/Türkei	Gipfeltreffen zwischen EU und Türkei Es wird eine engere Zusammenarbeit zur Eindämmung der Migrationsströme über gemeinsame Grenzen beschlossen. Die EU sagt zu, die Finanzhilfe für Flüchtlinge in der Türkei um 3 Mrd EUR aufzustocken und dazu beizutragen den türkischen EU-Beitrittsprozess in Schwung zu bringen.
30. November 2015	ECON	Wichtigste Themen sind: Meinungsaustausch mit Jonathan Hill (Kommissar für Finanzmarktstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion): Zu folgenden Themen: Aktionsplan Kapitalmarktunion, Bankenregulierung, Single Resolution Mechanism, EDIS, Bankenstrukturreform, Benchmark-Verordnung, Geldmarktfonds. Entwurf des Jahresbericht Bankenunion 2015: Grundsätzlich positive Einschätzung.
1. Dezember 2015	ESM	Griechisches Finanzhilfeprogramm Der Gouverneursrat des ESM genehmigt die Auszahlung von 2,7 Mrd EUR für die Rekapitalisierung der Piraeus Bank. Dieser Betrag geht zu Lasten des mit 10 Mrd EUR dotierten Topfes für die Rekapitalisierung des griechischen Kapitalmarktes entsprechend der Vereinbarung vom August 2015. Nach dieser Auszahlung verbleiben 7,3 Mrd EUR für die Rekapitalisierung des griechischen Kapitalmarktes.
7. Dezember 2015	Eurogruppe	Die wichtigsten Themen des Euroraum-Finanzministertreffens sind: Harmonisierung der Bankenaufsicht: Die Vorsitzende des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM), Danièle Nouy, berichtet über die öffentliche Konsultation des SSM betreffend der Harmonisierung der Beaufsichtigung bedeutender Banken im Euroraum. Die Konsultation ist ein wichtiger Schritt bei der Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen im Bankensektor des Euroraums. Griechisches Finanzhilfeprogramm (siehe 8. und 22.12.).
8. Dezember 2015	ESM	Griechisches Finanzhilfeprogramm Der Gouverneursrat des ESM genehmigt die Auszahlung von 2,71 Mrd EUR für die Rekapitalisierung der griechischen Nationalbank. Dieser Betrag geht zu Lasten des mit 10 Mrd EUR dotierten Topfes für die Rekapitulasierung des griechischen Kapitalmarktes entsprechend der Vereinbarung vom August 2015. Nach dieser Auszahlung verbleiben 4,6 Mrd EUR für die Rekapitalisierung des griechischen Kapitalmarktes.
8. Dezember 2015	ECOFIN	Die wichtigsten Themen sind: Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung: u.a. wird vorgeschlagen das Inkrafttreten der 4. Geldwäscherichtlinie vorzuziehen. Umsetzung der Bankenunion: Der Single Resolution Fund (SRF) ist per 1. Jänner 2016 funktionsfähig, da bereits von allen MS (außer

		Luxemburg) ratifiziert. Verabschiedung einer Erklärung zu den SRF-Modalitäten der Brückenfinanzierung. Backstop wird während der Übergangsphase entwickelt und soll an deren Ende voll funktionsfähig sein. EDIS: Positive Haltung seitens Italien, Griechenland, Spanien, Irland und EZB. Sehr kritische Haltung seitens Deutschlands (zuerst müssten Risiken gesenkt werden). Beauftragung einer hochrangigen Expertengruppe mit der Prüfung des Vorschlags und der Aspekte zur Risikoreduzierung. Berichterstattung auf dem ECOFIN im März 2016. Finanztransaktionsteuer (FTT): Im Rahmen der Debatte über die verstärkte Zusammenarbeit zur Einführung einer FTT präsentieren teilnehmende MS einen Sachstandsbericht und legen ein Papier vor. Ausgesprochenes Ziel ist eine Gesamteinigung inkl. Steuersätze bis Ende Juni 2016. Estland wird vorläufig aus der verstärkten Zusammenarbeit austreten.
14. Dezember 2015	Regierungs-konferenz EU/Türkei	Regierungskonferenz zwischen EU und Türkei Erstmals seit zwei Jahren wird ein neues Kapitel der EU-Beitrittsverhandlungen eröffnet (Kapitel 17 „Wirtschafts- und Währungspolitik“).
14. Dezember 2015	Beitritts-konferenz EU/Serbien	Tagung der Beitrittskonferenz auf Ministerebene mit Serbien Es werden zwei Kapitel der EU-Beitrittsverhandlungen eröffnet (Kapitel 32 "Finanzkontrolle" und Kapitel 35 "Sonstiges: Punkt 1 – Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo").
17.- 18. Dezember 2015	Europäischer Rat (ER)	Die wichtigsten Themen beim Treffen der Staats- und Regierungschefs: Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung: Der ER erteilt an Rat und EK den Auftrag weitere Maßnahmen (insb. Einfrieren von Vermögen) zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung zu setzen. Politischer Meinungsaustausch über das britische Referendum über die EU-Mitgliedschaft: Potenziell kritischer Punkt sind britische Forderungen nach einer „Mitsprache“ im Euroraum. Weitere Diskussionen im Februar 2016.
22. Dezember 2015	ESM	Griechisches Finanzhilfeprogramm Der Gouverneursrat des ESM genehmigt die Auszahlung des verbleibenden Restbetrags aus dem 1. Teil des 3. Finanzhilfeprogramms in Höhe von 1 Mrd EUR. Die Auszahlung beruht auf die Tatsache, dass Griechenland das 2. Maßnahmenpaket erfolgreich umgesetzt hat. Es handelt sich um die letzte Auszahlung im Rahmen der im August 2015 vereinbarten Sub-Tranche in Höhe von 16 Mrd EUR. Damit erreicht die Summe der ausgezahlten Finanzhilfe 21,4 Mrd EUR (rd. 25% des im August 2015 vereinbarten Programmvolumens von bis zu 86 Mrd EUR).
1. Jänner 2016	EU Rats-präsident-	EU Ratspräsidentschaft Die Niederlände übernehmen für die folgenden 6 Monate die EU

	schaft	Ratspräsidentschaft, Schwerpunkte sind: Wachstum und Beschäftigung: Förderung der Industrie und des Privatsektors / Innovation, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Bürokratieabbau: Stärkere Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips. Verstärkte Beteiligung von Bürgern und zivilgesellschaftlichen Organisationen: Führung eines intensiveren Dialogs und verstärkte Kontaktaufnahme mit Unternehmen und der Zivilgesellschaft angesichts der wachsenden Unzufriedenheit der Bürger mit den EU-Institutionen.

2) IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

Datum	Institution	Ereignis
30. November 2015	IWF	Sonderziehungsrechte(SZR)-Währungskorb Das IWF-Exekutivdirektorium beschließt im Rahmen der tourlichen Prüfung des SZR-Währungskorbs die Aufnahme des Renminbi (RMB) als fünfte Währung. Die dadurch verursachte Neugewichtung der Währungen im Währungskorb geht hauptsächlich zu Lasten der Gewichtung des Euros.
3.-14. Dezember 2015	IWF	IWF Artikel IV Konsultationen Der IWF ortet im Rahmen der jährlichen Überprüfung der Wirtschaftslage in Österreich Handlungsbedarf in den Bereichen: - Fiskalpolitik: der IWF empfiehlt vorsichtige Anpassung der Ausgabenseite. Übergeordnetes Ziel: Wiederaufbau von Fiskalpuffern bei Beibehaltung Wachstumsfördernder Maßnahmen. - Migration: Aufrechthaltung der Maßnahmen zur wirtschaftlichen Integration von Flüchtlingen - Strukturreformen: Anhebung des Potentialwachstums und Verbesserung des Staatshaushalts - Finanzsektor: Lösung der verbleibenden Krisenaltlasten im Bankensektor sowie Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors.
8. Dezember 2015	IWF	Veränderte Kreditregeln Das IWF-Exekutivdirektorium beschließt eine Anpassung der Kreditregeln. Nach den neuen Regeln kann der IWF Länder, die sich im Zahlungsrückstand gegenüber anderen Staaten befinden, weiter finanziell unterstützen. Bisher akzeptierte der IWF zwar Zahlungsrückstände bei privaten Gläubigern, aber nicht bei Staaten.
18. Dezember 2015	IWF	Serbien Abschluss des 3. Review (Ad Memorandum: Februar 2015 Beschluss eines Stand-By Arrangement (SBA) in Höhe von rd. 935.4 Mio SZR / rd. 1,2 Mrd EUR). Mit dem Beschluss wird die Auszahlung von rd. 491 Mio SZR / rd. 627 Mio EUR möglich. Serbien sieht die SBA weiterhin

		als “precautionary”.
18. Dezember 2015	IWF	IWF Quoten- und Governancereform Der Beschluss des US-Kongresses die sog. 14. Quotenreform aus dem Jahr 2010 zu ratifizieren wird sehr vom IWF begrüßt wird. Nach der endgültigen Ratifizierung – voraussichtlich vor Ende Jänner - beginnt die Umsetzungsphase. Die 14. Quotenreform: - zielt auf eine Stärkung der Legitimität des IWF durch eine Anpassung der Vertretung der Schwellen- und Entwicklungsländer im IWF an ihre wirtschaftliche Bedeutung. - stärkt die Finanzausstattung des IWF durch deutlich erhöhte Quoteneinzahlungen der Mitgliedsländer.

Wirtschaftsindikatoren - Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 20. Jänner 2016

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Weltwirtschaft	
Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen	1
Makroökonomische Indikatoren	2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise	3
Euroraum	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	4
Aktuelle Entwicklung	5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität	6
Zinserwartungen	7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen	8
Renditen und Kreditzinsen	9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation	10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt	11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren	12
Inflation und Arbeitskosten	13
Makroökonomische Ungleichgewichte	14
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)	
Ausgewählte makroökonomische Indikatoren	15
Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts	16
Entwicklung der Verbraucherpreise	17
Arbeitslosenquoten	18
Leistungsbilanzsalden	19
Fiskaldaten	20
Österreich	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	21
Aktuelle Entwicklung	22
Außenhandel mit Waren	24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren	25
Tourismus und Reiseverkehr	26
Öffentliche Haushalte	27
Bundeshaushalt	28
Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert	29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	32
Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert	33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE	34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	
Geldvermögensbildung und Geldvermögen	35
Finanzierung und Verbindlichkeiten	36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP			Inflation[1)]			Arbeitslose			Budgetsaldo			Staatsschuld			Leistungsbilanzsaldo		
	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %			*in %*			*in % des Arbeitskräfteangebotes*			*in % des BIP*								
USA	2,6	2,8	2,7	0,2	2,1	2,3	5,3	4,8	4,6	-4,0	-3,5	-3,2	105,3	104,4	104,1	-2,3	-2,4	-2,7
Japan	0,7	1,1	0,5	0,8	0,7	1,8	3,4	3,3	3,3	-6,6	-5,7	-5,1	247,4	247,4	247,5	2,3	2,8	3,1
China	6,8	6,5	6,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	4,0	4,2	4,0
Euroraum	1,6	1,8	1,9	0,1	1,0	1,6	11,0	10,6	10,3	-2,0	-1,8	-1,5	94,0	92,9	91,3	3,7	3,6	3,4
EU	1,9	2,0	2,1	0,0	1,1	1,6	9,5	9,2	8,9	-2,5	-2,0	-1,6	87,8	87,1	85,8	2,2	2,2	2,0
Österreich	0,6	1,5	1,4	0,9	1,8	2,0	6,1	6,1	6,0	-1,9	-1,6	-1,3	86,6	85,7	84,3	2,6	2,6	2,8
Deutschland	1,7	1,9	1,9	0,2	1,0	1,7	4,7	4,9	5,2	0,9	0,5	0,4	71,4	68,5	65,6	8,7	8,6	8,4
Vereinigtes Königreich	2,5	2,4	2,2	0,1	1,5	1,7	5,4	5,4	5,5	-4,4	-3,0	-1,9	88,3	88,0	86,9	-4,3	-3,9	-3,4
Polen	3,5	3,5	3,5	-0,6	1,4	1,9	7,6	7,2	6,8	-2,8	-2,8	-2,8	51,4	52,4	53,5	-0,5	-0,9	-1,5
Ungarn	2,9	2,2	2,5	0,1	1,9	2,5	7,1	6,7	6,2	-2,3	-2,1	-2,0	75,8	74,5	72,6	4,3	5,5	6,1
Tschechische Republik	4,3	2,2	2,7	0,4	1,0	1,6	5,2	5,0	4,8	-1,9	-1,3	-1,1	41,0	41,0	40,5	-2,5	-2,4	-2,1

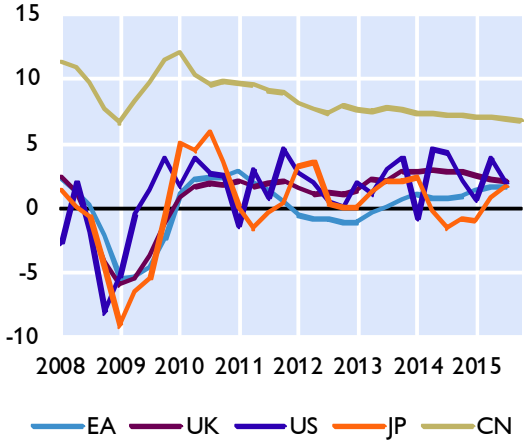
Quelle: Prognose der Europäischen Kommission vom November 2015.

1) HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.

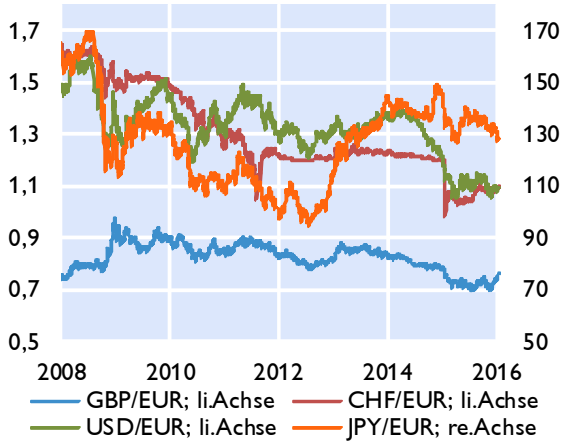
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

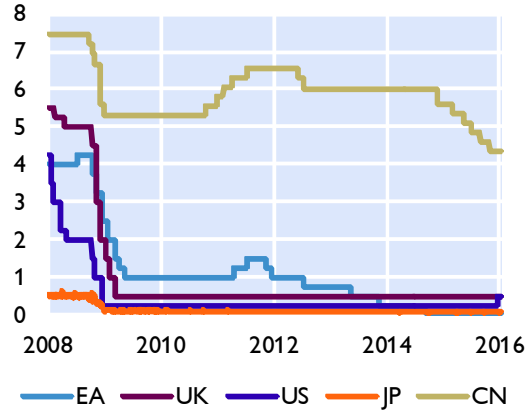


Wechselkurse zum Euro



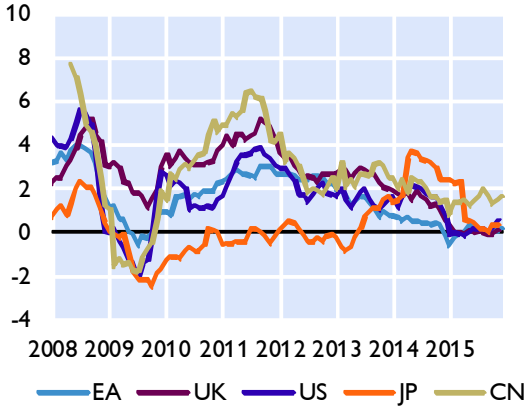
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



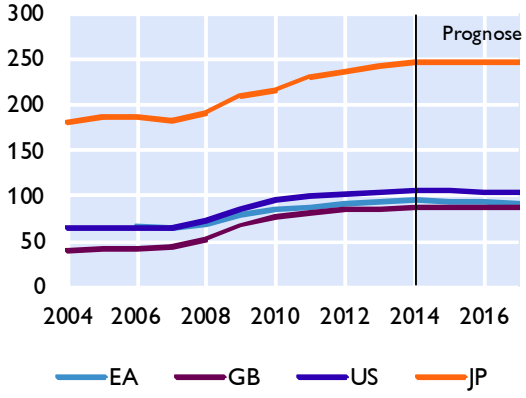
Verbraucherpreisindizes

in %



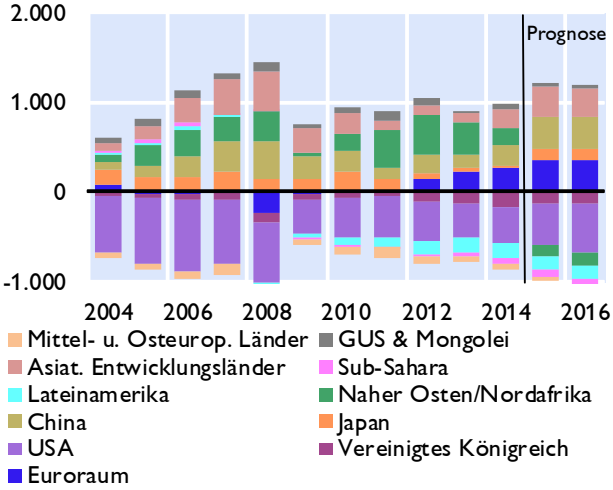
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD



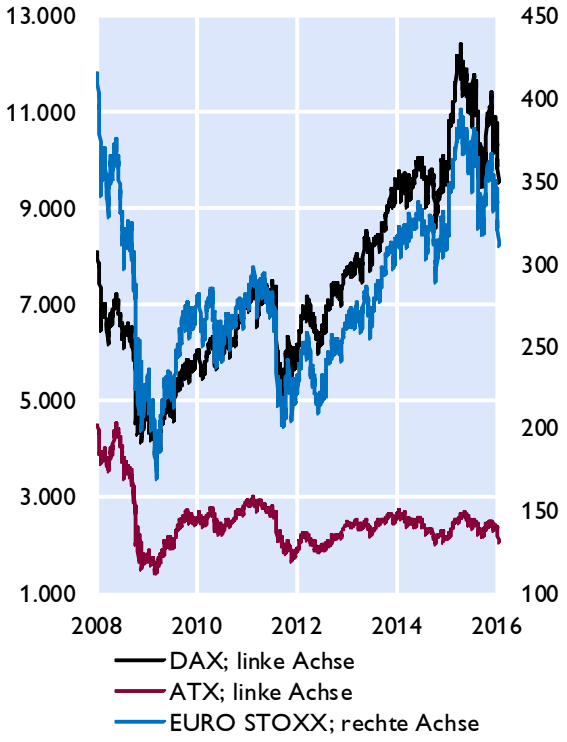
Quelle: Eurostat, EK, IWF, Thomson Reuters, nationale Quellen. Prognosen: EK Nov. 2015 und IWF WEO Okt. 2015.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

Seite 3

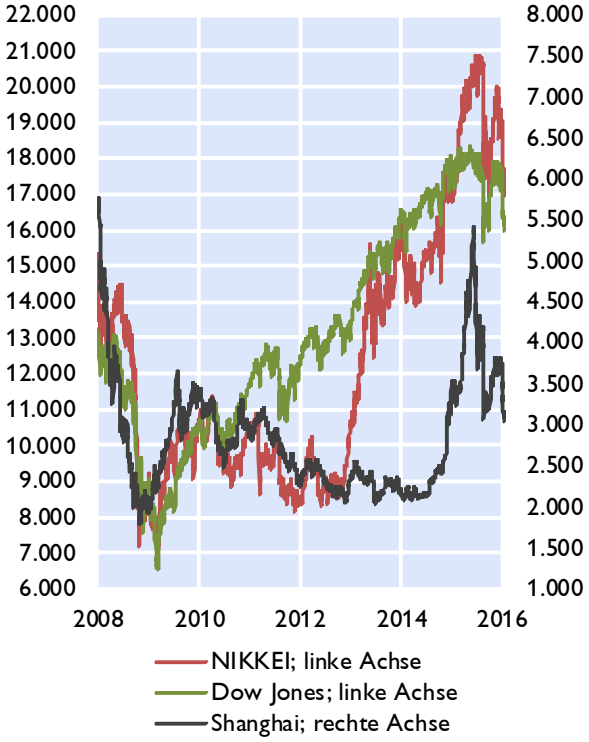
Aktienkurse - Europa

in Punkten



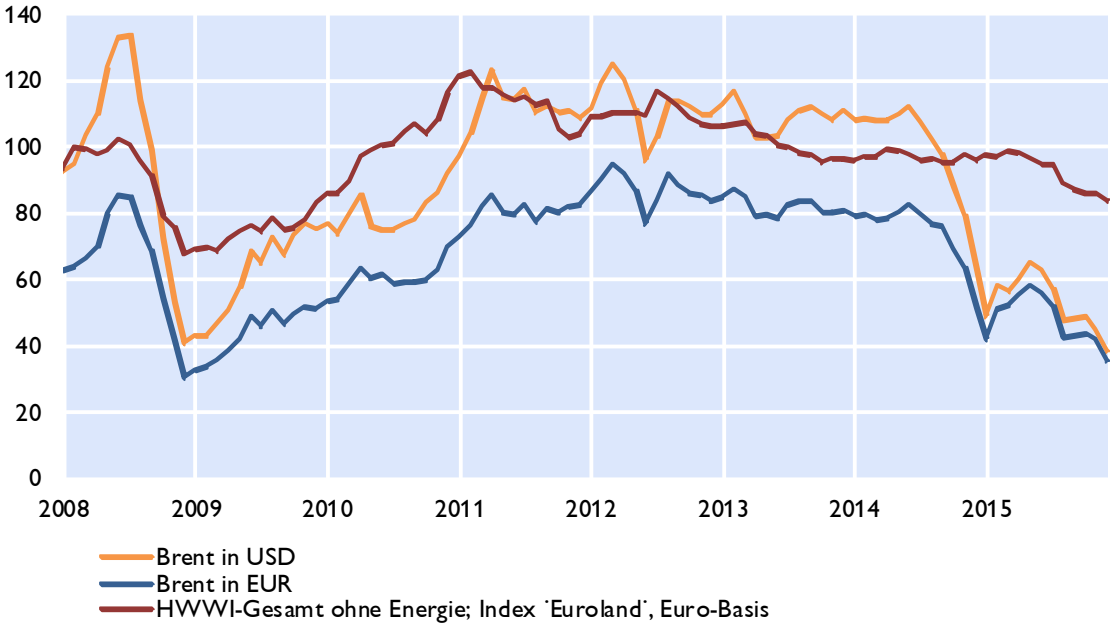
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2010=100



Quelle: Thomson Reuters.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem			OECD			IWF			EU-Kommission		
	Dezember 2015			November 2015			Oktober 2015/Jänner 2016			November 2015		
	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real[1)]	1,5	1,7	1,9	1,5	1,8	1,9	1,5	1,7	1,7	1,6	1,8	1,9
Privater Konsum, real	1,6	1,9	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8	1,5	x	1,7	1,7	1,5
Öffentlicher Konsum, real	1,4	1,2	1,0	1,2	1,1	1,0	1,0	0,6	x	1,0	0,8	1,1
Bruttoanlageinvestitionen, real	2,3	2,8	3,8	2,1	2,6	3,4	2,1	2,6	x	2,3	3,0	4,4
Exporte, real	4,8	4,0	4,8	x	x	x	4,6	4,6	x	5,2	4,3	5,0
Importe, real	5,9	4,8	5,3	x	x	x	4,9	4,7	x	5,4	4,8	5,7
BIP Deflator	1,3	1,3	1,5	1,1	1,0	1,3	1,2	1,0	x	1,1	1,2	1,5
HVPI	0,1	1,0	1,6	0,1	0,9	1,3	0,2	1,0	x	0,1	1,0	1,6
Lohnstückkosten	0,9	0,9	1,2	0,9	0,8	0,7	0,8	0,8	x	0,7	0,7	1,1
Beschäftigte	1,0	1,0	1,0	0,9	1,0	1,1	1,0	0,9	x	0,9	0,0	1,0
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition											
Arbeitslosenquote	11,0	10,5	10,1	10,9	10,4	9,8	11,0	10,5	x	11,0	10,6	10,3
	in % des nominellen BIP											
Leistungsbilanz	3,0	2,9	2,7	3,8	3,7	3,7	3,2	3,0	x	3,7	3,6	3,4
Öffentliches Defizit	-2,0	-2,0	-1,8	-1,9	-1,7	-1,0	-2,0	-1,7	x	-2,0	-1,8	-1,5
	Prognoseannahmen											
Erdölpreis in USD/Barrel[1)]	53,8	52,2	57,5	54,1	50,0	50,0	50,9	42,0	48,2	54,8	54,2	58,8
Kurzfristiger Zinssatz in %[1)]	0,0	-0,2	-0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	-0,3	-0,2	0,0	-0,1	0,0
USD/EUR	1,11	1,09	1,09	1,12	1,12	1,12	1,11	1,12	x	1,12	1,13	1,13
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real USA[1)]	x	x	x	2,4	2,5	2,4	2,5	2,6	2,6	2,6	2,8	2,7
BIP, real Welt[1)]	x	x	x	2,9	3,3	3,6	3,1	3,4	3,6	3,1	3,5	3,7
Welthandel[1)]	x	x	x	2,0	3,6	4,8	2,6	3,4	4,0	2,3	3,6	4,5

1) IWF - WEO-Update vom Jänner 2016.

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2014	2015	2014 Q4	2015 Q1	2015 Q2	2015 Q3	2015 Q4	2015 Sept.	2015 Okt.	2015 Nov.	2015 Dez.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	0,4	0,0	0,2	-0,3	0,2	0,1	0,2	-0,1	0,1	0,1	0,2
Kerninflation	0,8	0,8	0,7	0,7	0,8	0,9	1,0	0,9	1,1	0,9	0,9
BIP-Deflator des privaten Konsums	0,5	..	0,3	-0,1	0,4	0,3	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	1,2	..	1,2	0,8	0,6	0,6	..	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,5	..	1,3	1,3	1,3	1,1	..	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,3	..	0,1	0,4	0,7	0,6	..	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	-1,5	..	-1,9	-2,9	-2,1	-2,6	..	-3,2	-3,2	-3,2	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	96,8	92,5	96,3	97,9	96,5	90,3	85,2	87,0	86,2	85,9	83,6
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	74,5	47,8	61,2	48,5	56,5	45,7	40,3	42,8	43,5	42,0	35,4
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	99,3	53,0	76,6	54,6	62,5	50,8	44,2	48,0	48,9	45,1	38,53
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	0,8	..	0,4	0,5	0,4	0,3	..	x	x	x	x
Privater Konsum	1,0	..	0,5	0,5	0,3	0,4	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	0,6	..	0,2	0,5	0,3	0,6	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	1,2	..	0,6	1,5	0,1	0,0	..	x	x	x	x
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	0,8	..	0,4	0,7	0,0	0,6	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,0	..	0,0	-0,2	0,4	-0,3	..	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	-0,8	..	0,0	0,0	0,0	0,0	..	x	x	x	x
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	184,3	..	66,1	47,7	65,7	62,5	..	20,2	24,1	23,6	..
Leistungsbilanz	245,6	..	95,7	54,4	66,4	90,7	..	30,4	20,4	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	3,0	..	3,7	2,2	2,6	3,5	..	x	x	x	x
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	101,6	104,3	100,7	102,6	103,4	104,6	106,3	105,6	106,1	106,1	106,8
Industrievertrauen (Saldo)	-3,9	-3,1	-4,9	-4,0	-3,2	-2,9	-2,4	-2,3	-2,0	-3,2	-2,0
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	51,8	52,2	50,5	51,4	52,2	52,3	52,8	52,0	52,3	52,8	53,2
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	108,0	108,1	104,5	107,2	108,2	108,3	108,6	108,5	108,2	109	108,7
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	0,8	..	0,4	1,4	1,2	1,6	..	1,3	2,0	1,1	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-10,1	-6,3	-11,2	-6,3	-5,3	-6,9	-6,4	-7	-7,5	-5,9	-5,7
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	1,2	..	1,9	2,3	2,5	3,0	..	3,2	2,5	1,6	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	80,4	81,2	80,5	81,0	81,2	81,1	81,5	x	x	x	x
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1)]	11,6	..	11,4	11,2	11,0	10,8	..	10,7	10,6	10,5	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	0,6	..	0,2	0,2	0,4	0,3	..	x	x	x	x
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	3,7	..	3,7	4,7	4,9	4,9	..	4,9	5,3	5,1	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	5,0	5,1	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	-0,3	..	-0,3	0,0	1,2	1,6	..	1,6	1,8	1,9	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,1	0,05	0,05	0,05	0,05
3-Monats Zinssatz (%)	0,21	-0,02	0,08	0,05	-0,01	-0,03	-0,1	-0,04	-0,05	-0,09	-0,13
10-Jahres Zinssatz (%)	2,28	1,27	1,59	1,15	1,29	1,47	1,2	1,48	1,20	1,16	1,19
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	2,07	1,29	1,51	0,99	1,29	1,50	1,3	1,52	1,25	1,25	1,32
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2)]	106,9	133,3	110,1	116,5	117,3	134,5	163,8	144,0	163,2	160,4	167,7
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	318,7	356,2	313,3	351,4	373,5	351,3	348,8	330,9	342,2	358,2	346,0
Wechselkurs USD je EUR	1,33	1,11	1,25	1,13	1,11	1,11	1,1	1,12	1,12	1,07	1,09
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3)]	101,8	92,4	99,0	93,1	91,2	92,7	92,4	93,8	93,6	91,1	92,5
real effektiver Wechselkurs des EUR[3)]	97,9	88,4	94,9	89,2	87,5	88,7	88,3	89,6	89,5	87,0	88,3
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-2,6	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	94,5	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x

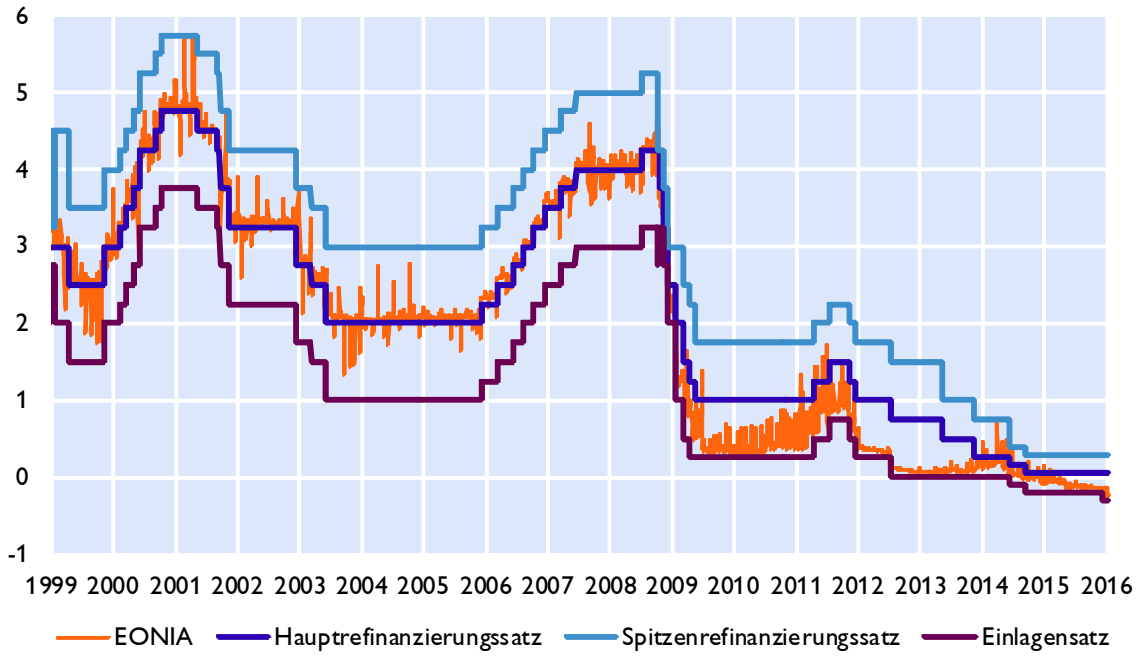
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Thomson Reuters, HWWI, Markit, ifo.

*1) ILO-Definition. 2) Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch). 3) Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100). *) Schnellschätzung*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

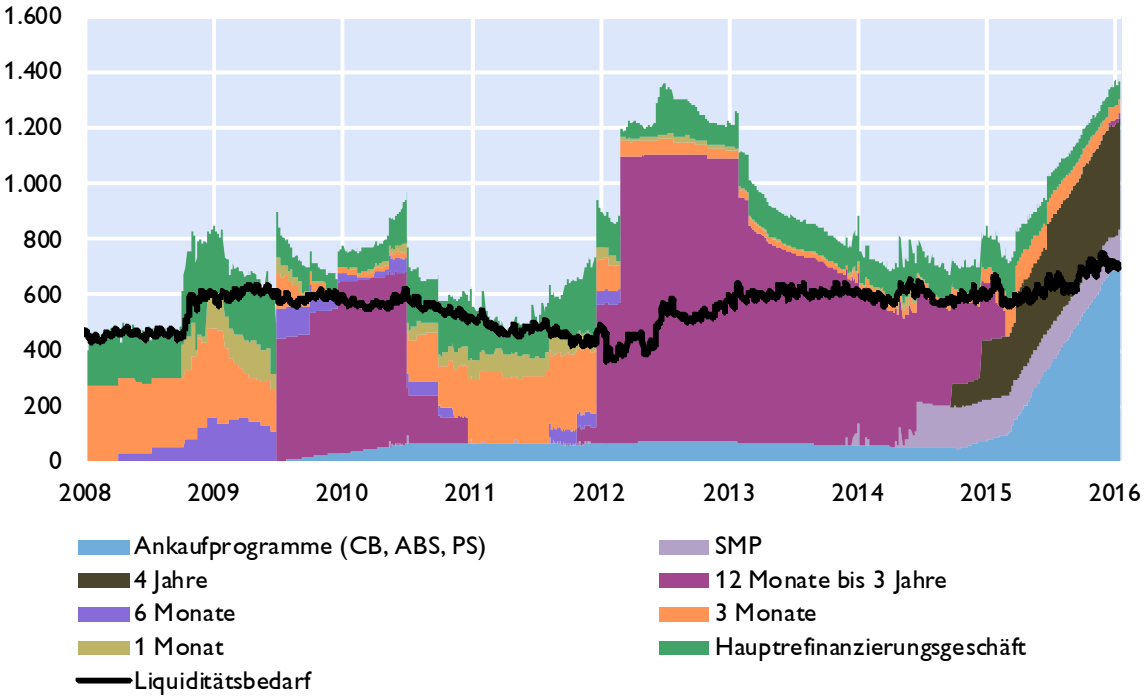
EZB-Leitzinssätze und EONIA

in %



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Fristigkeit, in Mrd Euro

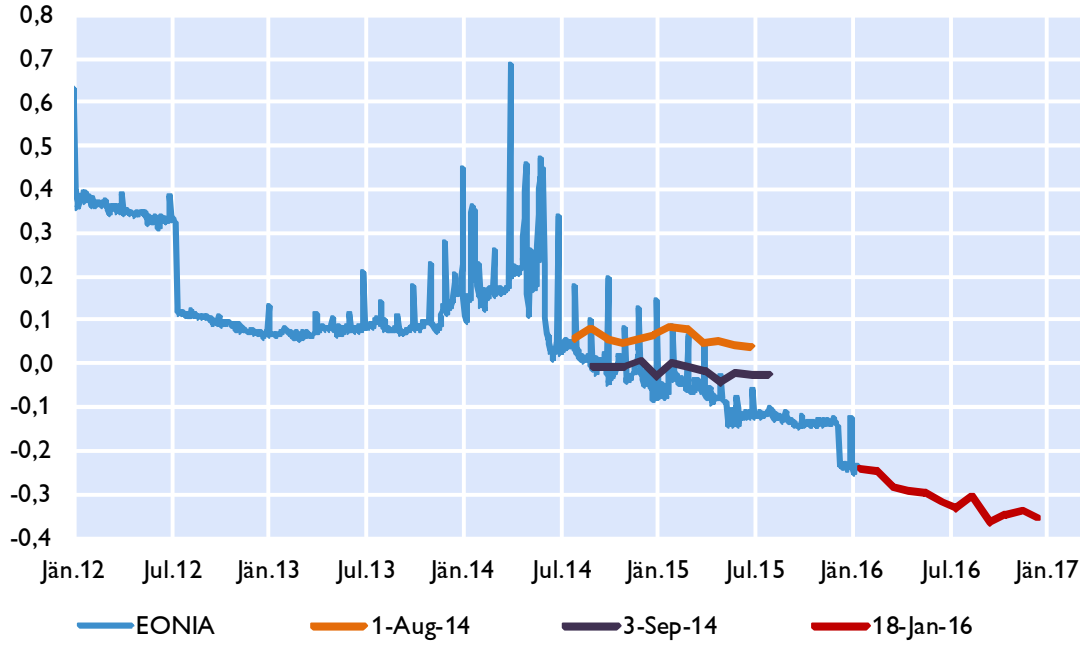


Quelle: Thomson Reuters, EZB, OeNB.

Euroraum: Zinserwartungen

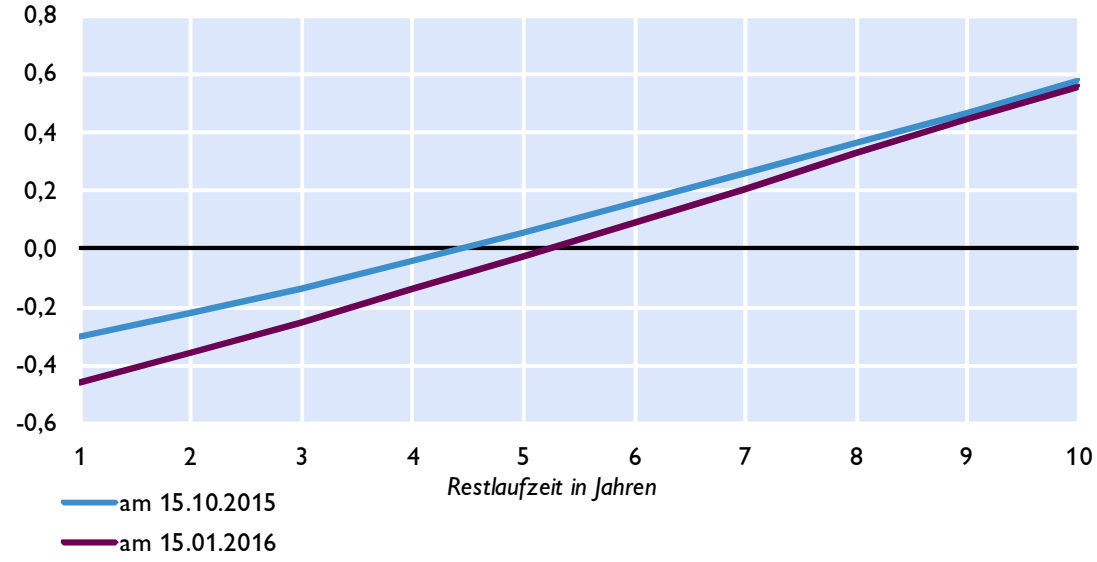
Markterwartungen über den Verlauf des EONIA

berechnet aus EURO Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für AAA Staatsanleihen im Euroraum

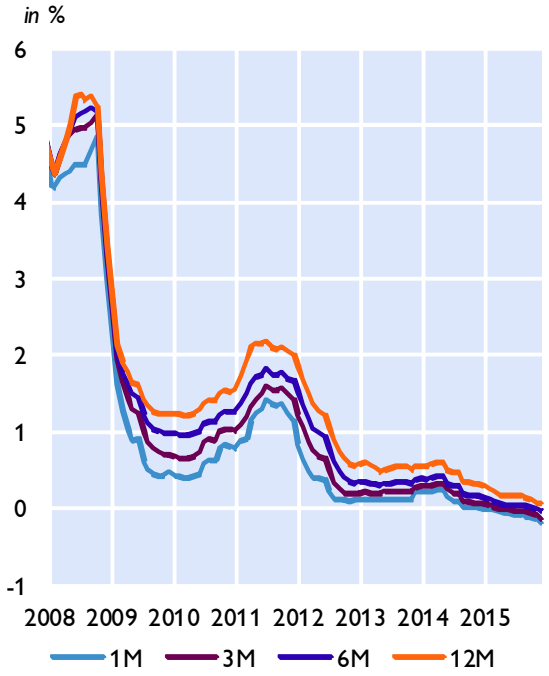
in %



Quelle: Thomson Reuters.

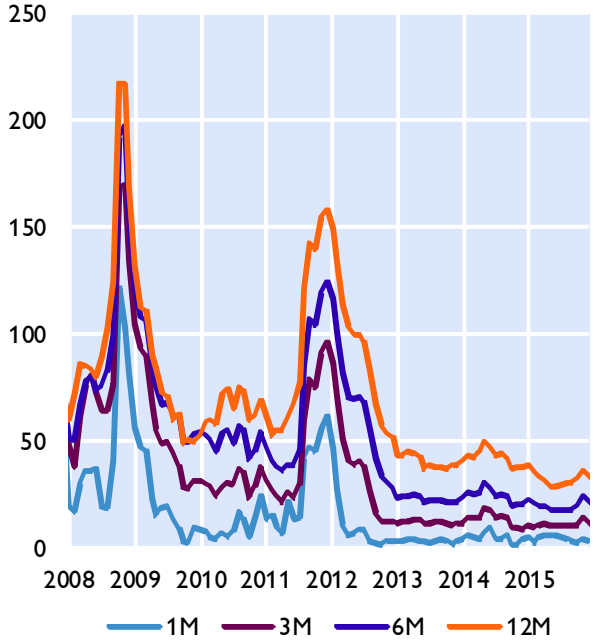
Euroraum: Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen

Euribor-Sätze



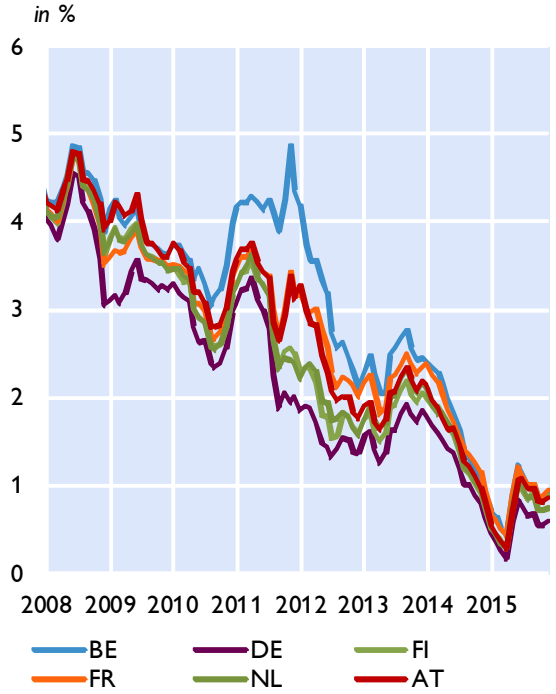
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus EURO Overnight Index Swap in Basispunkten

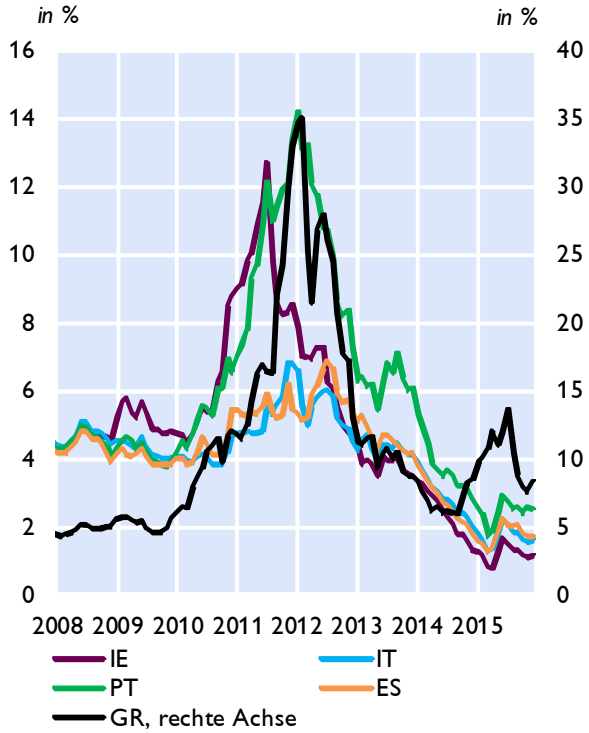


Renditen 10-jähriger Staatsanleihen

Niedrigzinsländer



Hochzinsländer

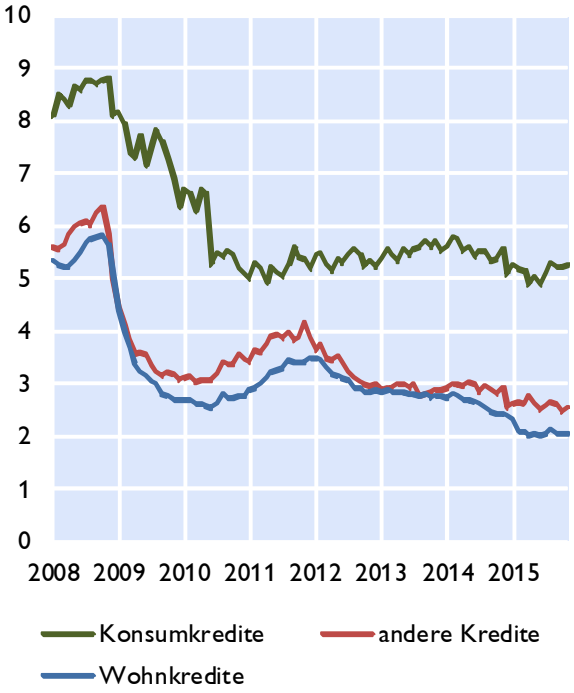


Quelle: Thomson Reuters.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

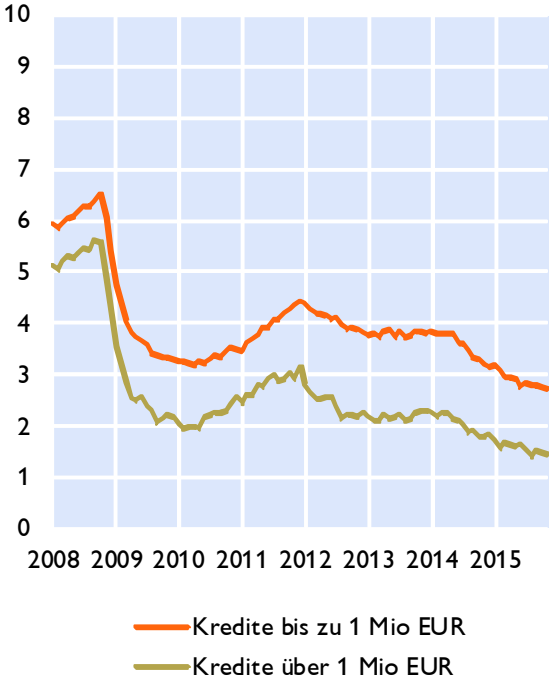
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



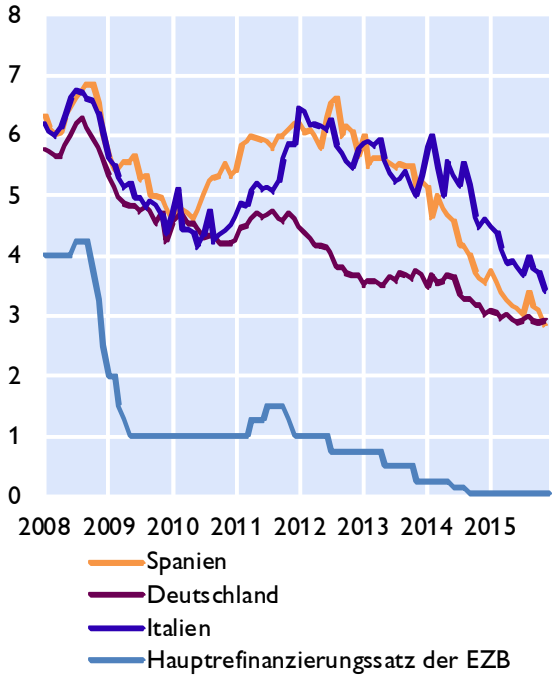
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



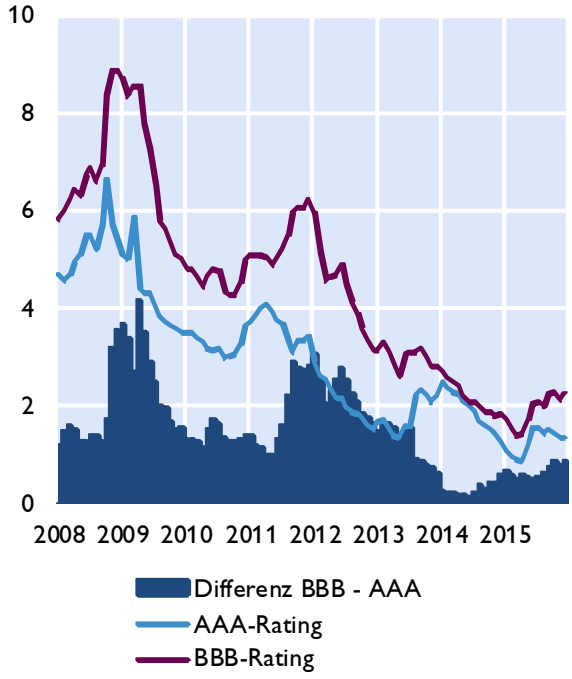
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Unternehmensanleihen

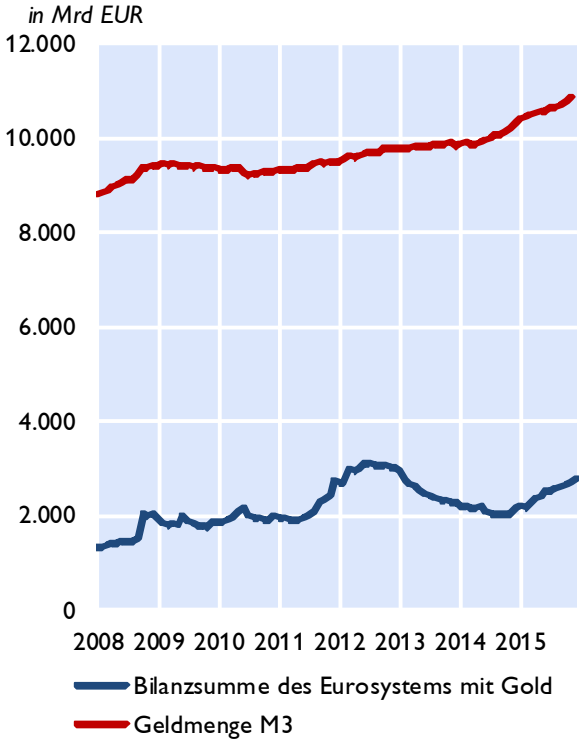
in %



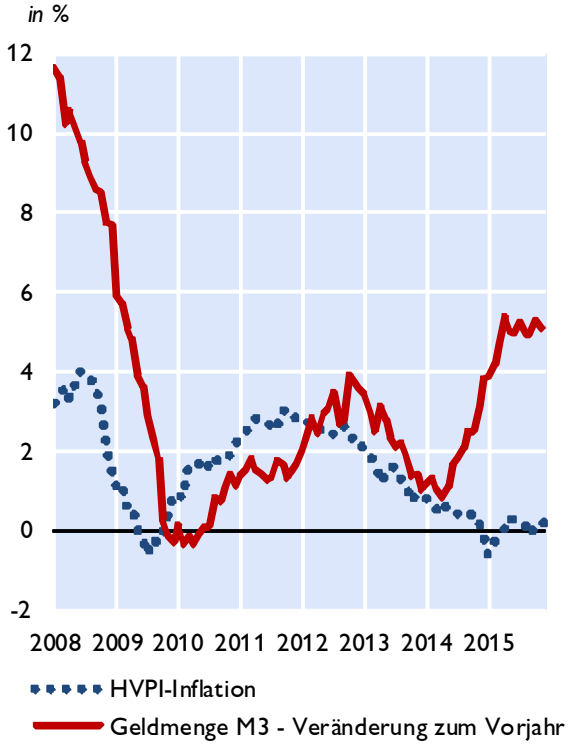
Quelle: Thomson Reuters, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

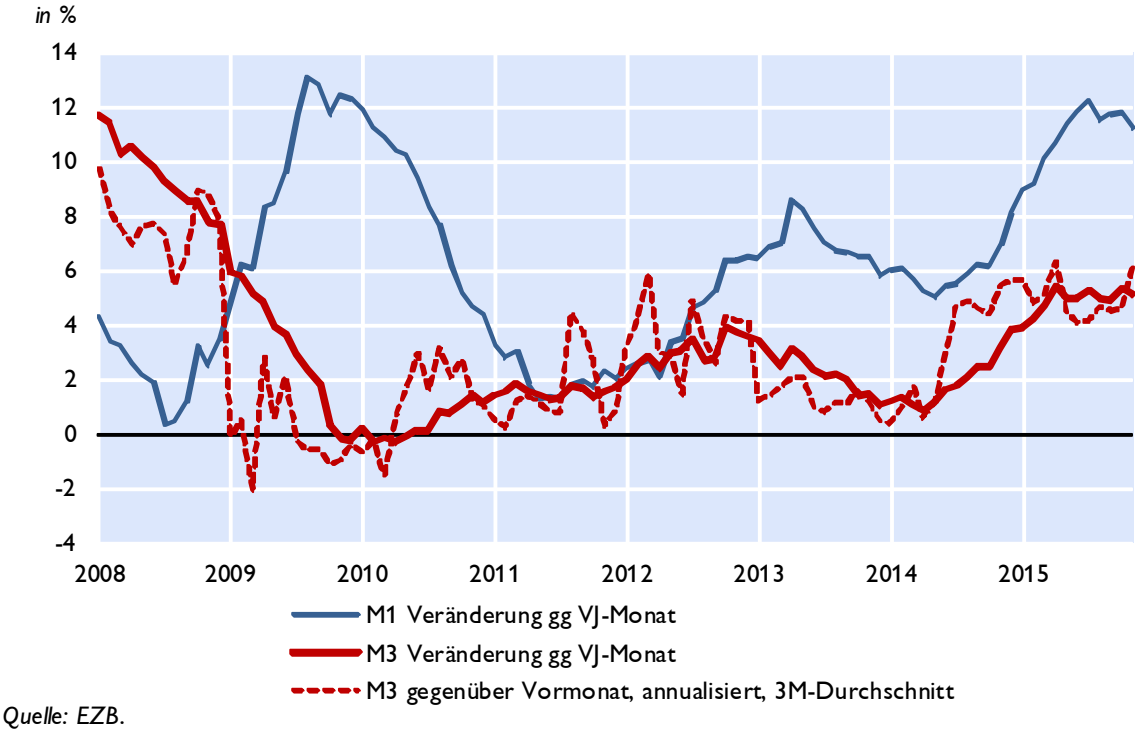
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3



Geldmenge M3 und Inflation



Geldmenge M1 und M3



Quelle: EZB.

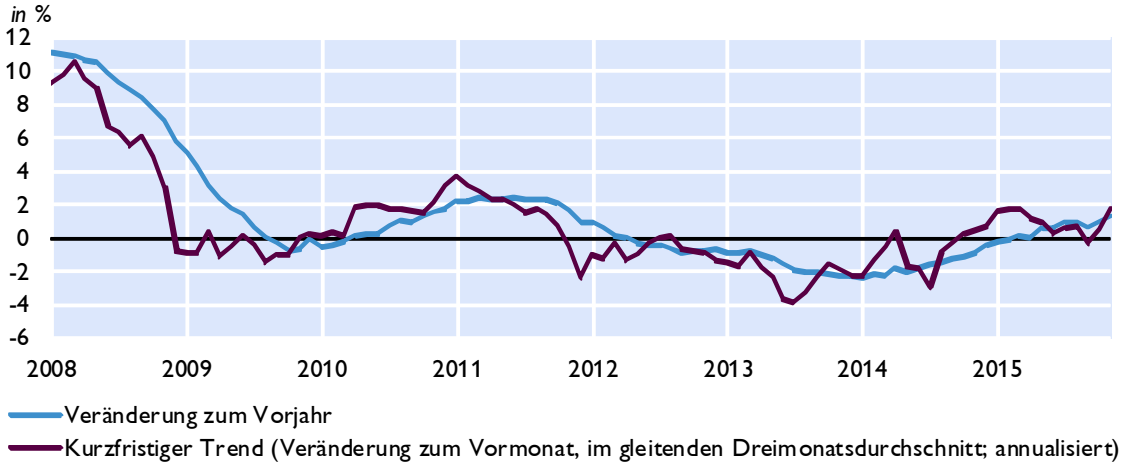
Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

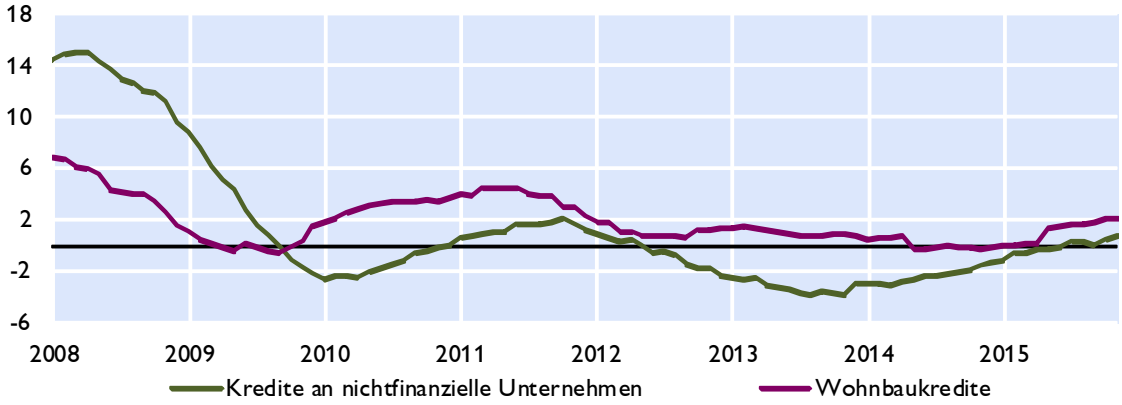
	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2013	2014	Jun.15	Jul.15	Aug.15	Sep.15	Okt.15	Nov.15
Aktiva	Kredite	-2,0	-0,2	1,2	1,8	2,2	2,2	2,3	2,7
	Kredite an öffentliche Haushalte	-0,7	2,1	5,1	5,5	6,3	7,2	6,9	7,8
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	-2,3	-0,8	0,2	0,8	1,0	0,7	1,0	1,2
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor[1)]	-2,3	-0,5	0,6	0,9	1,0	0,6	1,0	1,3
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-1,9	4,5	1,1	-0,2	0,0	-1,4	-0,8	-2,7
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-11,6	-0,9	-0,5	0,3	1,3	-1,2	-0,2	-1,1
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	-1,2	-2,1	-2,9	-2,9	-3,1	-3,3	-3,4	-3,3

Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1)]



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



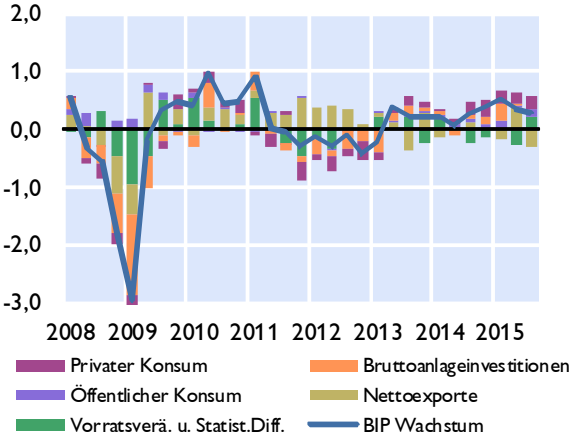
Quelle: EZB.

1) Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.

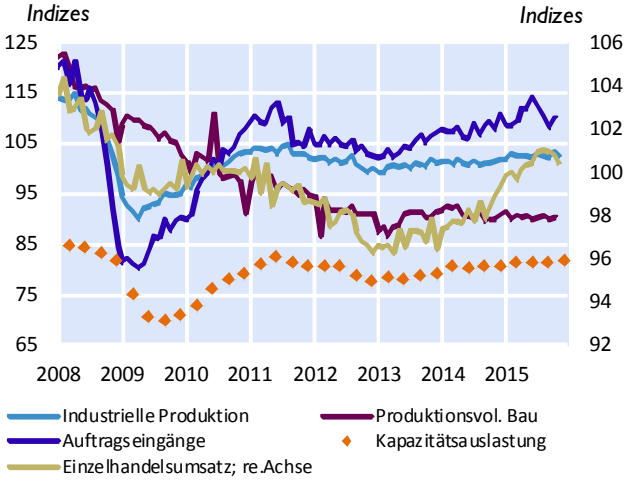
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

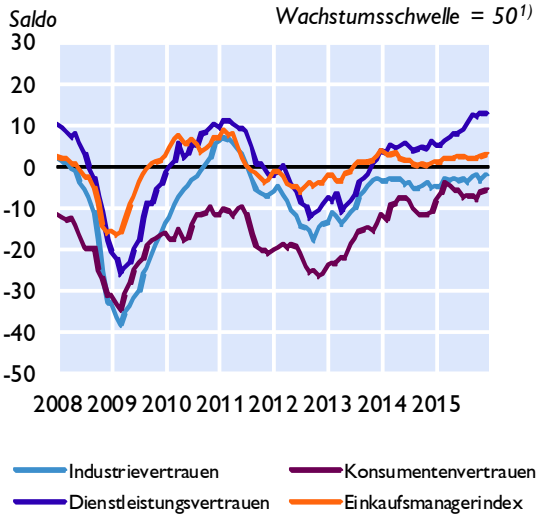
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



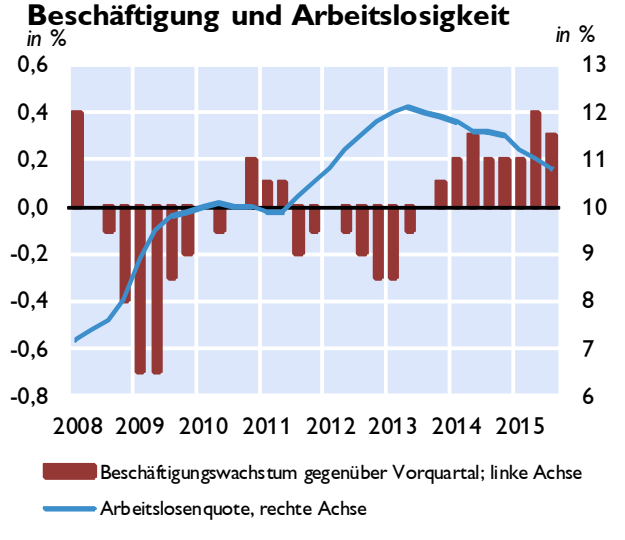
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2012	2013	2014	3Q14	4Q14	1Q15	2Q15	3Q15
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	124,31	193,94	240,91	76,94	95,72	54,39	66,42	90,66
Güter	124,75	211,12	250,29	61,75	79,90	65,68	85,34	82,05
Dienstleistungen	59,03	68,48	71,00	22,74	14,12	7,88	19,88	19,70
Einkommen	75,04	56,44	59,78	17,22	33,53	30,49	-9,18	12,28
Laufende Transfers	-134,50	-142,11	-140,17	-24,77	-31,83	-49,66	-29,62	-23,37
Vermögensübertragungen	x	21,59	20,05	3,74	6,78	1,18	-27,68	5,78
Kapitalbilanz	x	320,54	303,48	102,48	62,67	35,47	37,92	45,10
Direktinvestitionen	x	-69,64	46,58	4,45	-4,80	104,51	-42,71	-31,40
Portfolioinvestitionen	x	-9,65	72,82	114,35	91,23	-112,78	126,70	121,14
Finanzderivate	x	14,37	41,76	17,67	10,00	22,62	1,31	-1,67
Sonstige Investiitionen	x	380,75	137,95	-32,59	-36,63	15,33	-44,99	-45,65
Währungsreserven	x	4,71	4,37	-1,39	2,86	5,80	-2,38	2,67
Statistische Differenz	x	105,01	42,53	21,80	-39,82	-20,10	-0,82	-51,34
Leistungsbilanz in % des BIP[2)]	1,9	2,5	3,0	3,0	3,7	2,2	2,6	3,5

1) Werte über 50 signalisieren Wachstum. 2) Quartale: Saisonbereinigte Daten.

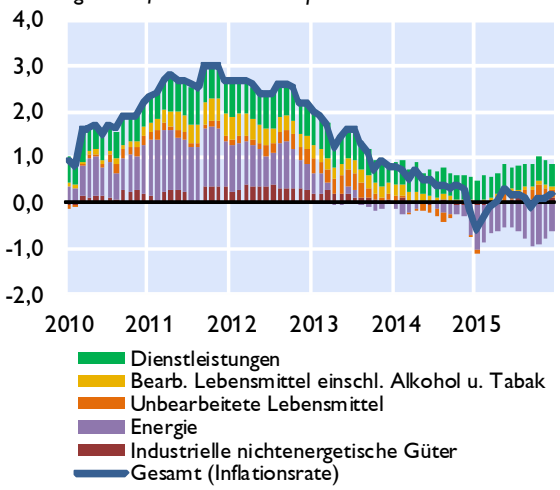
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2015	2014	2015	Sep.15	Okt.15	Nov.15	Dez.15
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*					
Gesamt-HVPI	100,0	0,4	0,0	-0,1	0,1	0,1	0,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,6	-0,1	0,7	1,2	1,4	1,3	1,0
Alkoholische Getränke und Tabak	4,1	2,7	2,1	2,2	2,0	2,1	2,0
Bekleidung und Schuhe	6,2	0,3	0,1	0,0	0,5	0,4	-0,1
Wohnung, Wasser, Energie	16,5	0,8	-0,7	-1,0	-1,0	-0,9	-0,8
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,5	0,2	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5
Gesundheitspflege	4,6	1,0	0,8	0,7	0,7	0,6	0,8
Verkehr	15,0	0,0	-2,4	-3,6	-3,2	-2,4	-1,8
Nachrichtenübermittlung	3,1	-2,8	-0,8	-0,1	-0,1	-0,2	-0,1
Freizeit und Kultur	9,4	0,1	0,3	0,4	0,9	0,7	0,8
Bildungswesen	1,1	0,5	0,9	0,6	1,6	1,6	1,5
Hotels, Cafes und Restaurants	9,2	1,5	1,7	1,8	2,0	1,5	1,7
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	8,8	0,8	0,9	0,9	0,9	1,0	0,9

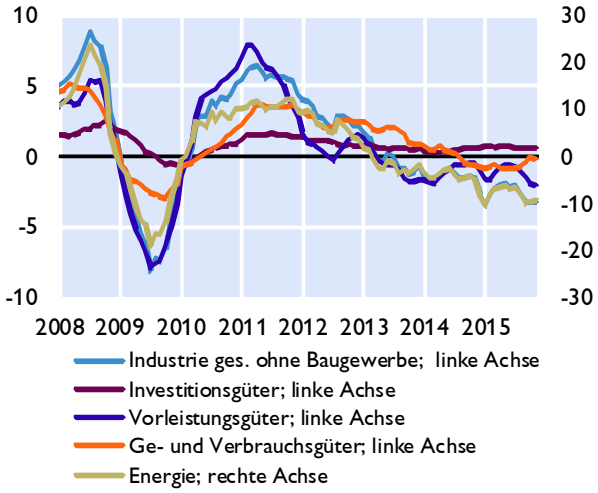
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



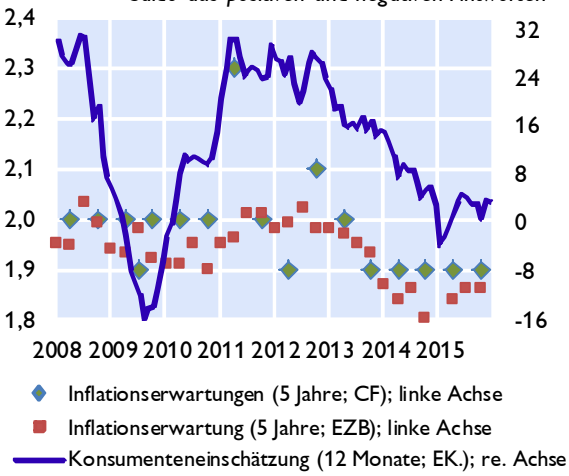
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



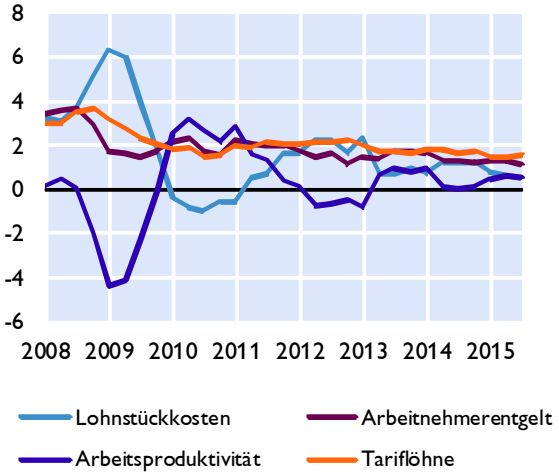
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %

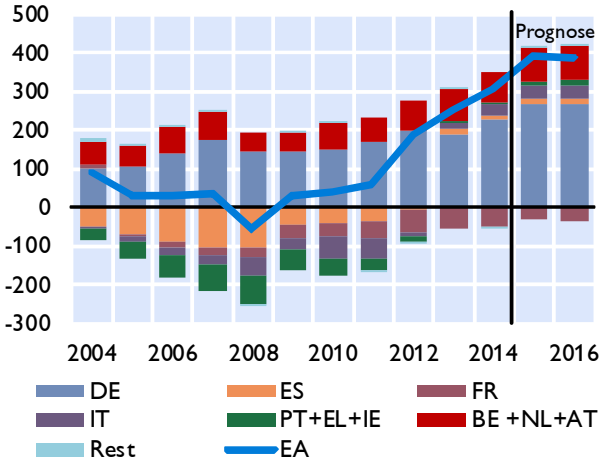


Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

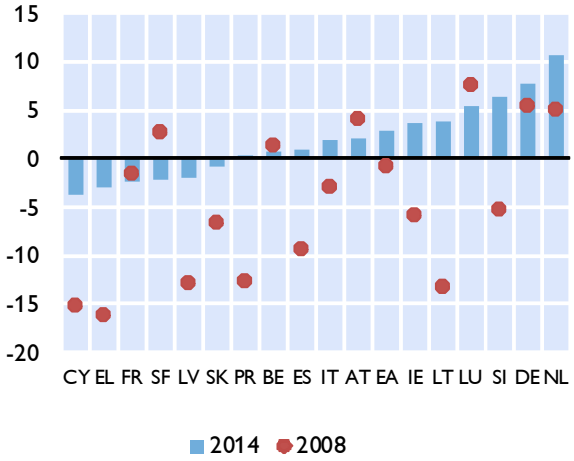
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden

in Mrd EUR

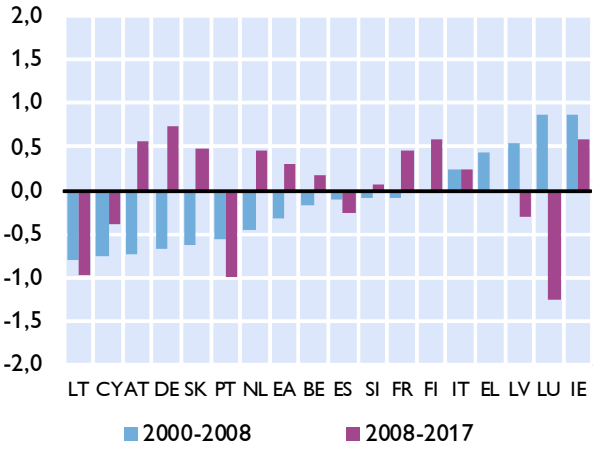


in % des BIP



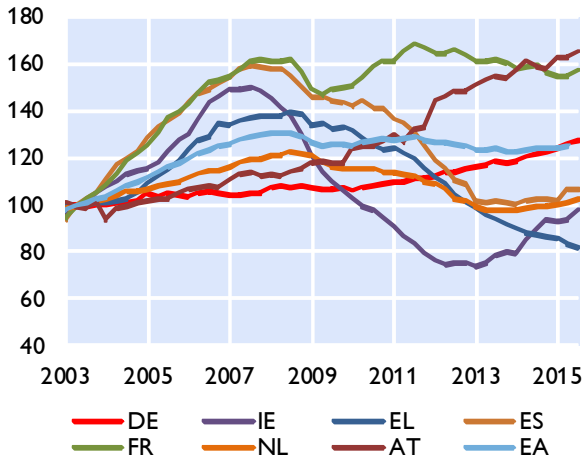
Lohnstückkosten

Durchschnitt der Jahreswachstumsraten in %



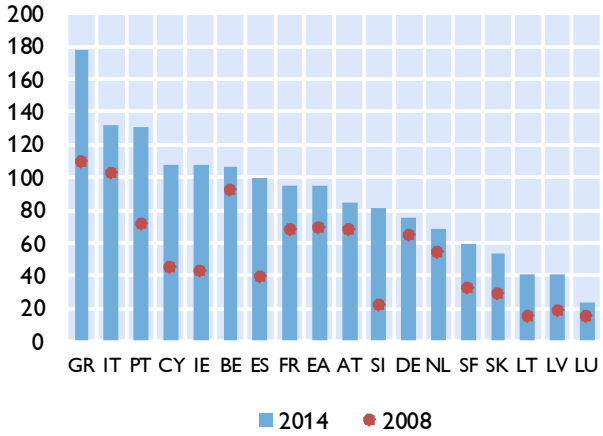
Immobilienpreisindizes

2003 = 100



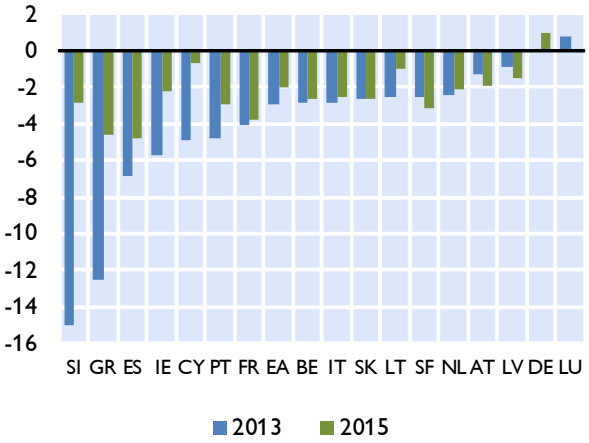
Verschuldung des Gesamtstaates

in % des BIP



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates

in % des BIP

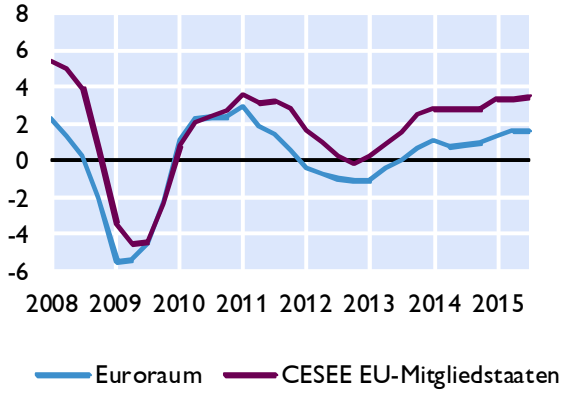


Quelle: EZB, Europäische Kommission; Prognose: EK-Prognose Nov. 2015.

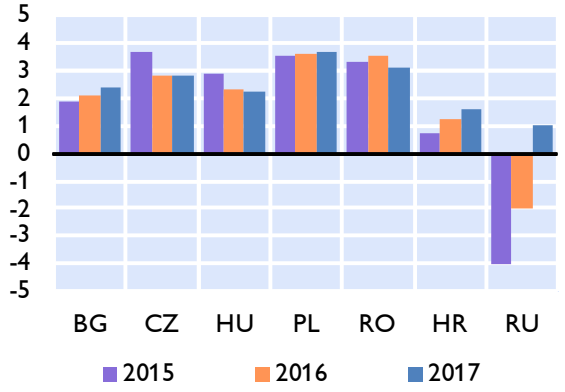
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

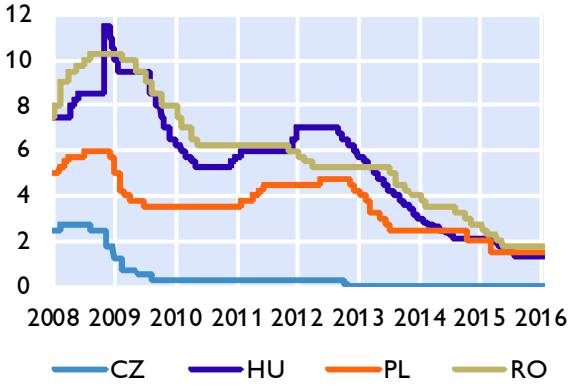
Reales BIP-Wachstum
in % gegenüber der Vorjahresperiode



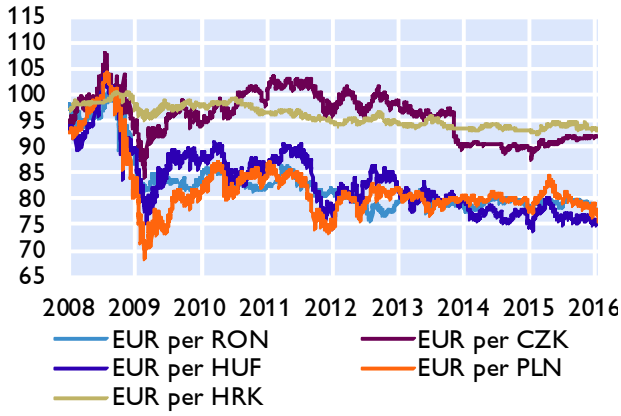
OeNB-BOFIT[1] Prognose vom Oktober 2015
reales BIP-Wachstum in %



Leitzinsen
in %



Wechselkursentwicklung
Sept. 2008=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT Oktober 2015		EU-Kommission November 2015		IWF Oktober 2015		wiiw November 2015	
	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016
Bulgarien	1,9	2,1	1,7	1,5	1,7	1,9	2,3	2,6
Estland	x	x	1,9	2,6	2,0	2,9	1,9	2,6
Kroatien	0,7	1,2	1,1	1,4	0,8	1,0	0,7	1,2
Lettland	x	x	2,4	3,0	2,2	3,3	2,4	3,0
Litauen	x	x	1,7	2,9	1,8	2,6	1,6	3,0
Polen	3,5	3,6	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,3
Rumänien	3,3	3,5	3,5	4,1	3,4	3,9	3,4	3,7
Russland	-4,0	-2,0	-3,7	-0,5	-3,8	-0,6	-3,7	1,0
Slowakei	x	x	3,2	2,9	3,2	3,6	3,2	3,0
Slowenien	x	x	2,6	1,9	2,3	1,8	2,7	2,2
Tschechische Republik	3,7	2,8	4,3	2,2	3,9	2,6	3,9	2,4
Ungarn	2,9	2,3	2,9	2,2	3,0	2,5	2,9	2,1

1) Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Thomson Reuters, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	2014	2015	2016	2017	2014Q3	2014Q4	2015Q1	2015Q2	2015Q3
		Prognose[1)]							
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Belgien	1,3	1,3	1,3	1,7	1,4	1,4	1,3	1,5	1,3
Deutschland	1,6	1,7	1,9	1,9	1,2	1,5	1,1	1,6	1,7
Estland	2,9	1,9	2,6	2,6	2,9	3,2	1,4	1,8	0,7
Irland	5,2	6,0	4,5	3,5	3,5	6,1	6,8	7,5	6,8
Griechenland	0,7	-1,4	-1,3	2,7	1,2	1,0	0,4	0,9	-1,1
Spanien	1,4	3,1	2,7	2,4	1,7	2,1	2,7	3,2	3,4
Frankreich	0,2	1,1	1,4	1,7	0,2	0,1	0,9	1,1	1,1
Italien	-0,4	0,9	1,5	1,4	-0,4	-0,4	0,1	0,6	0,8
Zypern	-2,5	1,2	1,4	2,0	-2,3	-1,6	0,1	0,8	2,2
Lettland	2,4	2,4	3,0	3,3	2,2	2,2	1,9	2,7	3,3
Litauen	3,0	1,7	2,9	3,4	2,7	1,6	1,4	1,4	1,7
Luxemburg	4,1	3,1	3,2	3,0	3,7	6,9	5,5	6,2	5,4
Malta	4,1	4,3	3,6	3,1	3,7	5,6	5,0	5,5	5,6
Niederlande	1,0	2,0	2,1	2,3	1,2	1,5	2,6	2,2	1,8
Österreich	0,4	0,6	1,5	1,4	0,4	-0,2	0,3	0,9	0,9
Portugal	0,9	1,7	1,7	1,8	1,2	0,6	1,6	1,6	1,4
Slowenien	3,0	2,6	1,9	2,5	3,6	2,5	3,0	2,6	2,1
Slowakische Republik	2,5	3,2	2,9	3,3	2,5	2,8	3,0	3,3	3,6
Finnland	-0,4	0,3	0,7	1,1	-0,6	-0,7	0,0	0,5	-0,2
Euroraum	0,9	1,6	1,8	1,9	0,8	0,9	1,3	1,6	1,6
Bulgarien	1,5	1,7	1,5	2,0	1,6	1,8	2,6	2,6	2,9
Tschechische Republik	2,0	4,3	2,2	2,7	2,3	1,3	4,1	4,6	4,5
Dänemark	1,3	1,6	2,0	1,8	1,3	1,2	1,5	1,7	0,5
Kroatien	-0,4	1,1	1,4	1,7	-0,4	0,2	0,2	1,5	2,7
Ungarn	3,7	2,9	2,2	2,5	3,6	3,2	3,1	2,4	2,3
Polen	3,3	3,5	3,5	3,5	3,3	3,7	3,6	3,5	3,7
Rumänien	2,9	3,5	4,1	3,6	2,9	2,6	3,8	3,8	3,6
Schweden	2,3	3,0	2,8	2,7	2,4	2,6	3,1	3,4	3,9
Vereinigtes Königreich	2,9	2,5	2,4	2,2	2,8	2,8	2,5	2,3	2,1
EU	1,4	1,9	2,0	2,1	1,3	1,4	1,7	1,9	1,9
Türkei	2,9	3,0	3,2	3,4	1,8	2,7	2,5	3,8	4,0
USA	2,4	2,6	2,8	2,7	4,3	2,1	0,6	3,9	2,0
Japan	-0,1	0,7	1,1	0,5	-1,5	-0,9	-1,0	0,7	1,7
Schweiz	1,9	1,0	1,3	1,4	1,7	1,9	1,1	1,2	0,6
Russland	0,6	-3,7	-0,5	1,0	0,9	0,4	-2,2	-4,6	-4,1
Brasilien	0,1	-3,8	-3,5	0,0	3,5	3,1	-2,1	-2,9	-4,4
China	7,3	6,9	6,3	6,0	7,2	7,2	7,0	7,0	6,9
Indien	7,1	7,3	7,5	7,5	8,4	6,6	7,5	7,0	7,4

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, IWF, Thomson Reuters.
1) EK-Prognose Nov. 2015; Brasilien, Indien, China: IWF WEO Update Jänner 2016.

Entwicklung der Verbraucherpreise[1)]

	2015	Prognose [2)] 2016	2017	Aug.15	Sep.15	Okt.15	Nov.15	Dez.15
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	0,6	1,7	1,5	0,8	0,9	1,2	1,4	1,4
Deutschland	0,1	1,0	1,7	0,1	-0,2	0,2	0,3	0,2
Estland	0,1	1,8	2,9	0,2	-0,3	0,0	0,5	-0,2
Irland	0,0	1,4	1,6	0,2	0,0	0,0	-0,1	0,2
Griechenland	-1,1	1,0	0,9	-0,4	-0,8	-0,1	-0,1	0,4
Spanien	-0,6	0,7	1,2	-0,5	-1,1	-0,9	-0,4	-0,1
Frankreich	0,1	0,9	1,3	0,1	0,1	0,2	0,1	0,3
Italien	0,1	1,0	1,9	0,4	0,2	0,3	0,2	0,1
Zypern	-1,6	0,6	1,3	-1,9	-1,9	-1,8	-1,5	-0,6
Lettland	0,2	1,4	2,1	0,2	-0,4	-0,1	0,0	0,4
Litauen	-0,7	0,6	2,2	-1,0	-0,8	-0,4	-0,5	-0,3
Luxemburg	0,1	1,7	1,7	0,1	-0,2	-0,1	0,4	0,9
Malta	1,2	1,8	2,2	1,4	1,6	1,6	1,3	1,2
Niederlande	0,2	1,2	1,5	0,4	0,3	0,4	0,4	0,5
Österreich	0,8	1,8	2,0	0,9	0,6	0,7	0,5	1,1
Portugal	0,5	1,1	1,3	0,7	0,9	0,7	0,6	0,3
Slowenien	-0,8	0,8	1,4	-0,6	-1,0	-1,1	-0,9	-0,6
Slowakische Republik	-0,3	1,0	1,6	-0,2	-0,5	-0,5	-0,4	-0,5
Finnland	-0,2	0,6	1,5	-0,2	-0,7	-0,3	-0,2	-0,3
Euroraum	0,0	1,0	1,6	0,1	-0,1	0,1	0,1	0,2
Bulgarien	-1,1	0,7	1,1	-0,8	-0,9	-1,2	-0,9	-0,9
Tschechische Republik	0,3	1,0	1,6	0,2	0,2	0,2	0,0	-0,1
Dänemark	0,2	1,5	1,9	0,3	0,3	0,2	0,1	0,3
Kroatien	-0,3	0,9	1,7	-0,1	-0,5	-0,5	-0,4	-0,3
Ungarn	0,1	1,9	2,5	0,1	-0,1	0,2	0,6	1,0
Polen	-0,7	1,4	1,9	-0,4	-0,6	-0,6	-0,5	-0,5
Rumänien	-0,4	-0,3	2,3	-1,7	-1,5	-1,4	-0,9	-0,7
Schweden	0,7	1,5	1,7	0,6	0,9	0,9	0,8	0,7
Vereinigtes Königreich	..	1,5	1,7	0,0	-0,1	-0,1	0,1	..
EU	0,0	1,1	1,6	0,0	-0,1	0,0	0,1	0,2
Türkei	7,7	7,7	7,5	7,1	7,9	7,7	8,1	8,8
USA	..	2,1	2,3	0,2	0,0	0,2	0,5	..
Japan	..	0,7	1,8	0,2	0,0	0,3	0,3	..
Schweiz	-0,8	0,4	1,0	-1,2	-1,2	-1,2	-1,2	-1,4
Russland	..	8,0	6,0	16,0	15,9	15,8	15,2	..
Brasilien	9,3	6,3	5,2	9,9	9,9	10,3	11,0	11,3
China[3)]	1,4	1,6	1,6	2,0	1,6	1,3	1,5	1,6
Indien	4,9	5,5	5,4	3,7	4,4	5,0	5,4	5,6

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.

1) EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.

2) Prognose: EK Prognose Nov. 2015; Brasilien u. Indien: IWF WEO Prognose Okt. 2015.

3) China: GDP-Deflator.

Arbeitslosenquoten[1)]

	2014	2015	2016	2017	Jul.15	Aug.15	Sep.15	Okt.15	Nov.15
		Prognose [2)]							
Belgien	8,5	8,6	8,4	7,9	8,3	8,1	7,9	7,8	7,8
Deutschland	5,0	4,7	4,9	5,2	4,6	4,6	4,5	4,5	4,5
Estland	7,4	6,5	6,5	7,6	5,8	5,8	6,0	6,3	..
Irland	11,3	9,5	8,7	7,9	9,2	9,1	9,0	8,9	8,8
Griechenland	26,5	25,7	25,8	24,4	24,9	24,6	24,6	24,5	..
Spanien	24,5	22,3	20,5	19,0	21,9	21,8	21,6	21,5	21,4
Frankreich	10,3	10,4	10,4	10,2	10,5	10,6	10,4	10,3	10,1
Italien	12,7	12,2	11,8	11,6	11,8	11,7	11,5	11,5	11,3
Zypern	16,1	15,6	14,6	13,3	15,2	15,2	15,2	15,4	15,8
Lettland	10,8	10,1	9,5	8,8	10,1	10,0	9,9	9,9	10,0
Litauen	10,7	9,4	8,6	8,1	9,1	9,0	9,0	8,9	8,4
Luxemburg	6,0	5,9	5,8	5,8	6,2	6,2	6,1	6,1	6,1
Malta	5,9	5,8	5,7	5,8	5,2	5,1	5,1	5,2	5,1
Niederlande	7,4	6,9	6,6	6,3	6,8	6,8	6,8	6,9	6,8
Österreich	5,6	6,1	6,1	6,0	5,7	5,7	5,7	5,7	5,8
Portugal	14,1	12,6	11,7	10,8	12,3	12,3	12,4	12,4	12,4
Slowenien	9,7	9,4	9,2	8,7	9,1	9,0	8,8	8,7	8,6
Slowakische Republik	13,2	11,6	10,5	9,6	11,4	11,4	11,3	11,1	10,8
Finnland	8,7	9,6	9,5	9,4	9,5	9,4	9,4	9,4	9,4
Euroraum	11,6	11,0	10,6	10,3	10,8	10,8	10,7	10,6	10,5
Bulgarien	11,4	10,1	9,4	8,8	9,2	9,0	8,7	8,7	8,8
Tschechische Republik	6,1	5,2	5,0	4,8	5,0	4,8	4,8	4,7	4,6
Dänemark	6,6	6,1	5,8	5,5	6,2	6,2	6,0	6,0	6,0
Kroatien	17,3	16,2	15,6	14,7	16,3	16,3	16,2	16,5	16,6
Ungarn	7,7	7,1	6,7	6,2	6,8	6,5	6,5	6,4	..
Polen	9,0	7,6	7,2	6,8	7,5	7,5	7,4	7,3	7,2
Rumänien	6,8	6,7	6,6	6,5	6,8	6,8	6,9	6,8	6,7
Schweden	7,9	7,7	7,7	7,4	7,3	7,0	7,3	7,2	6,8
Vereinigtes Königreich	6,1	5,4	5,4	5,5	5,4	5,3	5,2	..	..
EU	10,2	9,5	9,2	8,9	9,4	9,3	9,2	9,2	9,1
Türkei	9,9	10,8	11,2	11,5	10,4	10,4	10,4	..	..
USA	6,2	5,3	4,8	4,6	5,3	5,1	5,1	5,0	5,0
Japan	3,6	3,4	3,3	3,3	3,3	3,4	3,4	3,1	3,3
Schweiz	3,2	5,2	5,7	6,6	3,3	3,3	3,4	3,4	3,4
Russland	5,2	5,4	5,5	5,5	5,3	5,3	5,2	5,5	5,8
Brasilien	4,8	6,6	8,6	8,9	7,5	7,6	7,6	7,9	7,5
China	4,1	4,1	4,1	4,1	x	x	4,1	x	x
Indien	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, Thomson Reuters, EK, IWF.
1) EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.
2) EK-Prognose Nov. 2015; BR, CN: IWF-Prognose Okt. 2015.

Leistungsbilanzsalden

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
						Prognose[1)]		
	in % des BIP							
Belgien	3,6	0,1	1,4	1,0	0,8	1,8	2,0	1,9
Deutschland	5,7	6,2	7,2	6,7	7,8	8,8	8,6	8,4
Estland	2,0	1,5	-2,3	0,4	1,3	1,6	1,2	-0,1
Irland	-0,8	-1,2	-1,5	3,1	3,6	5,9	5,7	4,7
Griechenland	-11,5	-10,4	-4,3	-2,1	-2,9	-1,0	-0,3	0,1
Spanien	-3,9	-3,3	-0,4	1,5	1,0	1,4	1,3	1,4
Frankreich	-1,8	-2,2	-2,9	-2,6	-2,3	-1,3	-1,6	-2,2
Italien	-3,5	-3,1	-0,4	1,0	2,0	2,2	1,9	1,9
Zypern	-9,6	-3,8	-5,1	-3,8	-3,8	-3,5	-3,2	-3,0
Lettland	2,1	-3,1	-3,5	-2,1	-2,0	-1,8	-1,9	-2,2
Litauen	-0,3	-3,8	-1,0	1,4	3,9	-0,8	0,2	-0,3
Luxemburg	6,8	6,2	6,1	5,7	5,5	4,3	4,0	3,7
Malta	-4,7	-2,5	1,4	3,2	3,3	2,0	3,7	4,2
Niederlande	7,7	8,9	10,2	11,0	10,7	10,5	10,4	9,6
Österreich	3,2	1,9	1,7	2,1	2,1	2,6	2,6	2,8
Portugal	-10,3	-5,5	-2,0	0,7	0,3	0,5	0,5	0,3
Slowenien	-0,6	-0,1	2,1	3,9	6,5	7,1	7,5	7,2
Slowakische Republik	-4,8	-5,5	0,3	0,7	-0,8	0,0	-1,2	-0,3
Finnland	1,4	-1,5	-1,9	-1,8	-2,2	-1,1	-1,0	-0,9
Euroraum	0,4	0,6	1,9	2,5	3,0	3,7	3,6	3,4
Bulgarien	-4,4	-1,6	-3,0	-0,5	0,7	1,4	1,3	0,9
Tschechische Republik	-5,2	-4,6	-2,2	-1,1	-2,0	-2,5	-2,4	-2,1
Dänemark	5,7	5,7	5,6	7,2	6,3	7,0	6,9	6,5
Kroatien	-1,0	-0,6	0,0	0,1	0,6	4,4	2,9	3,2
Ungarn	0,3	0,8	1,6	3,9	2,2	4,3	5,5	6,2
Polen	-5,2	-4,9	-3,2	-0,9	-1,1	-0,5	-0,9	-1,5
Rumänien	-4,5	-4,4	-4,3	-0,8	-0,4	-0,8	-1,9	-2,6
Schweden	6,7	6,1	6,5	5,8	5,4	5,9	5,9	5,8
Vereinigtes Königreich	-2,8	-1,7	-3,3	-4,5	-5,1	-4,4	-3,9	-3,4
EU	-0,1	0,3	1,0	1,5	1,6	2,2	2,2	2,1
Türkei	-6,2	-9,7	-6,2	-7,9	-5,8	-5,9	-6,2	-6,3
USA	-3,0	-3,1	-2,9	-2,4	-2,3	-2,3	-2,4	-2,7
Japan	3,7	2,0	1,0	0,7	0,6	2,3	2,8	3,1
Schweiz	15,2	8,2	11,0	12,0	11,5	10,9	11,0	11,0
Russland	4,4	5,1	3,5	1,6	3,2	5,0	5,4	5,7
Brasilien	-3,5	-2,8	-3,5	-3,8	-4,4	-4,0	-3,8	-3,8
China	3,9	1,8	2,5	1,6	2,1	3,1	2,8	2,0
Indien	-2,8	-4,2	-4,8	-1,7	-1,3	-1,4	-1,6	-2,0

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) EK-Prognose Nov. 2015; RU, BR, CN, IN: IWF-Prognose Okt. 2015.

Fiskaldaten

	Budgetsalden				Staatsschulden			
		Prognose[1)]				Prognose[1)]		
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
	in % des BIP							
Belgien	-3,1	-2,7	-2,6	-2,3	106,7	106,7	107,1	106,1
Deutschland	0,3	0,9	0,5	0,4	74,9	71,4	68,5	65,6
Estland	0,7	0,3	0,3	0,1	10,4	10,0	9,6	9,2
Irland	-3,9	-2,2	-1,5	-1,5	107,5	99,8	95,4	93,7
Griechenland	-3,6	-4,6	-3,6	-2,2	178,6	194,8	199,7	195,6
Spanien	-5,9	-4,8	-3,6	-2,6	99,3	100,8	101,3	100,4
Frankreich	-4,0	-3,8	-3,4	-3,3	95,6	96,5	97,1	97,4
Italien	-3,0	-2,6	-2,4	-1,6	132,4	133,0	132,2	130,0
Zypern	-8,9	-0,7	0,1	0,3	108,2	106,7	98,7	94,6
Lettland	-1,5	-1,5	-1,2	-1,1	40,6	38,3	41,1	37,6
Litauen	-0,7	-1,0	-1,1	-0,2	40,7	42,9	40,8	42,5
Luxemburg	1,4	0,0	0,5	0,5	23,0	22,3	23,9	23,5
Malta	-2,1	-1,7	-1,2	-1,1	68,3	65,9	63,2	61,0
Niederlande	-2,4	-2,1	-1,5	-1,2	68,2	68,6	67,9	66,9
Österreich	-2,7	-1,9	-1,6	-1,3	84,2	86,6	85,7	84,3
Portugal	-7,2	-3,0	-3,0	-2,5	130,2	128,2	124,7	121,3
Slowenien	-5,1	-2,9	-2,4	-2,0	80,8	84,2	80,9	78,3
Slowakische Republik	-2,8	-2,7	-2,4	-2,0	53,5	52,7	52,6	52,2
Finnland	-3,3	-3,2	-2,7	-2,3	59,4	62,5	64,5	65,7
Euroraum	-2,6	-2,0	-1,8	-1,5	94,5	94,0	92,9	91,3
Bulgarien	-5,8	-2,8	-2,7	-2,7	27,0	31,8	32,8	33,7
Tschechische Republik	-2,0	-1,9	-1,3	-1,1	42,8	41,0	41,0	40,5
Dänemark	1,5	-3,3	-2,5	-1,7	45,1	40,2	39,3	38,3
Kroatien	-5,6	-4,9	-4,7	-4,1	85,1	89,2	91,7	92,9
Ungarn	-2,5	-2,3	-2,1	-2,0	76,2	75,8	74,5	72,6
Polen	-3,3	-2,8	-2,8	-2,8	50,4	51,4	52,4	53,5
Rumänien	-1,4	-1,2	-2,8	-3,7	39,9	39,4	40,9	42,8
Schweden	-1,7	-1,4	-1,3	-1,2	44,9	44,7	44,0	43,3
Vereinigtes Königreich	-5,7	-4,3	-2,8	-1,8	88,2	88,3	88,0	86,9
EU	-3,0	-2,5	-2,0	-1,6	88,6	87,8	87,1	85,8
Türkei	-1,5	-1,4	-1,7	-1,4	33,5	34,3	33,5	32,3
USA	-4,9	-4,0	-3,5	-3,2	105,2	105,3	104,5	104,2
Japan	-7,5	-6,6	-5,7	-5,1	246,4	247,4	247,4	247,5
Schweiz	0,3	0,2	0,2	0,2	46,3	46,2	45,5	44,6
Russland	-1,2	-5,7	-3,9	-2,2	17,8	20,4	21,0	21,9
Brasilien	-6,2	-7,7	-7,2	-5,4	65,2	69,9	74,5	75,8
China	-1,2	-1,9	-2,3	-2,1	41,1	43,2	46,0	48,3
Indien	-7,0	-7,2	-7,0	-6,7	66,1	65,3	63,9	62,8

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

1) EK-Prognose Nov. 2015; CH, RU, BR, CN, IN: IWF-Prognose Okt. 2015

Prognose wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB			WIFO			IHS			OECD			IWF			EU-Kommission		
	Dezember 2015			Dezember 2015			Dezember 2015			November 2015			Okt. 2015/Jän. 2016			November 2015		
	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %																	
BIP, real	0,7	1,9	1,8	0,8	1,7	1,7	0,8	1,6	1,6	0,8	1,3	1,7	0,8	1,6	x	0,6	1,5	1,4
Privater Konsum, real	0,2	1,6	1,4	0,4	1,7	1,7	0,4	1,5	1,3	0,4	1,6	1,2	x	x	x	0,3	1,0	1,0
Öffentlicher Konsum, real	0,8	1,3	1,1	1,1	0,7	0,7	0,5	0,5	0,5	0,8	-0,6	0,8	x	x	x	0,8	0,5	0,6
Bruttoanlageinvestitionen, real	0,5	2,3	2,2	0,9	1,8	2,1	0,4	1,9	2,0	-0,5	2,4	4,0	x	x	x	-0,1	2,6	2,7
Exporte, real	2,3	3,9	4,5	2,4	3,4	3,7	2,0	4,1	4,3	0,7	3,3	4,7	1,1	4,8	x	1,2	3,7	3,6
Importe, real	1,8	3,6	4,3	2,5	3,0	3,7	1,4	4,3	4,3	0,2	3,6	5,1	0,6	4,7	x	1,0	3,6	3,7
BIP je Erwerbstätigen[1)]	0,1	0,9	0,8	0,1	0,8	0,8	-0,1	0,5	0,3	0,3	0,4	0,5	x	x	x	-0,1	0,7	0,6
BIP Deflator	1,6	1,6	1,6	1,9	1,8	1,6	1,7	1,5	1,5	1,4	1,4	1,6	0,9	1,6	x	1,5	1,5	1,8
VPI	x	x	x	0,9	1,5	1,7	0,9	1,5	1,8	x	x	x	x	x	x	x	x	x
HVPI	0,8	1,3	1,7	0,8	1,5	1,7	0,8	1,5	1,8	0,9	1,5	1,7	1,0	1,7	x	0,9	1,8	2,0
Lohnstückkosten	1,8	0,4	0,8	1,6	0,6	0,9	2,0	1,0	1,4	1,7	0,7	1,2	x	x	x	0,4	-0,4	-0,6
Beschäftigte	0,7	1,1	1,0	0,9	1,0	1,0	0,8	1,1	1,3	0,4	0,8	1,2	0,7	0,8	x	0,7	0,8	0,8
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition																	
Arbeitslosenquote	5,8	6,1	6,3	5,7	6,1	6,3	5,7	5,9	6,0	6,0	6,1	5,9	5,8	5,6	x	6,1	6,1	6,0
	in % des nominellen BIP																	
Leistungsbilanz	2,7	2,8	3,1	3,0	3,3	3,4	x	x	x	2,3	2,0	2,0	1,6	1,7	x	2,6	2,6	2,8
Finanzierungssaldo des Staates	-1,6	-2,0	-1,7	-1,6	-1,9	-1,7	-1,7	-2,1	-1,7	-1,8	-1,9	-1,3	-2,0	-1,7	x	-1,9	-1,6	-1,3
	Prognoseannahmen																	
Erdölpreis in USD/Barrel[2)]	53,8	52,2	57,5	55,0	53,0	57,0	53,5	51,0	55,0	54,1	50,0	50,0	50,9	42,0	48,2	54,8	54,2	58,8
Kurzfristiger Zinssatz in %[2)]	0,0	-0,2	-0,1	0,0	0,0	0,2	-0,0	-0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	-0,3	-0,2	0,0	-0,1	0,0
USD/EUR	1,11	1,09	1,09	1,10	1,05	1,05	1,11	1,06	1,06	1,11	1,11	1,11	1,11	1,12	x	1,12	1,13	1,13
	Veränderung zum Vorjahr in %																	
BIP, real Euroraum[2)]	x	x	x	1,5	1,5	1,6	1,4	1,6	1,7	1,5	1,8	1,9	1,5	1,7	1,7	1,6	1,8	1,9
BIP, real USA[2)]	2,4	2,7	2,6	2,5	2,4	2,6	2,5	2,6	2,5	2,4	2,5	2,4	2,5	2,6	2,6	2,6	2,8	2,7
BIP, real Welt[2)]	2,9	3,4	3,7	3,0	3,3	3,5	x	x	x	2,9	3,3	3,6	3,1	3,4	3,6	3,1	3,5	3,7
Welthandel[2)]	1,5	3,5	4,2	1,0	2,0	2,5	1,3	3,0	3,5	2,0	3,6	4,8	2,6	3,4	4,0	2,3	3,6	4,5

1) WIFO - Stundenproduktivität. 2) IWF - WEO Update vom Jänner 2016.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

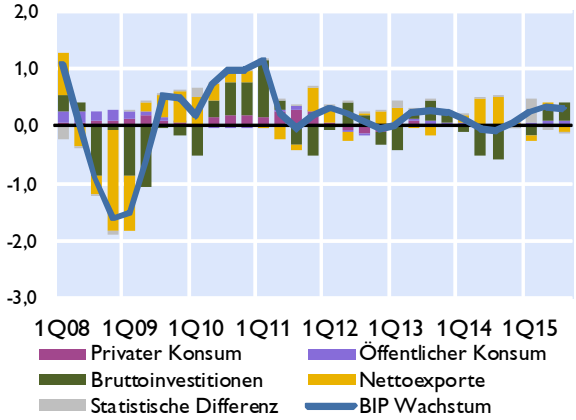
	2014	2015	2014 Q4	2015 Q1	2015 Q2	2015 Q3	2015 Q4	2015 Sep.	2015 Okt.	2015 Nov.	2015 Dez.
Veränderung zum Vorjahr in %											
HVPI gesamt	1,5	0,8	1,3	0,6	1,0	0,9	0,7	0,6	0,7	0,5	1,1
Kerninflation (o.Energie u.unbearb.Lebensmittel)	1,9	1,7	0,6	1,6	1,7	1,9	1,7	1,7	1,8	1,4	1,8
Nationaler VPI	1,6	0,9	1,4	0,9	1,0	1,0	0,8	0,7	0,7	0,6	1,0
Deflator des privaten Konsums (ESVG 2010)	2,0	..	1,9	1,4	1,1	0,7	..	x	x	x	x
BIP Deflator (ESVG 2010)	1,6	..	1,8	1,7	1,5	1,6	..	x	x	x	x
Erzeugerpreisindex	-1,1	..	-1,2	-1,5	-0,9	-1,4	..	-1,7	-2,0	-2,0	..
Großhandelspreisindex	-1,9	-3,7	-2,9	-4,7	-2,6	-3,7	-3,5	-4,3	-4,1	-3,5	-3,0
Tariflohnindex	2,4	2,1	2,4	2,2	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1	2,0	2,0
BIP je Erwerbstätigen	0,9	..	0,9	1,8	2,0	2,0	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	2,2	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	1,2	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)											
BIP real	0,4	..	0,1	0,2	0,3	0,3	..	x	x	x	x
Privater Konsum	0,1	..	0,0	0,1	0,1	0,1	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	0,8	..	0,1	0,2	0,2	0,3	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	-0,1	..	-0,2	0,3	0,5	0,6	..	x	x	x	x
Exporte	2,2	..	0,0	0,2	1,0	1,5	..	x	x	x	x
Importe	1,1	..	-0,1	0,4	1,0	1,8	..	x	x	x	x
Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)											
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	0,4	..	-0,2	0,4	0,8	1,0	..				
Binnennachfrage (ohne Lager)	0,3	..	0,4	0,0	0,4	0,8	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,5	..	1,1	1,0	1,0	-0,5	..	x	x	x	x
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	-0,4	..	-1,7	-0,6	-0,6	0,7	..	x	x	x	x
Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)											
Exporte	1,8	..	2,5	1,1	2,4	4,4	..	2,7	-2,4	..	..
Importe	-0,7	..	-2,5	1,1	0,2	4,4	..	4,6	-2,6	..	..
Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz											
Güter- und Dienstleistungen	12,1	..	3,6	5,4	2,0	2,4	..	x	x	x	x
Reiseverkehr	7,5	..	1,7	4,8	0,7	1,4	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz	6,5	..	3,3	4,1	0,3	1,3	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz in % des BIP	2,0	..	3,9	5,1	0,4	1,6	..	x	x	x	x
Ausgewählte Indikatoren											
Economic Sentiment Indicator	97,8	96,2	95,3	93,9	94,4	97,8	98,8	98,2	96,9	98,2	101,3
Industrievertrauen (%-Saldo)	-5,2	-7,0	-6,9	-9,3	-8,5	-5,6	-4,5	-5,9	-5,8	-5,3	-2,4
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	0,4	..	-0,6	0,9	0,5	2,6	..	1,4	3,5	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	84,3	84,0	83,7	84,1	84,2	84,4	83,4	x	x	x	x
Bauvertrauen (%-Saldo)	-16,2	-14,9	-14,0	-14,6	-17,8	-15,1	-12,0	-11,6	-17,4	-11,2	-7,5
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	9,8	9,1	6,5	5,6	7,1	10,2	13,6	11,1	10,6	14,2	16,1
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	-9,0	-12,4	-12,0	-11,4	-11,0	-11,9	-15,2	-12,5	-15,1	-16,3	-14,3
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	-9,3	-9,8	-11,9	-13,3	-14,3	-6,5	-5,2	-9,7	-6,4	-7,7	-1,4
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	0,3	..	-6,4	1,6	0,5	1,5	..	2,6	0,9	1,9	..
Arbeitsmarktentwicklung											
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	0,6	0,9	0,6	0,6	0,7	1,1	1,2	1,1	0,9	1,4	1,2
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	11,2	11,0	9,8	11,3	13,9	11,3	7,8	10,3	9,4	8,3	6,1
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	8,4	9,1	9,0	10,0	8,6	8,2	9,5	8,2	8,7	9,2	10,6
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	5,6	..	5,6	5,6	5,8	5,7	..	5,7	5,7	5,8	..
Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)											
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	4,3	..	3,2	4,5	4,1	5,5	..	5,3	4,5	4,1	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	5,5	5,0	4,6	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	-3,5	..	-3,5	-2,4	-3,4	-4,3	..	-4,3	-3,1	-2,6	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	0,2	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0	-0,1	-0,1	-0,1
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	1,5	0,8	1,0	0,5	0,7	1,0	0,8	1,0	0,8	0,8	0,9
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	2.397	2.428	2.181	2.350	2.577	2.378	2.406	2.248	2.371	2.454	2.396
Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP											
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-2,8	-2,0	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Finanzierungssaldo des Staates	-2,7	-1,9	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Schulden des Staates	84,2	86,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Thomson Reuters, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (II)

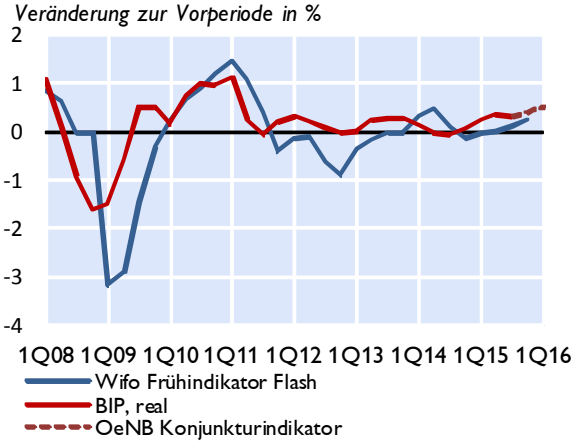
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



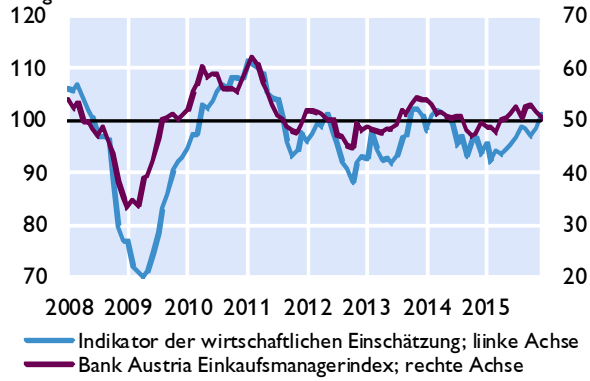
Frühindikatoren des realen BIP

Veränderung zur Vorperiode in %



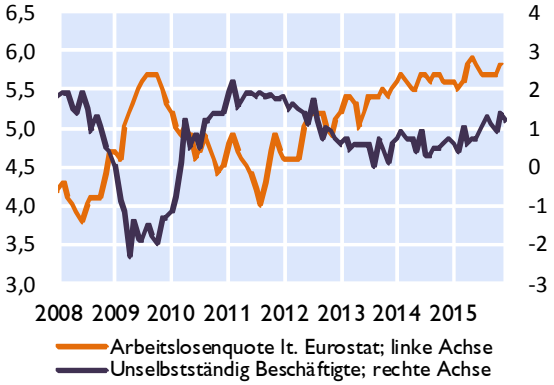
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50[1)]*



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2)]

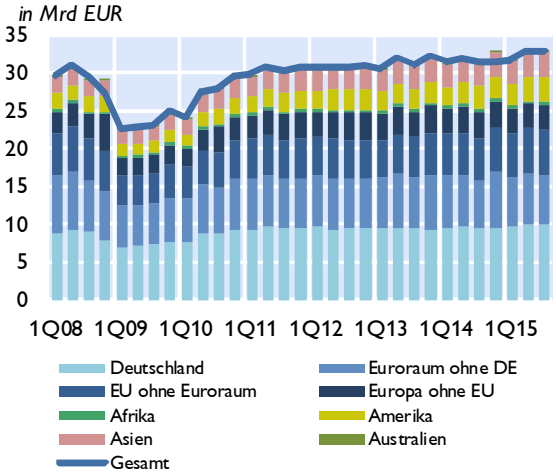
Salden	2012	2013	2014	3Q14	4Q14	1Q15	2Q15	3Q15
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	4,7	6,3	6,5	1,1	3,3	4,1	0,3	1,3
Güter	-3,2	-1,0	1,6	0,5	0,8	0,1	0,6	0,0
Dienstleistungen	10,7	10,2	10,5	1,7	2,8	5,3	1,4	2,4
Primäreinkommen	0,4	1,0	-2,3	-0,6	0,3	-0,2	-0,8	-0,7
Sekundäreinkommen	-3,2	-3,9	-3,3	-0,6	-0,5	-1,2	-0,9	-0,4
Vermögensübertragungen	-0,4	-0,5	-0,5	-0,1	-0,2	0,0	-0,1	-1,7
Kapitalbilanz	5,2	10,9	3,5	2,3	0,1	1,1	-0,3	2,3
Direktinvestitionen	10,2	7,9	-1,0	0,6	-2,3	4,3	-0,7	2,3
Portfolioinvestitionen	-5,8	-2,2	11,2	9,2	3,9	3,8	1,3	4,7
Finanzderivate	-1,1	-3,8	-1,4	-1,1	-0,6	1,0	0,6	-1,0
Sonstige Investiitionen	0,9	8,6	-7,5	-7,6	-0,7	-7,6	-1,9	-3,6
Währungsreserven[3)]	0,9	0,4	2,1	1,2	-0,2	-0,4	0,4	-0,2
Statistische Differenz	0,9	5,1	-2,5	1,2	-3,1	-2,9	-0,5	2,6
Leistungsbilanz in % des BIP	1,5	1,9	2,0	1,4	3,9	5,1	0,4	1,6

Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.
1) Werte über 50 signalisieren Wachstum.
2) Transaktionen; bis 2013 endgültige Daten, 2014 revidierte Daten, 2015 provisorische Daten.
3) OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

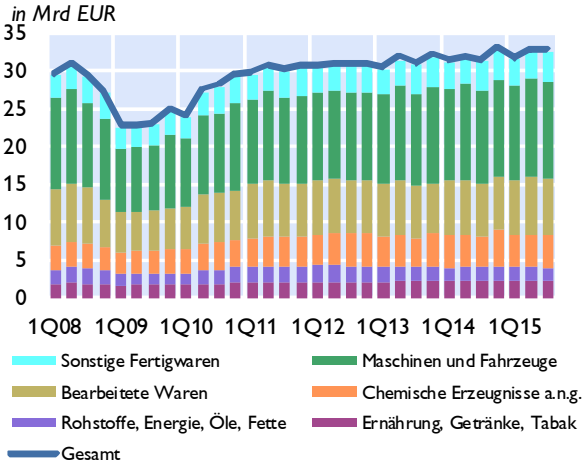
Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in%*	
2012	123.544	131.982	-8.439	1,5	0,7
2013	125.812	130.707	-4.895	1,8	-1,0
2014	128.106	129.847	-1.741	1,8	-0,7
Jän.-Okt. 14	106.925	109.113	-2.188	1,1	-0,4
Jän.-Okt. 15	109.161	110.611	-1.450	2,1	1,4
Mai 15	10.139	10.081	59	-3,0	-5,7
Juni 15	11.661	11.335	326	10,7	7,0
Juli 15	11.654	11.635	19	3,6	3,0
Aug. 15	9.587	9.940	-353	7,5	5,8
Sep. 15	11.695	11.907	-213	2,7	4,6
Okt. 15	11.575	11.619	-44	-2,4	-2,6

Exporte nach Regionen



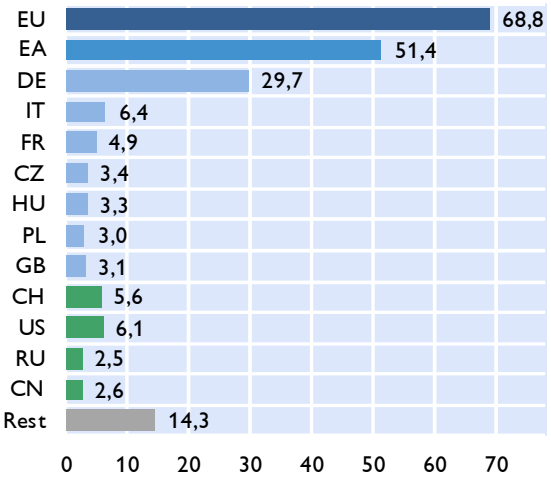
Exporte nach Warengruppen



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2014

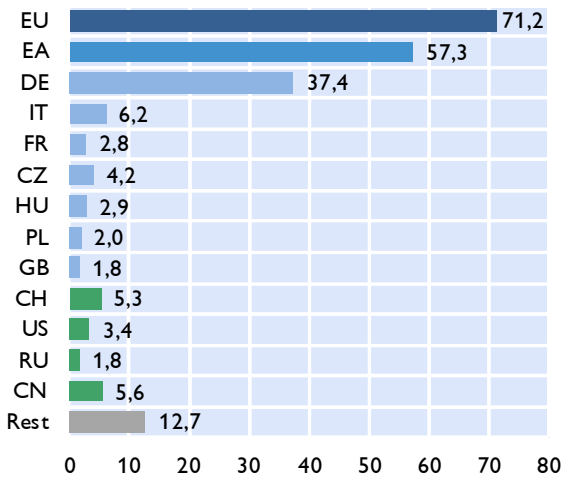
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



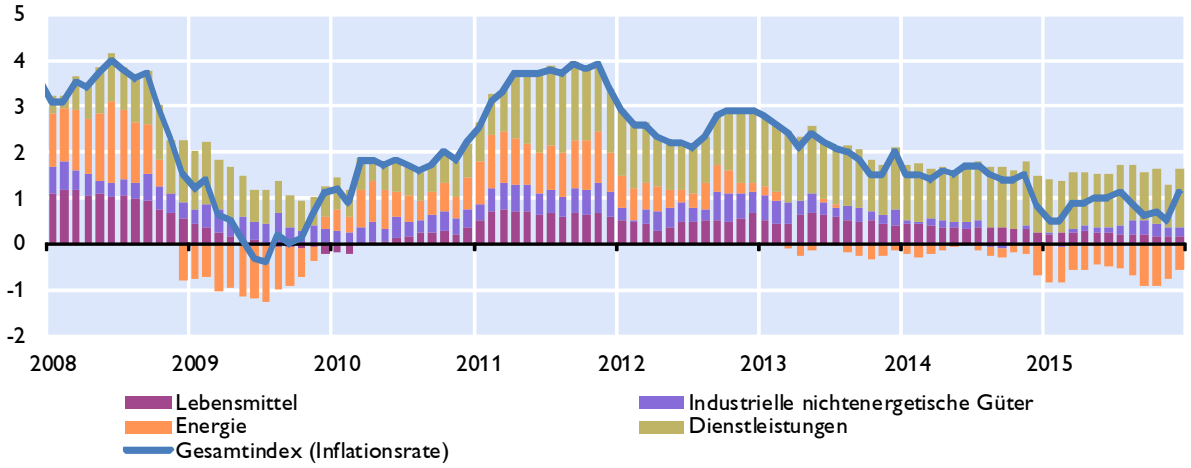
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2015	2014	2015	Aug.15	Sep.15	Okt.15	Nov.15	Dez.15
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	1,5	0,8	0,9	0,6	0,7	0,5	1,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,7	1,8	0,8	0,8	0,9	0,5	0,4	0,5
Alkoholische Getränke und Tabak	3,8	3,9	3,2	2,8	3,1	3,0	2,7	2,7
Bekleidung und Schuhe	7,2	-0,9	0,1	0,6	0,9	0,6	0,3	0,4
Wohnung, Wasser, Energie	14,2	1,7	1,2	1,0	0,8	0,7	0,8	0,7
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,6	1,0	1,3	2,1	2,1	1,6	1,5	1,7
Gesundheitspflege	5,1	2,4	1,8	1,6	1,6	1,8	1,7	1,9
Verkehr	14,5	-0,7	-3,5	-3,2	-5,1	-4,4	-4,1	-1,7
Nachrichtenübermittlung	2,2	6,3	0,6	-0,3	-0,6	-0,2	-1,0	-1,0
Freizeit und Kultur	11,2	1,6	1,7	2,2	1,5	2,2	0,6	1,8
Bildungswesen	1,1	2,7	2,5	2,7	2,2	1,7	1,7	1,7
Hotels, Cafes und Restaurants	14,3	2,9	2,9	3,1	2,9	3,1	2,9	3,3
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,1	1,2	1,8	2,2	1,9	1,5	1,8	1,7

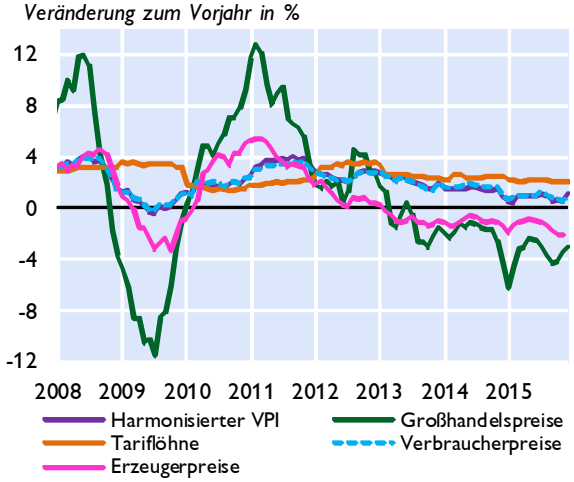
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2014	2015[1)]	2016[1)]	2017[1)]
Stunden-produktivität	-0,1	0,1	0,8	0,8
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,4	1,4	1,3	1,5
Preisliche Wettbe-werbsfähigkeit [2)]	1,5	-2,9	-0,4	-0,3
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	2,2	1,6	0,6	0,9
Sachgüter-erzeugung	1,2	0,2	-0,9	-0,8

1) WIFO-Prognose Dezember 2015.

2) Wettbewerbsfähigkeitsindikator: Real-effektiver Wechselkurs des Euro auf Basis des österreichischen Außenhandels.

Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2012	2013	2014	3Q14	4Q14	1Q15	2Q15	3Q15
Gesamt	**131.016**	**132.629**	**131.901**	**43.363**	**22.237**	**43.585**	**24.272**	**45.355**
Inländer	35.964	35.755	35.668	12.050	6.675	8.890	8.118	12.564
Ausländer	95.052	96.874	96.233	31.313	15.562	34.695	16.154	32.792
darunter								
Deutschland	49.606	50.823	49.491	16.810	7.887	17.274	8.489	17.065
Osteuropa	10.232	10.544	10.669	2.239	1.919	4.742	1.489	2.354
Niederlande	9.389	9.140	9.007	2.875	1.130	4.379	733	2.950
Schweiz	4.558	4.577	4.640	1.467	922	1.486	887	1.570
Vereinigtes Königreich	3.181	3.345	3.365	798	517	1.508	641	847
Italien	2.918	2.778	2.777	1.331	580	464	446	1.406
Belgien	2.583	2.606	2.649	922	293	963	425	928
Frankreich	1.819	1.808	1.776	723	232	475	330	715
Dänemark	1.447	1.449	1.436	327	120	902	93	361
USA	1.286	1.367	1.490	556	306	225	470	634
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**4,0**	**1,2**	**-0,5**	**-0,8**	**2,2**	**2,3**	**2,4**	**4,6**
Inländer	1,9	-0,6	-0,2	-2,4	1,1	1,9	-1,2	4,3
Ausländer	4,8	1,9	-0,7	-0,2	2,7	2,4	4,3	4,7

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2012	2013	2014	3Q14	4Q14	1Q15	2Q15	3Q15
Deutschland	7.106	7.489	7.486	2.179	1.435	2.855	1.270	2.352
Niederlande	1.046	1.068	1.079	277	165	607	83	296
Schweiz	860	853	958	248	202	426	162	285
Italien	650	584	694	235	174	186	151	268
Mittel- und Osteuropa[1)]	2.120	2.212	2.359	518	546	850	401	531
Restl. Europa	1.963	1.990	2.025	494	322	957	311	502
Rest der Welt	961	1.041	1.075	360	240	261	310	481
Gesamt	**14.706**	**15.237**	**15.676**	**4.311**	**3.084**	**6.142**	**2.688**	**4.715**

1) Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn,

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2012	2013	2014	3Q14	4Q14	1Q15	2Q15	3Q15
Deutschland	1.989	2.036	2.049	702	355	437	518	658
Italien	1.265	1.193	1.324	670	172	132	330	661
Kroatien	674	618	677	476	34	14	144	496
Europäische Mittelmeerländer[1)]	819	909	982	469	111	137	275	473
Restl. Europa	1.999	1.993	2.041	767	374	376	538	701
Rest der Welt	1.079	988	1.076	302	294	283	205	283
Gesamt	**7.825**	**7.737**	**8.149**	**3.386**	**1.340**	**1.379**	**2.010**	**3.272**

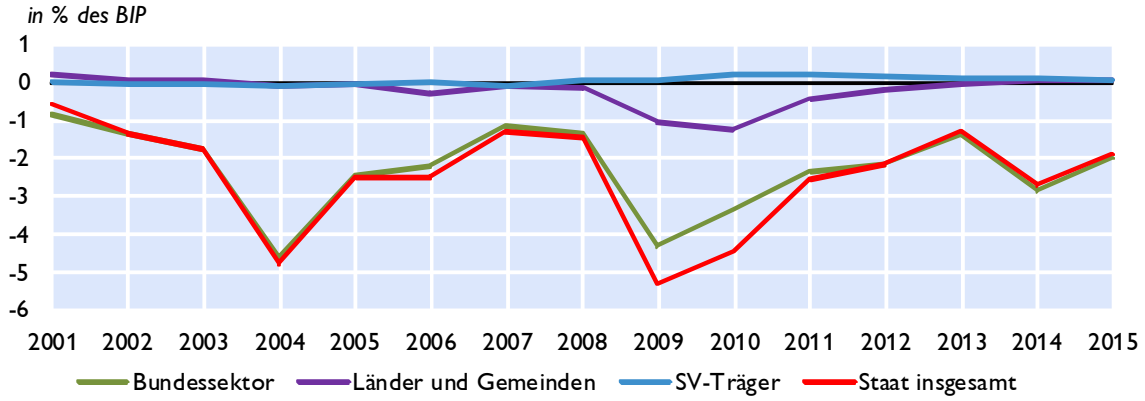
1) Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.
Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2011	-7,2	-1,3	0,6	-7,9	-2,3	-0,4	0,2	-2,6
2012	-6,9	-0,5	0,5	-6,9	-2,2	-0,2	0,2	-2,2
2013	-4,5	-0,1	0,4	-4,2	-1,4	0,0	0,1	-1,3
2014	-9,3	0,2	0,3	-8,9	-2,8	0,0	0,1	-2,7
2015 1)	-6,7	0,2	0,2	-6,4	-2,0	0,1	0,1	-1,9

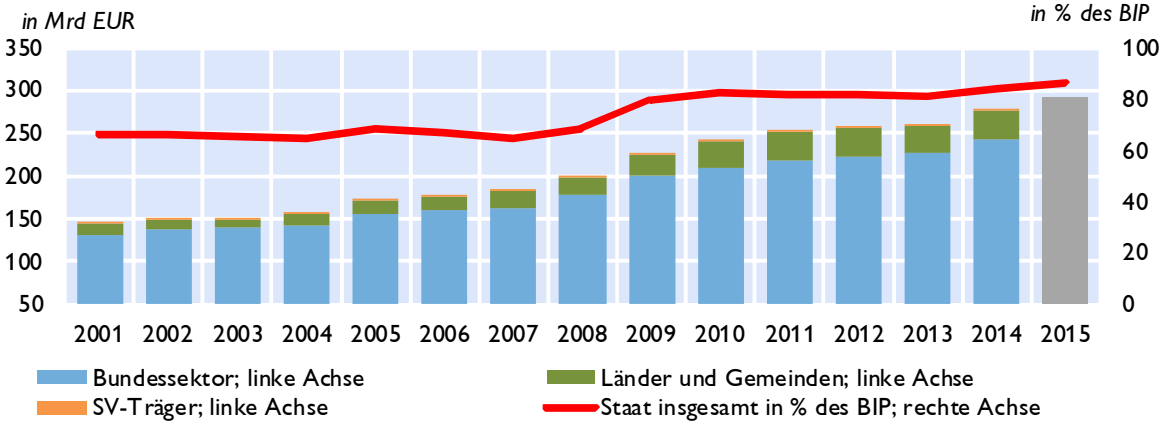
Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht



Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2011	218,0	33,9	1,8	253,7	70,6	11,0	0,6	82,2
2012	224,0	33,1	1,8	258,9	70,7	10,4	0,6	81,6
2013	226,7	32,6	1,7	260,9	70,2	10,1	0,5	80,8
2014	242,9	33,2	1,3	277,4	73,8	10,1	0,4	84,2
2015 1)	x	x	x	291,6	x	x	x	86,5

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht



1) Prognose (BMF).

Quelle: Statistik Austria, BMF.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

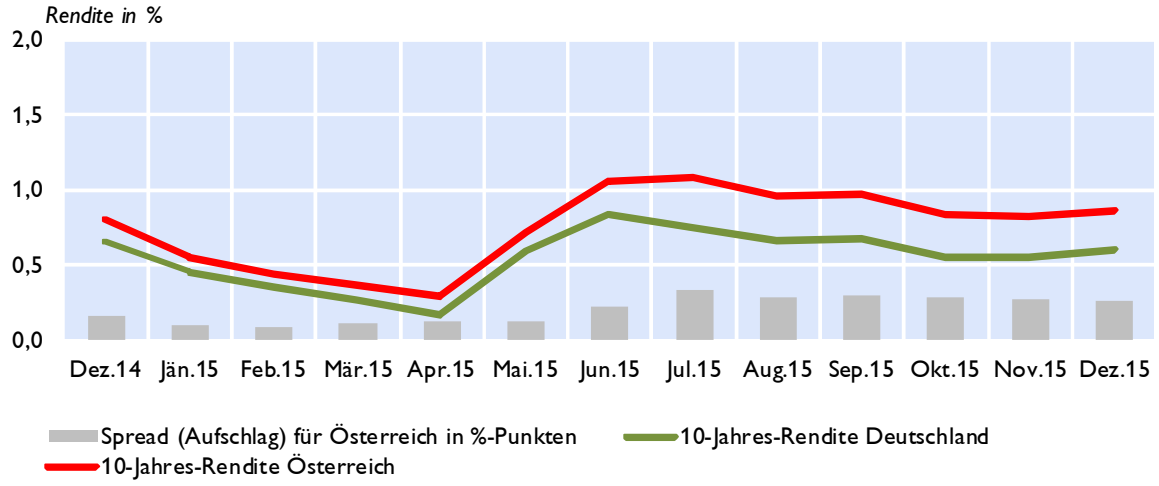
Finanzierungshaushalt[1)]	Jänner bis November		Erfolg	Voranschlag	*Veränderung*
Allgemeine Gebarung	2014	2015	2014	2015	*2015/2014*
	in Mio EUR				*in %*
Auszahlungen	67.681	67.538	74.653	74.719	0,1
Einzahlungen	64.137	65.016	71.463	71.525	0,1
Nettofinanzierungsbedarf[2)]	**-3.544**	**-2.523**	**-3.189**	**-3.194**	**0,1**

Abgaben des Bundes

	Jänner bis November		Erfolg	Voranschlag	*Veränderung*
	2014	2015	2014	2015	*2015/2014*
	in Mio EUR				*in %*
Einkommen- und Vermögensteuern	36.412	38.612	39.988	41.905	4,8
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	3.248	3.489	3.384	3.500	3,4
Körperschaftsteuer	5.801	6.256	5.906	6.600	11,7
Lohnsteuer	23.384	24.533	25.942	27.300	5,2
Kapitalertragsteuern	2.071	2.694	2.769	2.700	-2,5
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	34.162	35.124	37.954	39.239	3,4
davon: Umsatzsteuer	23.082	23.722	25.472	26.300	3,3
Öffentliche Abgaben brutto	**71.057**	**74.429**	**78.503**	**81.780**	**4,2**
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	25.512	26.643	28.278	29.583	4,6
Überweisungen an die Europäische Union	2.607	2.353	2.752	3.000	9,0
Öffentliche Abgaben netto[3)]	**42.937**	**45.433**	**47.473**	**49.197**	**3,6**

1) Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.
2) Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.
3) Steuereinnahmen des Bundes.

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



Quelle: BMF, Thomson Reuters.

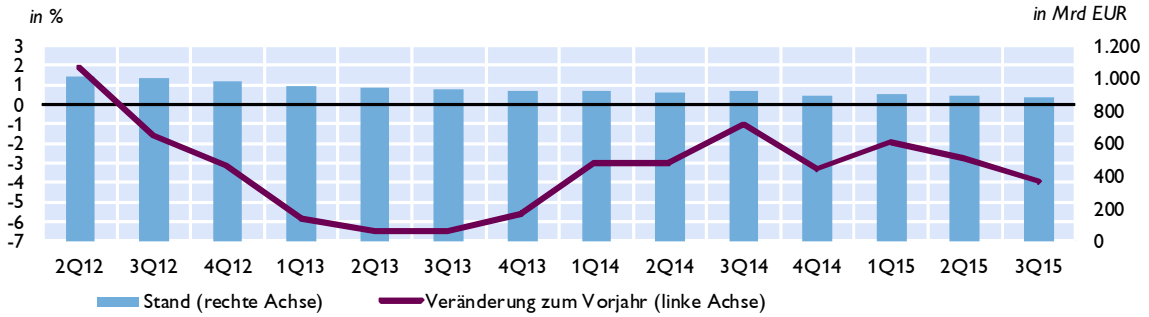
Österreich: Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute konsolidiert

Vermögenslage	3. Quartal 2015	4. Quartal 2014	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			*in %*
AKTIVA				
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	52.375	40.475	11.900	29,4
Kredite & Forderungen (inkl. Finanzierungsleasing)	758.755	763.987	-5.232	-0,7
hiev. Darlehen und Kredite gegenüber Kreditinstituten	*136.688*	*143.025*	*-6.337*	*-4,4*
hiev. Darlehen und Kredite gegenüber Nichtbanken	*622.066*	*620.961*	*1.105*	*0,2*
Schuldverschreibungen, Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32) u.a. nicht festverzinste Wertpapiere	173.809	177.377	-3.567	-2,0
hiev. Schuldverschreibungen	*163.476*	*166.370*	*-2.894*	*-1,7*
hiev. Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32), und andere nicht festverz.Wertpapiere	*10.333*	*11.006*	*-673*	*-6,1*
Finanzderivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert[1)]	35.801	41.131	-5.331	-13,0
Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	19.307	19.132	175	0,9
Materielle Vermögenswerte	13.387	13.289	98	0,7
Immaterielle Vermögenswerte	2.960	3.141	-181	-5,8
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	19.906	19.624	282	1,4
SUMME AKTIVA / PASSIVA	**1.076.298**	**1.078.155**	**-1.857**	**-0,2**
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	16.457	13.815	2.642	19,1
Verbindlichkeiten gegenueber Kreditinstituten	155.027	158.827	-3.801	-2,4
Verbindlichkeiten gegenueber Nichtbanken	567.172	554.473	12.699	2,3
Schuldverschreibungen, andere finanzielle Verbindlichkeiten (IAS 39)	164.849	178.807	-13.959	-7,8
Finanzderivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	27.393	33.963	-6.571	-19,3
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	1.134	949	186	19,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	22.796	21.364	1.432	6,7
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital	0	0	0	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	2.418	1.546	872	56,4
Steuerschulden und sonstige Verbindlichkeiten	27.010	23.816	3.194	13,4
Rueckstellungen	13.942	15.566	-1.624	-10,4
Eigenkapital und Fremdanteile	78.102	75.028	3.073	4,1
hievon Kumuliertes sonstiges Ergebnis	*-5.276*	*-4.026*	*-1.250*	*-31,1*
hievon Fremdanteile	*10.732*	*10.067*	*665*	*6,6*
SUMME AKTIVA / PASSIVA	**1.076.298**	**1.078.155**	**-1.857**	**-0,2**
ZUSATZANGABEN				
Stand der WB zu Krediten u. Forderungen gemäß B3a und C3a	19.521	21.289	-1.768	-8,3

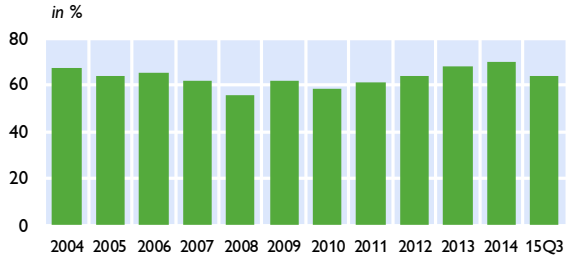
Quelle: OeNB.

1) Für diese Positionen werden lediglich Daten von IFRS bzw. FINREP-Meldern dargestellt

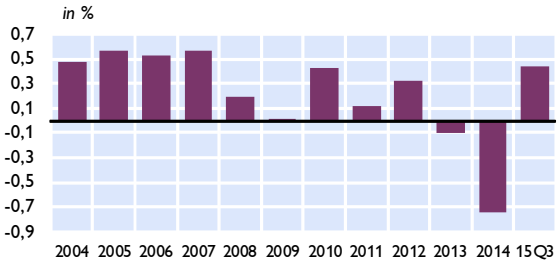
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität



Quelle: OeNB.

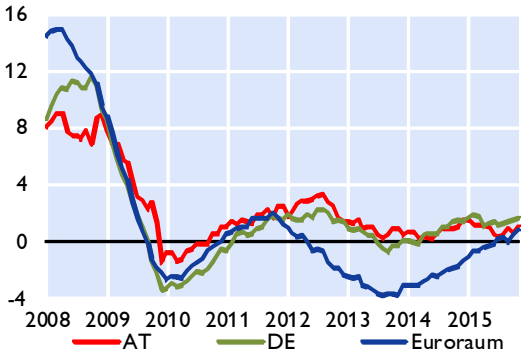
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		*Veränderung zum Vorjahr in %*		*Volumen in Mrd EUR*		*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2012	139	5.251	0,8	0,5	140	4.536	1,4	-2,3
2013	139	5.230	0,8	-0,1	140	4.345	0,5	-3,0
2014	141	5.207	1,3	-0,3	137	4.270	1,5	-1,4
Feb.15	143	5.211	1,3	-0,2	137	4.310	1,2	-0,6
Mär.15	144	5.225	1,3	0,0	137	4.309	1,2	-0,6
Apr.15	144	5.227	1,2	0,0	136	4.304	1,2	-0,4
Mai.15	145	5.234	1,5	1,0	137	4.300	1,1	-0,3
Jun.15	145	5.262	1,2	1,2	136	4.301	0,5	-0,2
Jul.15	145	5.264	1,4	1,3	137	4.309	0,3	0,2
Aug.15	145	5.267	1,7	1,4	137	4.285	0,4	0,3
Sep.15	145	5.280	1,7	1,6	138	4.272	0,9	0,0
Okt.15	145	5.304	1,6	1,8	137	4.285	0,6	0,5
Nov.15	146	5.317	1,9	1,9	138	4.308	1,0	0,8

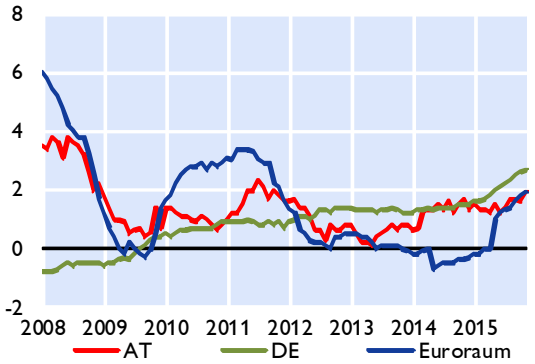
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



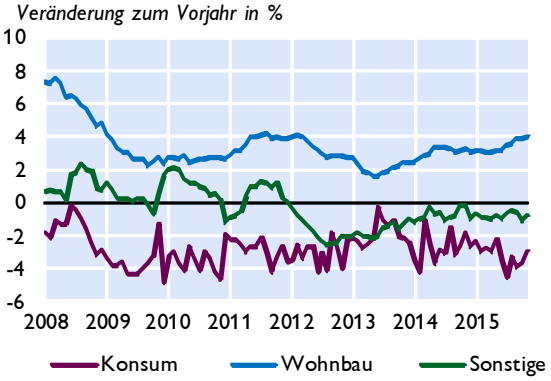
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



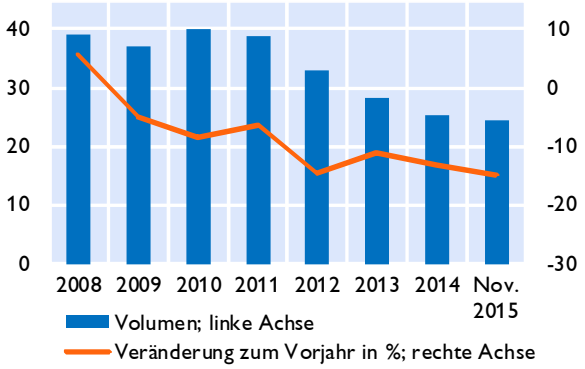
Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR *in %*

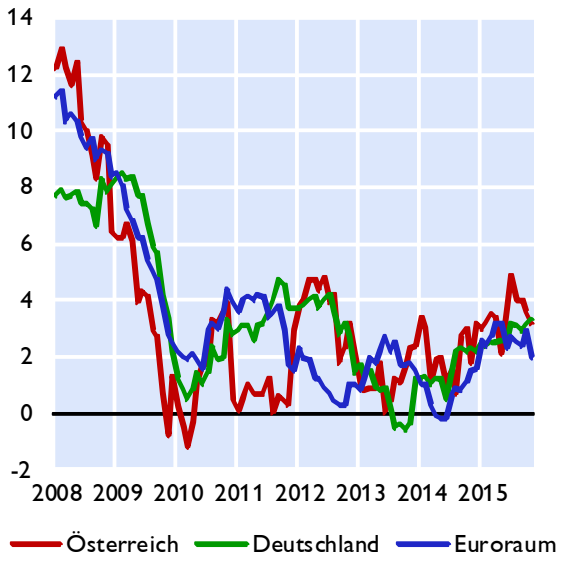


Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

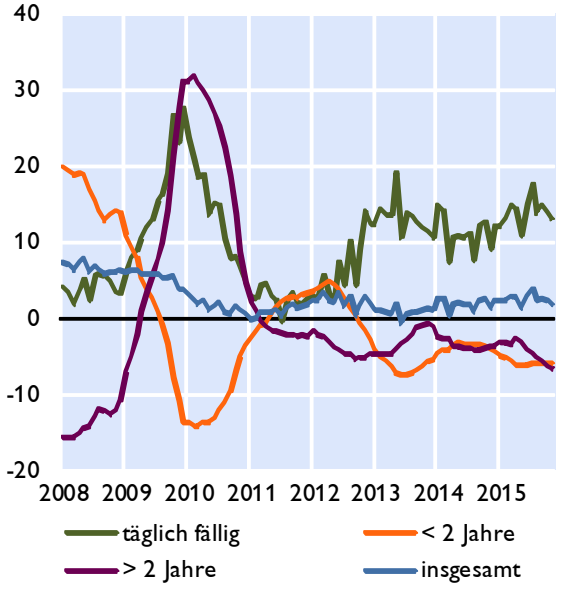
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



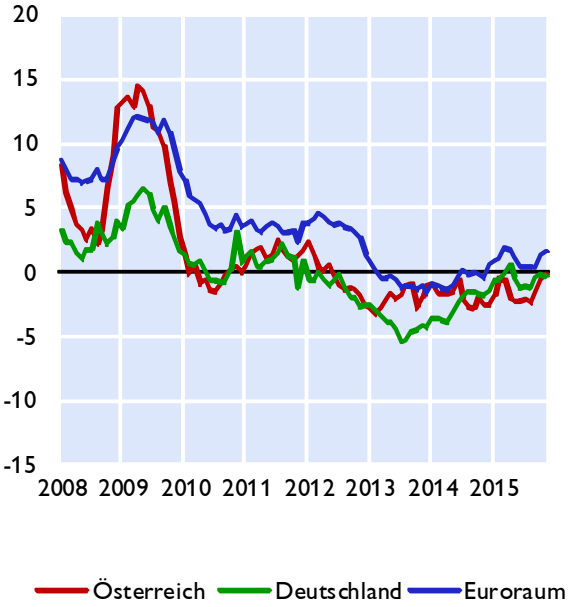
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



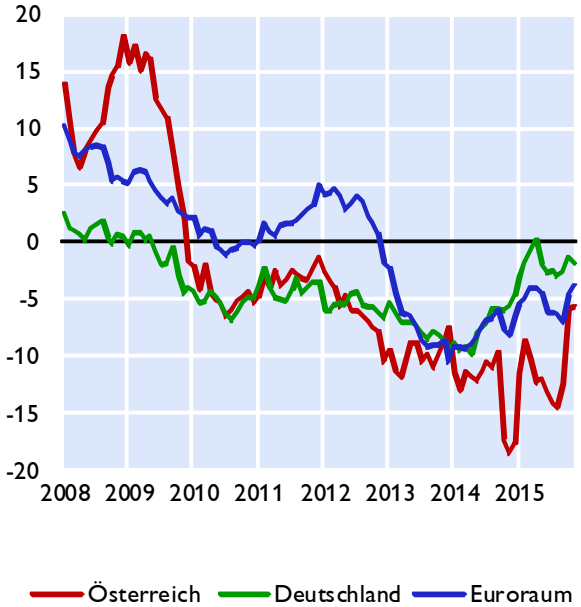
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

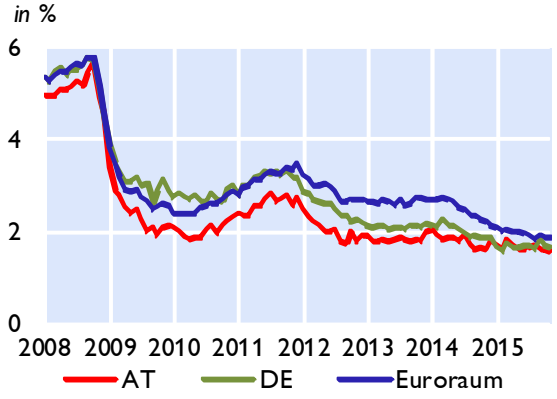


Quelle: OeNB, EZB

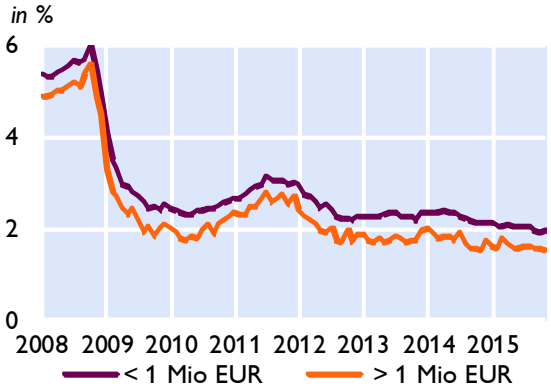
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

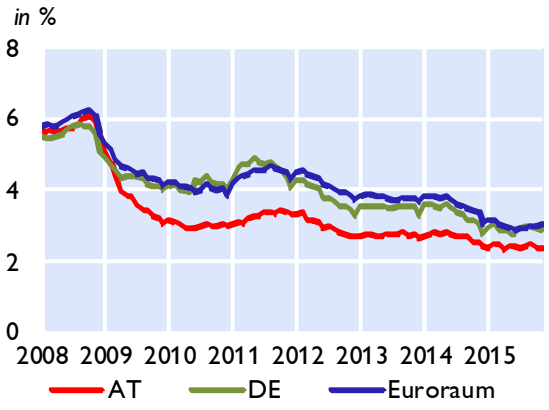


Nach Kredithöhe in Österreich

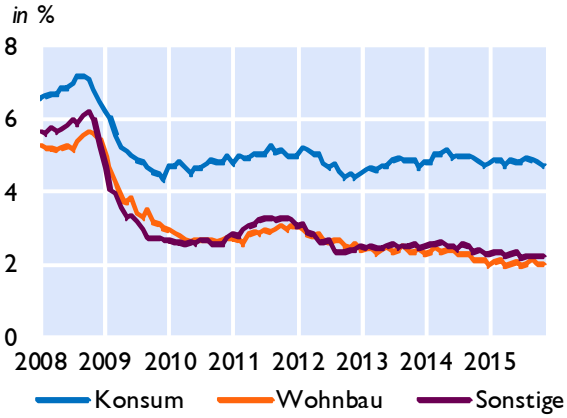


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

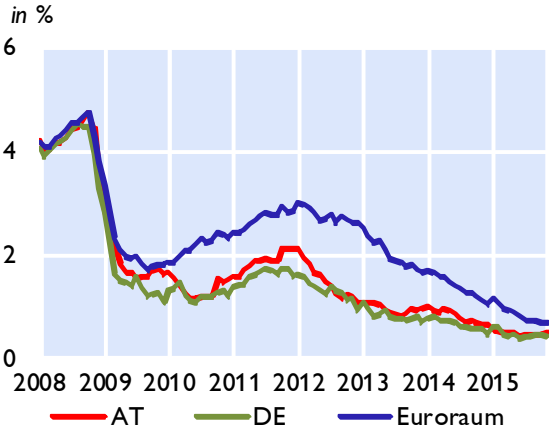


Nach Verwendungszweck in Österreich

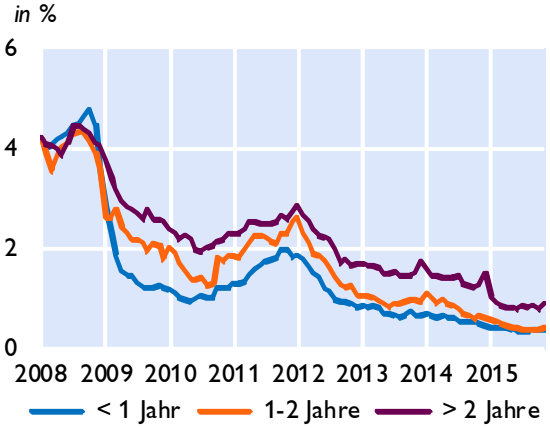


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



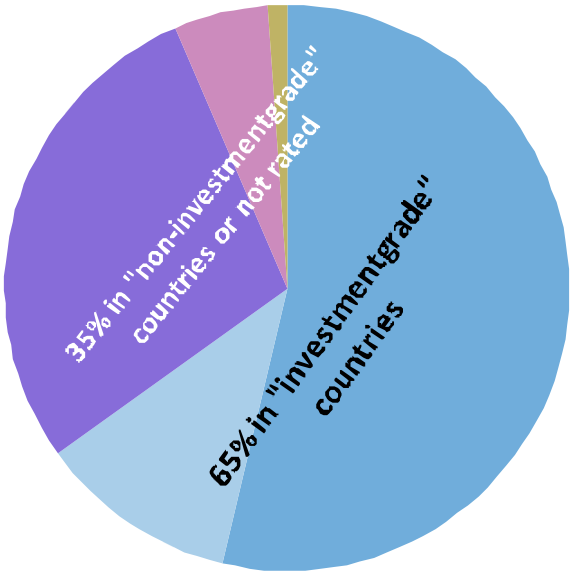
Quelle: OeNB, EZB

Österreich: Ertragslage der Kreditinstitute konsolidiert

Ertrags- und Aufwandspositionen	3. Quartal 2015	3. Quartal 2014	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			*in %*
Zinsergebnis	**13.836**	**14.518**	**-683**	**-4,7**
Zinsen und aehnliche Ertraege	*25.130*	*27.123*	*-1.993*	*-7,3*
(Zinsen und aehnliche Aufwendungen)	*11.294*	*12.605*	*-1.311*	*-10,4*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[1)]	0	0	0	-
Dividendenerträge und Erträge aus Beteiligungen	447	555	-108	-19,5
Provisionsergebnis	**5.687**	**5.676**	**11**	**0,2**
Provisionserträge	*7.855*	*7.819*	*36*	*0,5*
(Provisionsaufwand)	*2.168*	*2.143*	*25*	*1,2*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten netto	373	391	-18	-4,6
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto[1)]	111	711	-600	-84,4
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS[1)]	619	59	559	941,8
Sonstige betriebliche Erträge	2.103	2.267	-164	-7,2
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	2.282	2.700	-418	-15,5
Betriebserträge, netto	**20.894**	**21.478**	**-584**	**-2,7**
(Verwaltungsaufwendungen)	11.796	11.999	-203	-1,7
(hv. Personalaufwendungen)	*6.886*	*7.143*	*-257*	*-3,6*
(hv. Sachaufwendungen)	*4.910*	*4.856*	*54*	*1,1*
(Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inkl. Firmenwert), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen)	1.103	0	1.103	-
Betriebsergebnis	**7.995**	**7.130**	**864**	**12,1**
(Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	2.921	0	2.921	-
(Sonstige Rückstellungen)[1)]	255	0	255	-
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei sonstigen nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	-24	0	-24	-
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert[1)]	1.136	1	1.135	174.607,7
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen[1)]	720	525	195	37,0
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[1)]	23	-5	28	579,8
Außerordentliches Ergebnis	-1	2	-3	-127,9
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**6.720**	**2.728**	**3.992**	**146,3**
(Ertragssteuern)	1.231	1.278	-47	-3,7
Gewinn oder (-) Verlust aus fortzuführenden Geschäften nach Steuern	**5.489**	**1.451**	**4.038**	**278,4**
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[1)]	-218	-60	-159	-266,2
(Minderheitenanteile)[1)]	818	376	442	117,7
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**4.453**	**1.015**	**3.437**	**338,6**

Werte in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt
Quelle: OeNB.
1) Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erhoben.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2010	2011	2012	2013	2014	1Q15	2Q15	3Q15
	in Mio EUR							
Tschechiche Republik	46.031	50.256	47.564	47.001	44.221	44.809	47.219	49.703
Slowakei	21.329	23.838	24.535	25.093	26.319	27.486	29.543	30.103
Rumänien	29.937	28.595	26.823	25.778	25.896	25.522	20.225	22.468
Kroatien	25.341	25.507	23.195	22.038	18.878	19.626	20.564	20.336
Polen	11.111	11.886	17.933	17.017	16.688	18.480	19.875	20.019
Ungarn	25.526	23.491	19.803	18.109	15.460	16.728	15.615	15.432
Slowenien	11.594	11.257	9.588	8.079	5.494	5.409	6.856	6.504
Republik Serbien	5.203	6.475	5.041	4.865	3.565	3.712	4.609	4.803
Bosnien Herzgowina	4.887	5.024	4.261	4.124	3.438	3.349	4.287	4.278
Bulgarien	3.968	4.161	4.093	3.626	3.456	3.220	3.308	3.346
Türkei	690	749	776	929	1.011	995	932	934
Aserbeidschan	53	60	63	144	247	227	451	446
Republik Montenegro	766	894	875	865	392	399	384	359
Mazedonien	260	306	390	350	306	291	272	297
Litauen	174	181	120	161	144	94	93	95
Lettland	359	175	137	126	53	57	62	63
Estland	82	61	60	50	51	59	49	47
Andere	22.042	23.169	24.560	23.411	19.151	19.108	22.720	18.673
Gesamt	**209.352**	**216.086**	**209.818**	**201.768**	**184.768**	**189.571**	**197.063**	**197.905**

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 3. Quartal 2015	Nicht-finan-zielle Unter-nehmen	Finanzielle Kapital-gesell-schaften	*davon Mone-täre Finanz-institute*	*davon Invest-ment-fonds*	*davon sonstige nicht-monetäre Finanz-institute*	*davon Versicher-ungen*	*davon Pensions-kassen*	Private Haushalte	Private Organi-sationen ohne Erwerbs-zweck	Übrige Welt (gegen-über Öster-reich)
	Bestände in Mio EUR									
Geldvermögen										
Währungsgold und SZR	x	11.057	11.057	x	x	x	x	x	x	2.174
Bargeld	1.407	3.207	3.205	0	0	2	0	21.404	0	3.272
Täglich fällige Einlagen	40.685	88.750	70.563	7.355	7.285	2.987	560	98.730	3.893	74.291
Sonstige Einlagen	18.538	194.942	186.056	2.407	4.322	2.069	88	120.333	1.935	65.702
Kurzfristige Kredite	30.755	77.107	71.997	0	3.109	2.001	0	944	0	19.577
Langfristige Kredite	99.075	387.642	359.831	8	23.121	4.681	0	776	0	70.686
Handelskredite	47.545	20	3	0	17	0	0	1	1	15.864
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	296	5.894	5.311	514	12	56	1	1.010	0	14.001
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	7.041	304.353	162.771	84.525	3.451	53.129	477	35.445	1.753	328.868
Börsennotierte Aktien	21.471	42.555	3.678	19.751	18.204	923	0	18.360	754	35.831
Nicht börsennotierte Aktien	40.782	137.135	26.758	83	101.880	8.384	29	2.852	7	37.440
Investmentzertifikate	10.741	126.264	14.643	46.688	13.548	33.112	18.274	49.527	2.406	19.051
Sonstige Anteilsrechte	155.367	106.173	29.067	1.505	69.006	6.592	2	106.197	1.314	192.343
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	70.789	x	2.165
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	6.595	6.443	0	0	0	6.443	0	12.248	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	39.013	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	7.903	19.932	8.981	18	9.421	1.474	39	14.722	37	13.896
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	488.201	1.511.474	953.920	162.855	253.376	121.854	19.470	592.351	12.101	895.160
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Geldvermögensbildung										
Währungsgold und SZR	x	-39	-39	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	39	181	181	0	0	0	0	981	0	893
Täglich fällige Einlagen	3.097	3.024	7.066	394	-5.561	894	231	13.943	122	1.503
Sonstige Einlagen	-243	-29.095	-28.401	383	-844	-243	10	-7.270	-349	-11.479
Kurzfristige Kredite	3.473	-2.964	-3.561	0	351	246	0	100	0	759
Langfristige Kredite	4.701	44	-116	-8	766	-599	0	283	0	1.584
Handelskredite	2.226	-3	3	0	-5	0	0	0	0	-366
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	223	33	67	-2	-29	36	-39	-30	-1	-3.115
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-1.054	8.968	8.716	1.433	-782	-412	13	-4.667	-107	-8.219
Börsennotierte Aktien	1.325	-1.862	-240	-1.530	-21	-71	0	-80	-6	1.606
Nicht börsennotierte Aktien	564	3.589	4.823	70	-1.414	111	0	-66	-26	1.522
Investmentzertifikate	454	5.646	652	2.491	1.059	777	669	4.009	141	652
Sonstige Anteilsrechte	5.670	-10.416	-10.925	13	1.002	-506	-1	1.017	-13	6.884
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	-1.109	x	-74
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	178	-2	0	0	0	-2	0	339	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	833	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	849	4.429	2.476	317	1.647	-2	-9	968	-17	-1.950
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	21.503	-18.466	-19.298	3.561	-3.831	230	872	9.252	-255	-9.800
Nettogeldvermögen	-246.722	16.762	28.654	-2.836	-15.149	5.531	561	420.013	9.687	-6.992
Finanzierungssaldo	2.080	2.053	4.901	-3.187	-611	634	317	7.136	-151	-3.256

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung u. Verbindlichkeiten

im 3. Quartal 2015	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
	Bestände in Mio EUR									
Verbindlichkeiten										
Währungsgold und SZR [1]	x	2.174	2.174	x	x	x	x	x	x	11.057
Bargeld	x	28.738	28.738	x	x	x	x	x	x	602
Täglich fällige Einlagen	x	285.520	285.520	x	x	x	x	x	x	36.021
Sonstige Einlagen	x	324.151	324.151	x	x	x	x	x	x	89.302
Kurzfristige Kredite	46.755	14.727	0	773	11.948	1.999	7	12.745	399	53.443
Langfristige Kredite	235.239	33.117	0	101	32.180	818	18	158.781	1.966	123.558
Handelskredite	46.177	6	0	0	6	0	0	35	0	18.160
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	456	9.792	9.789	x	3	0	0	x	x	3.996
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	42.751	184.528	166.081	x	14.427	4.020	0	x	x	197.743
Börsennotierte Aktien	62.525	23.302	17.310	x	229	5.763	x	x	x	40.865
Nicht börsennotierte Aktien	42.772	68.074	52.533	x	6.668	8.690	182	x	x	129.836
Investmentzertifikate	x	164.873	87	164.786	0	0	x	x	x	51.514
Sonstige Anteilsrechte	226.930	212.726	18.899	x	192.775	1.052	0	x	x	123.907
Lebensversicherungsansprüche	x	69.164	x	x	0	69.164	x	x	x	3.790
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	22.173	x	x	0	22.173	x	x	x	3.112
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	10.050	28.963	8.328	x	0	1.935	18.701	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	21.268	22.685	11.656	31	10.289	709	0	778	47	15.245
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	734.923	1.494.713	925.266	165.690	268.525	116.323	18.909	172.339	2.414	902.152
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Finanzierung										
Währungsgold und SZR [1]	x	0	0	x	x	x	x	x	x	-39
Bargeld	x	1.985	1.985	x	x	x	x	x	x	110
Täglich fällige Einlagen	x	20.877	20.877	x	x	x	x	x	x	262
Sonstige Einlagen	x	-31.488	-31.488	x	x	x	x	x	x	-17.278
Kurzfristige Kredite	-1.650	481	0	-420	1.176	-275	1	-342	-54	3.156
Langfristige Kredite	5.650	-454	-465	-56	145	-94	17	2.455	-37	-3.105
Handelskredite	2.092	-11	-10	0	-2	0	0	-5	0	-227
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-58	-2.768	-2.771	x	3	0	0	x	x	-216
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	1.560	-9.541	-8.849	x	-1.539	853	-6	x	x	583
Börsennotierte Aktien	1.824	151	156	x	-4	0	0	x	x	-994
Nicht börsennotierte Aktien	900	43	467	x	-370	-54	0	x	x	4.366
Investmentzertifikate	x	6.805	-57	6.862	0	0	0	x	x	4.197
Sonstige Anteilsrechte	8.838	-6.047	-1.155	x	-4.898	6	0	x	x	4.352
Lebensversicherungsansprüche	x	-1.503	0	x	0	-1.503	0	x	x	320
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	597	0	x	0	597	0	x	x	-82
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	17	817	106	x	0	166	544	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	250	-464	-2.996	363	2.269	-100	0	8	-8	-1.948
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	19.422	-20.519	-24.199	6.748	-3.220	-404	555	2.116	-104	-6.545
Nettogeldvermögen	-246.722	16.762	28.654	-2.836	-15.149	5.531	561	420.013	9.687	-6.992
Finanzierungssaldo	2.080	2.053	4.901	-3.187	-611	634	317	7.136	-151	-3.256

Quelle: OeNB.
1) Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.